

kommKOOP

Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen

Dokumentation des MORO-Wettbewerbs 2005/2006

Projektleitung

Volker Mattern
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
Michael Zarth
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Auftragnehmer

Luise Adrian
Uwe Krüger
Marco Mehlin
adrian.mehlin.prozessnavigation, Berlin

Dr. Sabine Baumgart
Lars Lemke
Frank Schlegelmilch
BPW baumgart+partner, Bremen
Claudia Dappen
plan 1+1, Bremen

Ein Projekt des Forschungsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
www.bmvbs.bund.de

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn
www.bbr.bund.de

Bearbeitung

Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Irmgard Adrian (Lektorat)
Dipl.-Ing. Uwe Krüger (Redaktion und Gesamtleitung)
Dipl.-Ing. Marco Mehlin

adrian.mehlin.prozessnavigation
Naumannstraße 4
10829 Berlin
www.prozessnavigation.de

und

Prof. Dr.-Ing. Sabine Baumgart
Dipl.-Ing. Lars Lemke
Dipl.-Ing. Frank Schlegelmilch

BPW baumgart+partner
Ostertorsteinweg 70-71
28203 Bremen
www.bpw-baumgart.de

in Kooperation mit

Dipl.-Ing. Claudia Dappen

plan 1+1
Ingelheimer Straße 60
28199 Bremen

Gestaltung und Satz

okamo
Büro für Digitale Gestaltung
Schwedter Str. 34a
10435 Berlin
www.okamo.de

Druck

KönigsDruck, Berlin

Bestellungen

silvia.becker@bbr.bund.de
Stichwort „Wettbewerbsdokumentation kommKOOP“

Nachdruck und Vervielfältigung

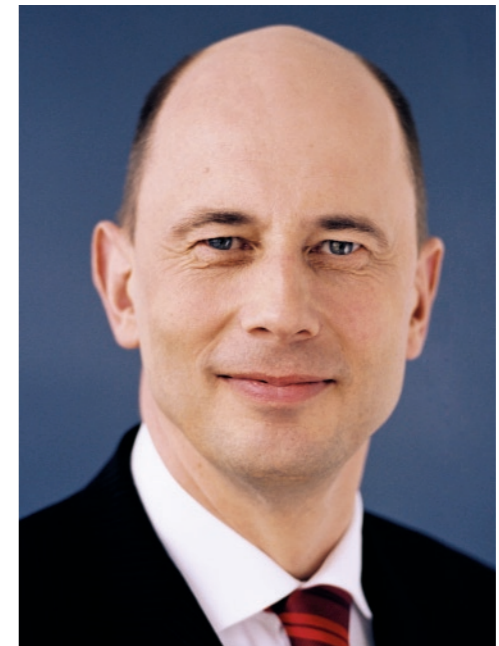
Alle Rechte vorbehalten

Bonn 2006

Grußwort

Ich bin sehr froh über den großen Erfolg des Wettbewerbs „kommKOOP - Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen“. Die große Zahl der eingereichten Beiträge, 167 insgesamt, ihre Vielfalt und ihre hohe Qualität zeigen, dass in den Kommunen mit sehr viel Engagement und Kreativität an Konzepten zur Kooperation gearbeitet wird. Es ist wichtig und richtig, dass Städte und Gemeinden zusammen arbeiten und miteinander Projekte voranbringen. Die Chancen dieser gemeinsamen Arbeit liegen auf der Hand: Es geht darum, sich zusammen zu tun und Kräfte zu bündeln. Wenn jeder einzelne Kooperationspartner seine Kenntnisse und Erfahrungen einbringt, dann können alle davon profitieren, dann können alle zusammen mehr bewegen und das zu geringeren Kosten als es jeder allein hätte tun können. Viele Beiträge, die in der vorliegenden Publikation beschrieben werden, zeigen, dass interkommunale Kooperation zu genau diesem Ergebnis führt: zu mehr Effizienz, zu besserer Qualität und zu geringeren Kosten. Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Politik und Verwaltung in den Gemeinden und Städten.

Ich hoffe sehr, dass die Veröffentlichung der erfolgreichsten Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Kommunen Städte und Gemeinden in ganz Deutschland motiviert, über Möglichkeiten der Kooperation nachzudenken, miteinander zu arbeiten und schließlich gemeinsam von den Vorteilen einer Zusammenarbeit zu profitieren.



Ich will nicht verschweigen, dass interkommunale Kooperation bei allen Beteiligten Geduld und Geschick erfordert, bei der gemeinsamen Arbeit ebenso wie bei der Kommunikation in die Öffentlichkeit. Aber die eingereichten Beiträge zeigen, dass auch diese Herausforderungen erfolgreich gemeistert werden können. Ich hoffe sehr, dass die Kommunen, die sich an diesem Wettbewerb beteiligt haben, den von ihnen eingeschlagenen Weg der Zusammenarbeit weiter gehen und dass die hier nachzulesenden Beispiele zur Nachahmung ermutigen. Ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger offen sind für neue, erfolgreiche Ideen der Zusammenarbeit.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Tiefensee', written in a cursive style.

Wolfgang Tiefensee
Bundesminister für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Inhalt

Der MORO-Wettbewerb „kommKOOP“

Wissen teilen, Partnerschaften organisieren – Interkommunale Kooperationen eröffnen neue Handlungsspielräume <i>Dr. Engelbert Lütke Daldrup</i>	8
Bedeutung interkommunaler Kooperationen aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände <i>Christian Schramm</i>	10
Auf dem Weg zur Übertragbarkeit – Ergebnisse und Lehren aus dem Wettbewerb „kommKOOP“ <i>Michael Zarth, Uwe Krüger</i>	12
Prämierungs-Konzept, Kriterien, Verfahren – und die Qual der Wahl <i>Dr. Irene Wiese-von Ofen</i>	16

Preisträger und Anerkennungen im Profil

■ Themenfeld Kommunale Pflichtaufgaben und interne Verwaltung	20
■ Themenfeld Vielfältige Themen und Erfahrungsaustausch	32
■ Themenfeld Wirtschaftsförderung, Tourismus, Naherholung	41
■ Themenfeld Internationale Kooperationen	54
■ Themenfeld Verwaltungshandeln und Planung	60

Dokumentation der weiteren Wettbewerbsteilnehmer

■ Themenfeld Kommunale Pflichtaufgaben und interne Verwaltung	74
■ Themenfeld Vielfältige Themen und Erfahrungsaustausch	81
■ Themenfeld Wirtschaftsförderung, Tourismus, Naherholung	87
■ Themenfeld Internationale Kooperationen	96
■ Themenfeld Verwaltungshandeln und Planung	99

Anhang

Literaturhinweise und Links	108
-----------------------------	-----

Der MORO-Wettbewerb „kommKOOP“

Wissen teilen, Partnerschaften organisieren – Interkommunale Kooperationen eröffnen neue Handlungsspielräume



Dr. Engelbert Lütke Daldrup
Staatssekretär im
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

Interkommunale Kooperation ist eigentlich nichts Neues. Wir alle kennen Zweckverbände, die schon über Jahre erfolgreich zusammenarbeiten. Neu ist dagegen deren Ausrichtung an neuen Aufgaben wie den Herausforderungen des demographischen Wandels. Schon heute haben sich viele Kommunen mit rückläufigen Einwohnerzahlen, veränderten Altersstrukturen, Migration und Integrationsfragen auseinanderzusetzen.

Auch haben sich die Transformationsprozesse in den letzten 15 Jahren beschleunigt. Wir haben sich stärker herausbildende Unterschiede zwischen den Regionen und zwischen Städten und Gemeinden, aber auch innerhalb der Kommunen. Diese Fragen der Differenzierung und des regionalen und sozialen Zusammenhaltes beschäftigen die Politik immer stärker. Gleichzeitig wird der finanzielle Spielraum für gestaltende Politik kleiner.

Das sind alles Faktoren, die dazu geführt haben, dass interkommunale Kooperationen oft sogar als einzige Chance erfolgreicher Gestaltung betrachtet werden. Gleichwohl ist die Praxis interkommunaler Zusammenarbeit viel komplizierter als die Theorie: Wir haben es mit Risiken, Ängsten und persönlichen Befürchtungen zu tun. Es gibt aber auch ganz objektive Probleme, die beispielsweise mit Ressourcenknappheit beschrieben werden können. Denn auch für Kooperationen brauchen die lokalen Akteure vor Ort Ressourcen. Deswegen ist es in solchen Wettbewerben besonders wichtig, auf die Erfolgsfaktoren von Kooperationen hinzuweisen und diese bekannt zu machen. Der wohl grundlegende Erfolgsfaktor besteht in der Verständigung auf gemeinsame Ziele: Nicht der Weg ist das Ziel, sondern am Ende muss bei der Kooperation für alle Partner ein greifbares Ergebnis stehen.

Bei der Umsetzung sind zudem weitere Fragen zu klären: Wie organisieren wir erfolgreiche Kooperationen? Welche Akteure müssen einbezogen werden? Wer treibt den Prozess voran? Finden sich Moderatoren, die zwischen unterschiedlichen Interessen ausgleichen können und Transparenz und ein Klima des Vertrauens schaffen? Gleichzeitig brauchen wir Rechtssicherheit und Verbindlichkeit. Interkommunale Kooperationen weisen daher vielfältige Organisationsformen auf, die von Arbeitsgruppen

und Runden Tischen bis hin zu privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich institutionalisierten Formen reichen. Zur erfolgreichen Kooperation gehört ebenfalls die nüchterne Evaluierung des Erreichten, was geleistet werden kann, was vielleicht auch nicht geleistet werden kann.

Der Wettbewerb „kommKOOP“ dokumentiert eindrucksvoll die Vielfalt an Kooperationen zwischen Städten, Gemeinden oder Kreisen, und dies häufig mit Beteiligung der Wirtschaft. Dabei wird das breite Spektrum kommunaler Aufgaben und Handlungsfelder wie Einzelhandel, gemeinsame Gewerbegebiete oder Flächenentwicklung angesprochen. Gebiete also, auf denen oft Konkurrenzgedanken vorherrschen. Diesen Aktivitäten liegt die Erkenntnis zugrunde, dass eine Zusammenarbeit und Arbeitsteilung, in der jeder das macht, was er am besten kann, letztlich für alle zum Erfolg führt. Auch geht es um so zentrale Fragen, wie die heutigen Infrastruktursysteme an die demographischen Herausforderungen angepasst werden können. Schließlich geht es aber bei interkommunaler Kooperation immer darum, wie Leistungen für die Bürger verbessert werden können oder ob und wie das bisherige Leistungsspektrum unter dem Druck des demographischen Wandels und finanzieller Restriktionen gesichert werden kann.

Mit dem demographischen Wandel haben wir einen starken Impuls für Kooperationen bekommen. Die Aufgaben vieler Kommunen verändern sich: Sie müssen sich um neue Wohnformen oder bedarfsgerechte Pflegeangebote kümmern. Diese Angebote können nicht in jeder Gemeinde bereitgestellt werden. Es müssen regionale Verkehrskonzepte erarbeitet werden, die angesichts veränderter Bevölkerungsstrukturen große Herausforderungen an unsere Gemeinden und Städte stellen.

Aber auch die Strukturen der Städte und Gemeinden verändern sich mit der Bevölkerungsentwicklung. Die Raumordnung spricht von wachsenden und schrumpfenden Regionen. Gleichzeitig ist die Rolle der Zentren gerade in schrumpfenden Regionen neu zu definieren und es sind die Standards der Daseinsvorsorge zu sichern. Und das ist im Kontext des demographischen Wandels häufig sehr schwierig geworden.

Vor wenigen Monaten wurden die neuen Leitbilder der Raumordnung mit den Ministern der Länder und des Bundes gemeinsam verabschiedet. In der Raumordnung hat sich in dieser Frage ein gewisser Paradigmenwechsel vollzogen. Klassischerweise stand immer der Ausgleichsgedanke im Fokus, d.h. die Hilfe für die Schwachen. Inzwischen steht neben dem Ausgleichsziel noch ein weiteres. Es fokussiert sich darauf, denjenigen zu helfen, die wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Innovation organisieren. Dies ist notwendig, um die Lasten zu meistern, die der demographische Wandel unserer Gesellschaft auferlegt. Nach dem Leitbild Wachstum sollen die Regionen versuchen, ihre Potenziale und Stärken zu bündeln. Denn starke Regionen und Zentren können auch eine Anschlag- und Motorfunktion für andere, schwächere Regionen übernehmen.

In der Raumordnung geht es aber nicht um die Unterstützung der Starken, sondern um die Organisation von Partnerschaften und Zusammenarbeit. Hierfür steht der Begriff der Verantwortungsgemeinschaft für die Stadt mit ihrem Umland und für das Zentrum mit seiner Peripherie. Letztlich sind interkommunale Kooperationen Verantwortungsgemeinschaften, in deren Rahmen starke Städte und Gemeinden ihrem Umland oder schwächeren Gebietskörperschaften helfen können. Das setzt aber eine Partnerschaft auf Augenhöhe voraus. Und beide müssen aus der Kooperation tatsächliche Vorteile ziehen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat diesen Gedanken aufgegriffen und sich in den vergangenen Monaten intensiv darum bemüht, den Fokus stärker auf die Entwicklung unserer Städte zu richten und gleichzeitig einen Beitrag zur Förderung interkommunaler Kooperationen zu leisten. Dabei geht es auch um kleine und mittlere Städte, die alle eine wichtige Funktion für die Sicherung der allgemeinen Daseinsvorsorge und Bereitstellung zentraler Infrastrukturleistungen haben.

Der Bund hat das Instrument der Städtebauförderung. Diese ist auch nach der Föderalismusreform gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. Der Bund wird in der mittelfristigen Finanzplanung bis

zum Jahre 2010 jedes Jahr mehr als 500 Millionen Euro für die Städtebauförderung bereitstellen. Damit können auch viele Projekte einer Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden unterstützt werden. Auch die Novelle des Baugesetzbuches mit dem Ziel der Stärkung der Innenstädte wird dazu beitragen. Denn leistungsfähige Zentren und Innenstädte sind für das Umland und die Attraktivität ganzer Regionen von Bedeutung. Weiterhin sind Modellvorhaben für kinder- und familiengerechte Stadtquartiere zur Unterstützung der Transformationsprozesse in den Städten auf den Weg gebracht worden.

Aber die Bundesregierung kann die Städte und Gemeinden nur unterstützen. Die Hauptaufgabe muss vor Ort geleistet werden. Rat und Verwaltung, kommunale Wirtschaft, Unternehmen und die Bürger sind gefragt, wenn es darum geht, die Entwicklung ihrer Stadt, ihrer Gemeinde voranzutreiben.

Der Wettbewerb „kommKOOP“ zeigt eindrucksvoll, welches Engagement und welche Ideenvielfalt kommunale Akteure in Kooperationsprojekten einbringen. Er zeigt, was geht. Er zeigt auch, wie es geht. Und er zeigt, was die wichtigen Erfolgsbedingungen für eine gute Kooperation darstellen und welche Barrieren in organisatorischer, personeller sowie finanzieller Hinsicht zu überwinden sind. Die erfolgreichen Beispiele des Wettbewerbs sind ein ermutigendes Zeichen dafür, dass die kommunale Selbstverwaltung und die Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis erhalten und gleichzeitig an neue Bedingungen angepasst werden können. Im Wettbewerb der Regionen um Arbeitsplätze, um die besten Köpfe, um interessante Unternehmen, um mehr Lebensqualität werden vor allem diejenigen erfolgreich sein, die zusammenarbeiten und ihre Potenziale bündeln.

Bedeutung interkommunaler Kooperation aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände



Christian Schramm
1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes,
Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Die Bedeutung der interkommunalen Kooperation für die Kommunen liegt darin, die Erfüllung kommunaler Aufgaben sicherzustellen und Leistungen aufrechtzuerhalten.

Interkommunale Kooperation trägt dazu bei

- die kommunalen Aufgaben besser und/oder günstiger zu erfüllen,
- Dienstleistungen für die Bürger und Bürgerinnen in höherer Qualität anbieten zu können und
- gegebenenfalls das Leistungsspektrum um neue Dienste zu erweitern.

Interkommunale Kooperation stärkt kommunale Selbstverwaltung

Kooperation gehört zum Wesen kommunaler Selbstverwaltung. Die Kommunen sind Ausdruck von Kooperation zwischen den Gemeindegliedern. Auch Kooperation zwischen Kommunen hat es schon immer gegeben. Der Schritt, diese zu intensivieren, liegt angesichts der sich wandelnden Rahmenbedingungen nahe.

Aufgaben wandeln sich, das Umfeld verändert sich

Wir stellen eine Regionalisierung der Lebensstile fest. Mobilität als Merkmal unserer Lebensführung hat sich in allen Bereichen durchgesetzt. Die Menschen suchen jeweils unterschiedliche Orte für Wohnen, die Arbeit, die Erledigung von Einkäufen oder für ihre Freizeitaktivitäten auf. Das hat Folgen für die kommunalen Dienstleistungs- und vor allem die Daseinsvorsorgeangebote. Offensichtlich ist dies beim öffentlichen Personennahverkehr oder bei der Tourismuswerbung. Im Alltag nicht so sichtbar, aber dennoch von großer Bedeutung, sind Kooperationen im Bereich der kommunalen Infrastruktur, angefangen bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Müllabfuhr bis hin zur modernen Telekommunikationsinfrastruktur.

Dass sich die Regionalisierung auch auf die wirtschaftliche Entwicklung erstreckt, ist offenkundig. In Zeiten der Globalisierung, der EU-Erweiterungen und räumlicher Konzentrationsprozesse sind kommunale Grenzen für viele Aufgabenbereiche zu eng geworden.

Wir dürfen uns – gerade im Bereich der Wirtschaft und der Arbeitsplätze – nicht mehr als miteinander konkurrierende Nachbarstädte und -gemeinden verstehen, sondern müssen uns als eine Standortregion betrachten, die es gemeinsam zu erhalten und auszubauen gilt. Das bedeutet nicht, dass es nicht auch weiterhin Konkurrenzen geben wird und geben darf. Notwendig ist aber, unnötige Konkurrenz zu vermeiden, da sie sowohl personelle als auch finanzielle Ressourcen bindet.

Die demographische Entwicklung spielt eine besondere Rolle für die interkommunale Zusammenarbeit. Das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung erfordert andere kommunale Maßnahmen als die Zu- oder Abwanderung von Teilen der Bevölkerung. Gemeinsam ist beiden Entwicklungen, dass kooperierende Kommunen den Herausforderungen aktiv und gemeinsam begegnen können. Durch Anpassung ihrer Infrastruktur bzw. des Dienstleistungsangebotes können Sie darüber hinaus die Entwicklung auch beeinflussen.

Haushaltssituation erfordert Kooperation

Auch mit Blick auf die Haushaltslage der Kommunen ist interkommunale Kooperation bedeutsam. Sie kann in entscheidendem Maße dazu beitragen, die anstehenden kommunalen Aufgaben mit verringertem finanziellem Aufwand zu erfüllen. In Zeiten kommunaler Finanzknappheit stellt sich in den zentralen Orten immer weniger die Frage nach der Neuan siedlung zentralörtlicher Funktionen als vielmehr nach deren Erhalt. Im Stadt-Umland-Bereich sind Kooperationen und Aufgabenteilungen notwendig, die sichern, dass eine wohnortnahe Versorgung mit Arbeitsplätzen, kulturellen Angeboten und auch mit sozialen Einrichtungen in Zukunft gewährleistet werden kann und finanzierbar bleibt.

Fusion statt Kooperation?

Besonders im Stadt-Umlandbereich gibt es nach wie vor Probleme bei der Zusammenarbeit. Daraus folgen oft genug politische Forderungen und Empfehlungen, effiziente Verwaltungsstrukturen durch Gemeindegemeinschaften und die Bildung von regionalen Institutionen bis hin zur regionalen Gebietskörperschaft als höchste Form der Ko-

operation zu schaffen. Hier ist Skepsis angebracht. Geht es noch um die Kooperation um der Sache Willen? Natürlich ist es einfacher, sich mit weniger Partnern auseinanderzusetzen als mit vielen Beteiligten. Und natürlich sind auch Verteilungsfragen leichter zu beantworten, wenn weniger Stimmen Bedarfe anmelden. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für unsere Gesellschaft aber mehr als möglichst hohe Verwaltungseffizienz. Die Chancen effektiver Verwaltung und glaubhafter Vertretung liegen in Orts- und Bürgernähe der Lokalverwaltung und nicht im Aufbau zentraler Bürokratien. Moderne Technik wie das Internet auf Breitbandbasis eröffnet uns hier ganz neue Möglichkeiten.

Förderung von Kooperationen

Die Bildung von Kooperationen kann noch gefördert werden, wenn bestehende Hindernisse abgebaut werden. Hindernisse für die Kooperationsfähigkeit der Städte und Gemeinden stellen vor allem gesetzliche Regelungen dar, die den Vor- und Nachteilsausgleich von Kooperationen beschränken, sowie das (europäische) Wettbewerbsrecht. Vor dem Hintergrund unserer kommunalen Erfahrungen kann an drei Punkten besonders wirkungsvoll angesetzt werden:

1. Interkommunale Kooperationen müssen auch in Zukunft finanziell gefördert werden. Derartige Förderung initiiert Kooperation zwar in der Regel nicht, aber sie kann Nachteile für einzelne Partner kompensieren und damit den Blick für die gemeinsamen Vorteile öffnen. Eine permanente Unterstützung ist dann nicht erforderlich, wenn sich positive Effekte einstellen.
2. Zur Vereinfachung von interkommunalen Kooperationen müssen Wege diskutiert werden, das Territorialprinzip zu lockern. Die vor uns liegenden Aufgaben orientieren sich an den Menschen und deren Lebensweise. Die zunehmende Regionalisierung verlangt daher auch verstärkt nach netzwerkartigen Kooperationsstrukturen, die sich an funktionalen Verflechtungen orientieren.
3. Das geltende Recht darf interkommunale Kooperation nicht unnötig beschränken. Die Länder müssen die Gesetze über die kommu-

nale Zusammenarbeit so verändern, dass sie mit dem europäischen Recht vereinbar sind. Wir sollten uns aber nicht mit Änderungen nationaler Rechtsvorschriften begnügen. Auf europäischer Ebene bedarf es der Klarstellung, dass interkommunale Zusammenarbeit Bestandteil von Verwaltungshandeln und keine Frage des Binnenmarktes ist.

Auf dem Weg zur Übertragbarkeit – Ergebnisse und Lehren aus dem Wettbewerb „kommKOOP“

Michael Zarth

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Uwe Krüger

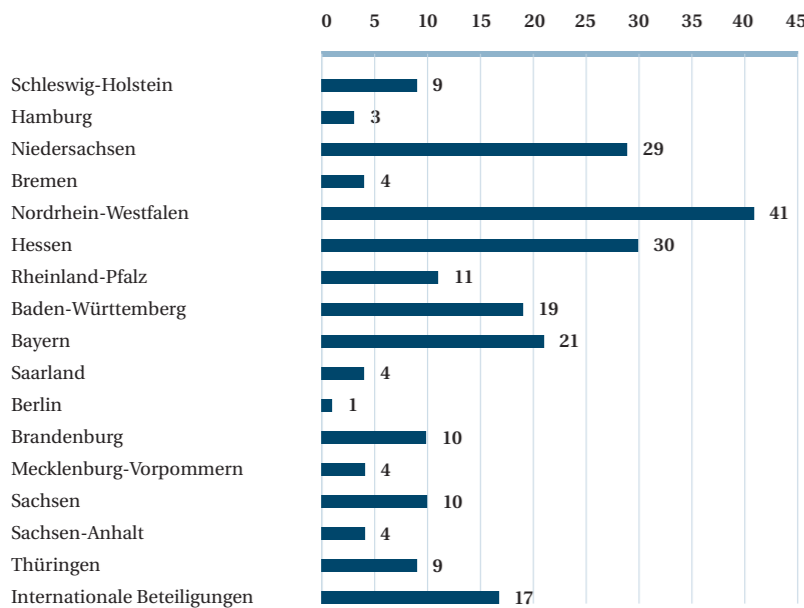
adrian.mehlin.prozessnavigation

Auf dem Weg zur Übertragbarkeit...

... hat der Wettbewerb „kommKOOP“ inzwischen bundesweit große Resonanz gefunden. Über das Internet, verschiedene Fachveröffentlichungen und zahlreiche Artikel in lokalen und regionalen Zeitungen haben interessierte kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger davon erfahren. Auch die Abschlussveranstaltung am 4. Oktober 2006 im Umweltforum Auferstehungskirche in Berlin mit rund 300 Teilnehmenden hat gezeigt, wie groß das Interesse an dem Thema und dem Wettbewerb ist.

Der Wettbewerb „kommKOOP“ startete mit der Auslobung im Mai 2005. Er wurde als Modellvorhaben der Raumordnung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung konzipiert und durchgeführt. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag haben den Wettbewerb aktiv unterstützt.

Absolute Verteilung der Kooperationen auf Bundesländer und internationale Beteiligungen*



* Länderüberschreitende Kooperationen wurden mehrfach aufgenommen.

Ergebnisse des Wettbewerbs

Der Wettbewerb übertraf alle Erwartungen: Bereits die hohe Zahl der Anmeldungen von über 200 Kooperationen bis August 2005 zeigte, dass bundesweit interkommunale Kooperationen in sehr verschiedenen Themenfeldern von hoher Bedeutung sind. Letztlich haben 167 Kooperationen einen Beitrag eingereicht und viele von ihnen haben die anspruchsvollen Kriterien der Ausschreibung erfüllt. Von diesen 167 Beiträgen wurden in einem aufwendigen Auswahlverfahren – Qual der Wahl – 52 Kooperationen für die Preisverleihung nominiert.

Die bundesweite Bedeutung des Wettbewerbes zeigt sich in verschiedener Hinsicht: Zunächst wird sie deutlich an der Verteilung und Größe der teilnehmenden Kommunen. Erwartungsgemäß wurden die meisten Beiträge aus den Flächenländern eingereicht, wobei Länder wie Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen zahlenmäßig die vorderen Plätze belegen. Auch finden sich interkommunale Kooperationen in allen Raumtypen, also nicht nur im Zentral- oder nur im Peripheraum. Bemerkenswert ist ferner, dass immerhin 17 Kooperationen, welche über die Grenzen Deutschlands hinweg agieren, einen Beitrag eingereicht haben.

Auswahl der Kriterien im Wettbewerb

Die Kooperationen sollten administrative Grenzen überschreiten sowie zu einer Kostenersparnis und zu einer Qualitätsverbesserung für die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen vor Ort und die Kommunen führen.

Die Kooperationen sollten bereits während der Laufzeit des Wettbewerbes erste Erfolge erkennbar werden lassen.

Die Kooperationen sollten eine Vorbildfunktion für andere Kommunen haben und künftige Herausforderungen aufgreifen. Auch sollte deutlich werden, welche Möglichkeiten eines Vorteils-/Nachteilsausgleiches in der Praxis bestehen.



Gebietsgrenzen Stand 31.12.2004

Datenbasis: Wettbewerbsauswertung kommKOOP

Bundeswettbewerb kommKOOP

Gemeinden mit...

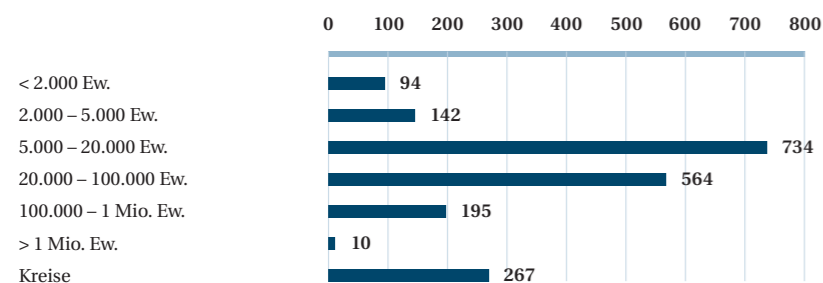
- Wettbewerbsteilnahme
- Nominierung

in den Themenfeldern:

- Wirtschaftsförderung, Tourismus und Naherholung: 45 Beiträge
- Internationale Kooperationen: 17 Beiträge
- Kommunale Pflichtaufgaben und interne Verwaltung: 39 Beiträge
- Verwaltungshandeln und Planung: 37 Beiträge
- Vielfältige Themen und Erfahrungsaustausch: 29 Beiträge

Im Übrigen sind Kooperationen nicht nur auf große Städte mit den entsprechenden personellen Ressourcen beschränkt, sondern werden vielfach von kleinen und mittleren Kommunen oder unter deren Beteiligung eingegangen. Die weit überwiegende Zahl der an dem Wettbewerb teilnehmenden Kommunen hat weniger als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der eindeutige Schwerpunkt liegt auf Städten und Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl von 5.000 bis 20.000. Schließlich finden interkommunale Kooperationen oft unter aktiver Beteiligung der Kreise statt. Rund 42% der eingereichten Wettbewerbsbeiträge weisen die Kreise als Kooperationspartner aus.

Absolute Verteilung der kooperierenden Kommunen auf Einwohnergrößenklassen*



* Die Zuordnungen spiegeln die Gesamtzahl der Kooperationspartner aller Wettbewerbsbeiträge wider

Auch unter inhaltlichen Aspekten war der Wettbewerb ein voller Erfolg: Die eingereichten Beiträge decken das gesamte Spektrum kommunaler Aufgaben ab und greifen neue Herausforderungen wie die des demographischen Wandels auf. Auch wird bei konfliktbeladenen Themen wie Hochwasserschutz, Abstimmung des großflächigen Einzelhandels oder gemeinsame Ausweisung von Gewerbegebieten unter Verzicht auf bereits ausgewiesene Flächen zusammengearbeitet. Dabei ist ein Vorteils-/Nachteilsausgleich in der Praxis vielfach auf einfachem Wege möglich. Eine Vielzahl der Kooperationen ist allerdings nicht auf die Ebene von kommunaler Politik und Verwaltung beschränkt. Erst die intensive Kommunikation und Kooperation mit der lokalen und regionalen Wirtschaft, mit Einrichtungen aus Wissenschaft und Kultur und insbesondere die breite Akzeptanz und Unterstützung in der Bevölkerung machen sie erfolgreich.

Was macht interkommunale Kooperationen erfolgreich?

Der intensive Erfahrungsaustausch im Rahmen des Kongresses und der Preisverleihung am 4. Oktober in Berlin ließ deutlich werden, wie vielfältig die Faktoren für den Erfolg interkommunaler Kooperationen sind. Im Rahmen von zwei Podiumsdiskussionen gelang es, nicht zuletzt dank der Offenheit der Vertreterinnen und Vertreter von insgesamt zehn Kooperationen, zentrale Erfolgsfaktoren näher zu beleuchten. Diese Aspekte sind sicherlich nicht als abgeschlossene Liste anzusehen, aber sie basieren auf konkreten Erfahrungen aus unterschiedlichen kommunalen Handlungsfeldern.

Frei nach dem Motto „Wo ein Wille ist, ist ein Weg“ wurde deutlich, dass zu Beginn der meisten Kooperationen einzelne Ideen oder gar Visionen stehen. Diese werden oftmals von engagierten Vorreitern entwickelt, denen es gelingt, andere davon zu begeistern und so eine Kooperation anzustoßen. Oft führen auch vergleichbare Sachprobleme dazu, dass mittels kommunikativer und kooperativer Verfahren wie etwa Zukunftskonferenzen gemeinsam Visionen und Zielsetzungen entwickelt werden. Diese freiwillig und gemeinsam definierten Ziele bilden für alle Beteiligten eine wichtige Orientierung und bewirken das Maß an Selbstverpflichtung und gemeinsamer Verantwortung, das für die Verbindlichkeit einer Kooperation unerlässlich ist.

Das Erreichen der Ziele hängt entscheidend von den Menschen ab, die im Alltag Kooperationen mit Leben füllen. Führungskräfte, die mit viel Geduld und Überzeugungskraft Kooperationen immer wieder vorantreiben, sind genauso wichtig wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit ihrem Engagement auf der Arbeitsebene erst die gemeinsame Sache möglich werden lassen. Die Erfahrungen zeigen, dass hier manchmal zunächst Ängste und Vorbehalte überwunden werden müssen. Dieser Prozess darf nicht außer Acht gelassen werden und erfordert von den Verantwortlichen oft viel Gespür. Auch müssen die Beteiligten, und dies schließt die politischen Mandatsträger und Gremien ein, die nötige Offenheit für das Vorhaben mitbringen.

Die Erfahrungsberichte machten ferner deutlich, dass zunächst einmal ein Vertrauensvorschluss bei der Anbahnung einer Kooperation nötig ist, aber auch, dass ein Umgang miteinander

ander auf Augenhöhe unerlässlich ist. Gibt es dann erst einmal die Erfahrung, dass der Nutzen der Nachbarkommune auch mit eigenem Nutzen vereinbar ist, dann werden Kooperationen oft auf andere Handlungsfelder ausgedehnt. Diese Erfahrung, verbunden mit der Entwicklung einer eigenen regionalen Identität, bildet den Nährboden für neue Ideen und Gesprächsebenen. Verschiedene Beispiele aus dem Wettbewerb zeigen, dass kooperative Lösungen eher dem realen Bedarf und den Verflechtungsbeziehungen zwischen den Städten und Gemeinden entsprechen als ihren administrativen Grenzen.

Kooperation und Konkurrenz werden innerhalb erfolgreicher Kooperationen nicht zwangsläufig als Widerspruch erlebt, sondern im Gegenteil als förderlich, da „Konkurrenz das Geschäft belebt“. Insbesondere vor dem Hintergrund der internationalen Standortkonkurrenz berichteten mehrere Kooperationen davon, dass ihre produktive „kooperative Konkurrenz“ von außen, also von Investoren und Unternehmen, aber auch von innen, d.h. von den Bürgerinnen und Bürgern aus betrachtet, als wichtiger Erfolgsfaktor wahrgenommen wird.

Interkommunale Kooperation bedeutet für die Beteiligten einen Lern- und Kommunikationsprozess, der je nach den örtlichen Gegebenheiten unterschiedliche Formen annehmen kann. Durch die Einrichtung „fester Strukturen“ erhalten – so die Erfahrungsberichte aus dem Wettbewerb – interkommunale Kooperationen eine „eigene Adresse“ und werden von der Öffentlichkeit besser wahrgenommen. Beindruckend ist die institutionelle Vielfalt, die vorzufinden ist: Sie reicht von der informellen Zusammenarbeit auf der Grundlage mündlicher Zusagen über gemeinsame Vereinbarungen von Oberbürgermeistern oder dem allseits bekannten Zweckverband bis hin zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften. Auch verschiedene Formen der Public-Private-Partnership, Vereine oder Arbeitsgemeinschaften und „Runde Tische“ unter Einbeziehung der Wirtschaft finden sich in der Praxis. Dies zeigt, dass es für interkommunale Zusammenarbeit nicht die optimale Form gibt, sondern je nach den Rahmenbedingungen vor Ort eine Lösung zu suchen ist. Diese Freiheit der Wahl und die Phantasie im Finden des jeweils besten Weges für das gemeinsame Ziel der Kooperation gilt es, als eine wichtige Erfahrung des Wettbewerbes zu vermitteln.

Die materiellen Rahmenbedingungen sind sicherlich eine wichtige Erfolgsdeterminante interkommunaler Kooperationen. Das heißt aber nicht, dass unbedingt neue Förderprogramme notwendig sind. Anschubfinanzierungen seitens übergeordneter Ebenen, wie etwa für die Erarbeitung und Umsetzung Regionaler Entwicklungskonzepte, sind bereits seit Jahren im Rahmen der nationalen und europäischen Strukturpolitik möglich. Auch knüpfen einzelne Länder bei der Umsetzung bestimmter Programme (z.B. Stadtumbau West) die Förderentscheidung an eine interkommunale Zusammenarbeit. Allerdings ist auch eine angemessene Eigenbeteiligung der lokalen Akteure bei der Projektfinanzierung wichtig, denn dies stärkt zum einen die Verbindlichkeit der Konzepte und fördert zum anderen die Bereitschaft zu gemeindeübergreifender Zusammenarbeit. Der Wettbewerb „kommKOOP“ zeigt, dass solche Eigenbeteiligungen unter Einbeziehung der Wirtschaft möglich sind.

Interkommunale Kooperationen sind nicht mehr wegzudenken. Aber die Voraussetzungen für einen Erfolg interkommunaler Kooperationen sind nicht überall gleichermaßen gegeben. Daher dürfen die Erwartungen an interkommunale Kooperationen, die in der Regel langfristig angelegt sind und für die Beteiligten einen Lernprozess darstellen, nicht von vornherein zu hoch angesetzt werden. Gleichwohl dokumentiert der Wettbewerb „kommKOOP“ eindrucksvoll, welche inhaltliche Vielfalt und hohe Qualität interkommunale Kooperationen in der Bundesrepublik bereits aufweisen. Diese Erfahrungen gilt es, an andere Kommunen weiterzugeben, die diese dann auf ihre eigenen Verhältnisse übertragen können. So kann die Nachhaltigkeit der bisherigen Aktivitäten gefördert werden. Das ist ein zentrales Anliegen dieser Dokumentation.

Prämierungs-Konzept, Kriterien, Verfahren – und die Qual der Wahl



Dr.-Ing. Irene Wiese-v. Ofen
Deutscher Verband für
Wohnungswesen, Städtebau
und Raumordnung;
Vorsitzende der Jury

Das Thema Kooperationen ist über viele Jahre immer wieder diskutiert worden. Wie Zusammenarbeit am besten institutionalisiert oder zumindest angeregt werden kann, ist Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen, gut besuchten Tagungen, vielfältigen und phantasievollen Modellen oder Pilotprojekten und von Wettbewerben gewesen: ob durch Eingemeindungen, wie sie noch in den sechziger und siebziger Jahren üblich waren, durch Verpflichtungen zum gemeinsamen Handeln qua Gesetz, durch finanzielle Anreize oder ob letzten Endes nur die Hoffnung auf Einsicht und Vernunft bleibt.

Da es offenbar bisher nicht zu durchgreifenden Erfolgen gekommen ist, hat im Frühjahr 2005 das für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zuständige Ministerium im Rahmen der Modellvorhaben der Raumordnung – MORO – einen neuen Versuch gestartet und den Wettbewerb „kommKOOP“ ins Leben gerufen.

Einen Preis dafür auszusetzen, wer am besten miteinander kooperiert, scheint angesichts der eher auf Wettbewerb setzenden, allgegenwärtigen Diskussionen zu den Auswirkungen der Europäisierung und Globalisierung ein Widerspruch in sich zu sein. Zwingt Wettbewerb – die Aufforderung zu internationaler „competitiveness“ – nicht zu weniger Kooperation? Wie will man die Motive, die hinter einem Projekt stehen, ergründen oder dessen Dauerhaftigkeit realistisch abschätzen? Oder wie will man beurteilen, ob eine Kooperation innovativ oder auf andere Kommunen übertragbar ist? Solche und ähnliche Fragen, die auch schon auf dem Kolloquium in Berlin, bei dem der Wettbewerb im vorigen Jahr vorgestellt wurde, zur Sprache kamen, spiegeln die Unsicherheit im Umgang mit diesem komplexen Thema.

Die hohe Zahl und Qualität der 167 eingereichten Wettbewerbsbeiträge zeigt nicht nur das große Interesse an dem Thema. Die Ergebnisse zeigen auch, dass Kooperationen eine enorme Kreativität freisetzen und in vielen Fällen zu Effizienzsteigerung und Kostenersparnis, zur Modernisierung vorhandener Strukturen und Angebote, zu innovativem Umgang mit den Zwängen demographischer Veränderungen und letzten Endes zu einer erkennbaren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit geführt haben.

Vor diesem Hintergrund war die Beurteilung der eingereichten Wettbewerbsbeiträge kein leichtes Unterfangen, die Jury stand vor dem sprichwörtlichen „Qual der Wahl“. Entsprechend aufwendig war das von ihr gewählte Verfahren der Prämierung.

Um sie besser vergleichen zu können, wurden die eingereichten Beiträge zunächst folgenden Themenfeldern zugeordnet:

- Kommunale Pflichtaufgaben und interne Verwaltung,
- Vielfältige Themen und Erfahrungsaustausch,
- Wirtschaftsförderung, Tourismus und Naherholung,
- Internationale Kooperationen und
- Verwaltungshandeln und Planung.

Aufgrund der hohen Zahl der Beiträge haben die Büros BPW baumgart + partner, plan 1+1 und adrian.mehlin.prozessnavigation in Abstimmung mit der Jury eine Vorprüfung durchgeführt. Diese erfolgte nach den in der ersten Jurysitzung beschlossenen Beurteilungskriterien, die auf den in der Auslobung genannten Kriterien basierten, diese jedoch wie folgt erweiterten:

Erreichen des Ziels

- Konstruktive Lösung von Konflikten
- Konflikte, Hemmnisse, Zahl der Akteure
- Zukunftsfähigkeit

Innovativer Gehalt

- Neuartiges oder seltenes Kooperationsfeld
- Neue, ungewöhnliche Kooperationspartner
- Neue, ungewöhnliche Institutionalisierungen
- Vorbildcharakter und Übertragbarkeit

Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen

- Aufwand für Kooperation und Projektrealisierung
- Finanzierung (Eigenanteil, Fördermittel oder PPP)
- Einsparungen oder Qualitätsverbesserungen
- Vorteils-/Nachteilsausgleich

Dauerhaftigkeit

- Langfristigkeit/Weiterentwicklung
- Interdisziplinarität
- Flexibilität
- Akzeptanz der Kooperationen (Politik, Betroffene, Bürgerinnen und Bürger)

Die Kriterien standen in der Auslobung gleichwertig nebeneinander und wurden auch im Rahmen der Vorprüfung nicht unterschiedlich gewichtet. Die Benotungen der Beiträge wurden mit BMVBS, dem BBR und der Jury-Vorsitzenden abgestimmt und führten zu einem Ranking von 50 Kooperationen, das der Vorjury als Beratungsgrundlage vorgeschlagen wurde.

Die Jury hatte vor Beginn des Verfahrens beschlossen, dass bei Eingang von mehr als 50 Wettbewerbsbeiträgen die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände als Vorjury ihrerseits eine engere Wahl aus der Gesamtzahl der Kooperationen zusammenstellen sollten. Ziel war es, dadurch einerseits die Arbeit der Jury zu entlasten, zum anderen, den Kooperationen dennoch ausreichend gerecht zu werden. Diese Vorjury hat sich unter Beteiligung der Jury-Vorsitzenden zwei Tage mit allen Kooperationen auseinandergesetzt und einige Modifizierungen (11 Kooperationen) zu dem Ranking der Vorprüfung vorgeschlagen. Hieraus ergaben sich dann die TOP 50, die der Jury vorgelegt wurden. Natürlich stand es jedem Jurymitglied frei, Kooperationen, die nicht in dieser Liste der TOP 50 auftauchten, in die Beratung zurückzuholen.

Diese 50 ausgewählten Kooperationen hat die Jury um acht Rückholwünsche erweitert, von denen sechs bereits in der Vorjury kontrovers diskutiert worden waren. Nach intensiver Beratung und Beurteilung wurden schließlich 52 Kooperationen für eine Preisverleihung nominiert. Von diesen 52 Kooperationen wählte die Jury 37 für eine Anerkennung und 15 als Preisträger aus. Angesichts der hohen Zahl und Qualität der Wettbewerbsbeiträge und der Schwierigkeit, aus dieser Vielfalt die „allerbesten“ auszuwählen, entschied die Jury, die Hälfte der Preisgelder zu gleichen Teilen allen nominierten Kooperationen zur Verfügung zu stellen. Damit wollte sie die Akteure vor Ort anerkennen und zugleich eine Aufwandsentschädigung für die Teilnahme am Kongress anlässlich der Preisverleihung leisten.

Die andere Hälfte der Preisgeldsumme wurde zu gleichen Teilen auf die 15 Kooperationen verteilt, auf die sich die Jury als eine Kategorie bester, erfolgreicher, konsequenter, Beispiel gebender oder besonders innovativer und übertragbarer Projekte einigte. Mit den je 2.000,- EURO sollten die Preisträger entweder ihr Projekt weiter fördern oder ein neues anstoßen. Oder sie sollten einfach mit allen Beteiligten ein großes Fest feiern, die Freude über das Gelingen mit vielen teilen und aus diesem Gemeinschaftsgefühl heraus Anstöße für die weitere Arbeit oder auch neue Kooperationen gewinnen.

Es ging bei der Entscheidung für eine kleine Summe für alle statt einer größeren für wenige – wie es sonst in Wettbewerben üblich ist – nicht allein darum, die Teilnahme an der Preisverleihung zu ermöglichen. Vor allem sollten so alle Projekte, die eine Anerkennung oder einen Preis erhielten, auch mit den daran Beteiligten öffentlich wahrgenommen werden, die Anstrengungen und Erfolge sollten sichtbar werden, die Ansprechpartner ein Gesicht bekommen. Das Licht auf der Bühne, in dem die Projektverantwortlichen während der Preisverleihung und der Gratulation durch den Staatssekretär stehen, sollte allen Beteiligten Mut für die Fortsetzung ihrer Projekte machen – denn nichts ist so wichtig wie die Kontinuität. Pilotprojekte hat es schon viele gegeben. Ob sie am Leben bleiben, ist mindestens ebenso viel von denjenigen, die sie tragen und gestalten, wie von den Institutionalisierungen abhängig.

Bei der Begründung für Kooperationen wird oft die Knappheit der öffentlichen Mittel genannt. Wenn man sich die 167 eingereichten Beiträge ansieht, dann kann man feststellen, dass ganz offensichtlich dieses Motiv nicht in erster Linie die treibende Kraft war. Oft ist es eher der Wunsch nach Verbesserungen oder schlicht Neugier, vielfach gesunder Menschenverstand, der Sinn für Vereinfachungen oder Effizienzsteigerungen, die Einsicht in Notwendigkeiten oder einfach die Lust daran, etwas Neues auszuprobieren.

Eine wichtige Ursache für Kooperationen ist natürlich auch der demographische Wandel, auf den bei einigen Kooperationen deutlich Bezug genommen wird. Aber auch die Fragmentierung der politisch-administrativen

Strukturen führt zu der Notwendigkeit, Kooperationen einzugehen. Häufig steht zudem am Anfang die Diskrepanz zwischen der Erweiterung von Aufgabenstellungen und den dafür zur Verfügung gestellten Mitteln bei gleichzeitiger Erkenntnis, dass genau diese Erweiterung von Aufgabenstellungen die Chancen für neue Bündnisse bietet.

Diesen Motiven und den verschiedenen Formen von Kooperationen müssen Etablierte und Verantwortliche – und darin sind die Vertreter und Vertreterinnen der politischen Gremien eingeschlossen – die nötige Offenheit entgegenbringen. Mit Kooperationen ist immer eine Machtverschiebung oder oft auch ein gewisser Machtverlust der derzeitigen Inhaber der Macht verbunden. Dieses nicht als Verlust zu empfinden, sondern als eine neue Chance für andere Herangehensweisen und andere Verantwortlichkeiten, ist auch einer der Lerneffekte dieses Wettbewerbes, wenn man seine Ergebnisse auf sich wirken lässt.

Ein besonders schönes Ergebnis ist die Vielfalt an organisatorischen Formen von Kooperationen: Sie reichen vom institutionalisierten, allseits bekannten Zweckverband, über GmbHs, bekannte Formen von PPP, sogar eine Aktiengesellschaft, bis hin zu Vereinen, verschiedenen Arten von Verträgen, förmlichen Vereinbarungen zwischen Oberbürgermeistern und vielfältigen Formen von Lenkungsgruppen und „Runden Tischen“, die ganz offensichtlich gut funktionieren. Man kann sich nur wünschen, dass diese Freiheit und Phantasie bei der Suche nach dem jeweils besten Weg für das gemeinsame Ziel der Kooperation erhalten bleibt und gerade dies als eine wichtige Erfahrung des Wettbewerbes verbreitet wird.

Es ist üblich, dass die Jury dem Auslober Empfehlungen gibt – insoweit hat die Jury dem BMVBS empfohlen, nicht nur *alle* Projekte zu dokumentieren, sondern auch aus dem Preisverleihungskongress und einer Querdurchsicht der Projekte Schlussfolgerungen für zukünftige Arbeitsempfehlungen oder Förderrichtlinien zu ziehen. Auch sollte in einem vielleicht dreijährigen Rhythmus der Wettbewerb fortgesetzt werden. Dabei könnten thematische Zuspitzungen hilfreich sein, wie beispielsweise die Frage, wo „Private“ Gewährleistungsaufgaben übernehmen könnten oder auch, warum gewisse Kooperationen erfolgreich sind und was davon übertragbar ist. Gezielt sollte sich der Wettbewerb in Zukunft mit den struktur-

schwachen und ländlichen Räumen beschäftigen, und es könnte dem Wettbewerb Profil geben, zu fragen, wodurch gerade in diesen Regionen Kooperationen geeignete Hilfsmittel sind, um den Problemen dieser spezifischen Räume besser zu begegnen und wo und wie sie besser gestützt werden können. Wichtig ist auch – und das war die letzte Empfehlung der Jury – für die Fortsetzung der Aufmerksamkeit für die Projekte dieses Wettbewerbes durch Ausstellungen oder thematische wie regionale Fachkonferenzen zu sorgen, denn Aufmerksamkeit und Fach- wie publizistisches Echo stärkt die regionale Zusammengehörigkeit.

Alles in allem ist meine ganz persönliche Schlussfolgerung, dass die Zunahme solcher Projekte und Herangehensweisen Auswirkungen auf eine allgemeine Haltung in unseren Kommunen und in der Öffentlichkeit haben wird, dass sich mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzen wird, dass es notwendig ist,

- sich mehr horizontal als vertikal zu vernetzen und zu handeln,
- Gemeinschaft zu fördern statt – an Hierarchien gewöhnt – vieles nicht für machbar zu halten,
- Selbstverantwortung und Selbstbeauftragung eine Erfolgschance zu geben statt anzuweisen oder nur zu delegieren
- und zu begreifen, dass man seine eigene Disziplin sehr gut beherrschen muss, um im interdisziplinären und intersektoralen Arbeiten erst die eigentlichen Erfolge in der Praxis zu finden.

Die Seele von Kooperationen ist der Verzicht auf die eigene Dominanz, ohne dabei auf die eigene Fachlichkeit und Kompetenz zu verzichten. Ich glaube, es tut uns gut, dies immer wieder einzuüben als eine hohe Kunst der Selbstüberwindung.

Mit diesem Wettbewerb liegen 167 Beispiele und Ansätze von Kooperationen vor, für die man sich nur viele Nachahmerinnen und Nachahmer wünschen kann. Dank an alle, die mitgemacht haben – und eine besondere Gratulation noch einmal an die Preisträger!

Preisträger und Anerkennungen im Profil

Arbeitsgemeinschaft Baubetriebshöfe Steinhuder Meer Süd Aus der Praxis für die Praxis

Die Baubetriebshöfe der Stadt Wunstorf und der Samtgemeinde Sachsenhagen unterstützen sich seit einigen Jahren gegenseitig durch den Austausch von Personal und Fahrzeugen sowie durch gemeinsame Projekte. Regelungen in Form von Beschlüssen, Vereinbarungen und Verträgen sind nur dort vorhanden, wo es aus haushalts- oder personalrechtlichen Gründen erforderlich ist.

Kooperierende Kommunen

Wunstorf
Samtgemeinde Sachsenhagen

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

53.000

Kooperation begann mit Erfahrungsaustausch

Auf Grundlage eines anfänglichen Erfahrungsaustausches zwischen den Baubetriebsleitern beider Kommunen begann die Kooperation durch die Unterstützung beim Bau einer neuen Betriebsstätte in der Samtgemeinde Sachsenhagen, den diese aufgrund von personellen und finanziellen Einschränkungen nicht selbstständig durchführen konnte. Die Zusammenarbeit wurde fortgeführt, um dem wachsenden Druck zu mehr Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitig reduzierter Finanz- und Personalausstattung - einhergehend mit der quantitativen und qualitativen Zunahme der Aufgaben - gewachsen zu sein.

Kooperation schafft Spielräume

Mittlerweile gibt es eine gemeinsame Straßenbaukolonne, eine gemeinsame Friedhofskolonne und einen Ausbildungsverbund. Durch die gemeinschaftliche Anschaffung konnten neue Geräte und Fahrzeuge erworben werden, die durch die einzelnen Gemeinden nicht zu finanzieren wären. Das Personal aus beiden Betriebshöfen wird grundsätzlich für den Betriebshof der anderen Gemeinde tätig, wenn die jeweils eigene Aufgabenerledigung nicht beeinträchtigt ist. Gleiches gilt für die Nutzung von Fahrzeugen und Maschinen. Neben den Ressourcen innerhalb der Bauhöfe wurden vereinzelt auch weitere Ressourcen, z.B. aus der Bauverwaltung oder dem Klärwerk, zur Verfügung gestellt. Durch die Kooperation können Arbeitsspitzen und -tiefen wirtschaftlich bewältigt werden. Die Koordination übernehmen die Betriebsleiter.

Vertrauen statt Verträge

Die Kooperation ist wenig formalisiert. Um den Kooperationsaufwand zu minimieren, wird auf Regelungen zum Ausgleich der gegenseitigen Personal- oder Geräteleistungen verzichtet. Es werden zwar Stunden protokolliert, erfahrungsgemäß stellt sich der Ausgleich aber über die Jahre zwischen den Gemeinden ein. Dies

ist insbesondere bemerkenswert, da die Stadt Wunstorf mit ca. 42.000 Einwohner deutlich größer ist als die 10.000 Einwohner zählende Samtgemeinde Sachsenhagen. Verwaltungsvereinbarungen wurden nur dort getroffen, wo sie aus haushalts- oder personalrechtlichen Gründen zwingend erforderlich waren.

Betriebsleiter haben unternehmerische Freiheit

Die Betriebsleiter haben weitgehend unternehmerische Freiheiten bei der Zusammenar-



beit. Im Ergebnis zeigen sich bis heute deutliche Einspareffekte und Qualitätssteigerungen. Die Grundlage der Kooperation besteht im Wesentlichen aus dem Vertrauen zwischen den Betriebsleitern durch die mehrjährige Zusammenarbeit und den Handlungsspielräumen, die ihnen von der Politik und den Verwaltungsspitzen zugestanden werden.

Kontakt

Stadt Wunstorf - Baubetriebshof
Wilhelm Cordes
Tel. 05031/15149
bbh@wunstorf.de



Ausbildungsoffensive Bürokaufkräfte – Beteiligung der Wirtschaft wagen

Im ländlichen Raum Hessens bilden vier kooperierende Kommunen jährlich abwechselnd jeweils fünf Bürokaufleute anstelle von reinen Verwaltungsmitarbeitern aus. Durch die Kooperation mit einem festen Stamm von Betrieben in den Kommunen wird gewährleistet, dass die Ausbildung Stationen in der Verwaltung wie auch in kaufmännischen Betrieben enthält.

Ausbildungsplätze im ländlichen Raum

Anlass für die Kooperation war die Erkenntnis, dass die traditionelle Verwaltungsausbildung am Markt vorbei ging, da die Kommunen verstärkt Personal abbauen. Die Chancen der Nachwuchskräfte auf dem Arbeitsmarkt wurden zunehmend schlechter. Daher entschieden sich mehrere Gemeinden gemeinsam und in Zusammenarbeit mit Unternehmen (Maschinenbau, Handwerk, Handel usw.) Bürokaufleute auszubilden. Ziel der Kooperation war es, weiterhin Ausbildungsplätze in der Region anbieten zu können und eine Ausbildung anzubieten, die auch auf dem Markt nachgefragt wird. In einzelnen Kommunen wären Ausbildungsmaßnahmen ohne den Kooperationsverbund aufgrund örtlicher Gegebenheiten nicht mehr möglich gewesen.

Wirtschaft und Verwaltung bilden gemeinsam aus

Seit neun Jahren werden jährlich fünf Ausbildungsplätze angeboten, abwechselnd betreut von der Stadt Usingen und der Gemeinde Neu-Anspach. Alle Auszubildenden durchlaufen Stationen in unterschiedlichen Gemeinden und Betrieben und erhalten damit eine qualifizierte und abwechslungsreiche Ausbildung. Alle ausgebildeten Bürokaufleute konnten nach ihrer Ausbildung in Stellen vermittelt werden. Dabei zeigte sich, dass die Auszubildenden durch die vielfältige Ausbildung gelernt hatten, sich schnell in unterschiedliche Arbeitszusammenhänge und Unternehmen einzufinden. Diese Flexibilität wird vor allem von Seiten der Wirtschaft als besonders positiv bewertet. Die Kooperation wird aufgrund des großen Interesses sukzessive um weitere Kommunen und Betriebe erweitert. Durch die Kooperation kann regelmäßig eine größere Zahl von Ausbildungsplätzen im ländlichen Raum angeboten werden, als dies für die Kommunen alleine möglich wäre.

Informelle Kooperationsbasis

Die Kooperation erfolgt einzig auf der Basis einer informellen, mündlichen Vereinbarung. Die beteiligten Kommunen teilen sich alle Kosten, die mit der Ausbildung verbunden sind. Die jeweils einstellende Kommune trifft die Entscheidung über die Besetzung der Ausbildungsplätze.

Kontakt

Stadt Usingen - Haupt- und Personalamt
Michael Guth
Tel. 06081/1024-1000
guth@usingen.de



Kooperierende Kommunen

Neu-Anspach
Usingen
Wehrheim
Schmitt (seit Sommer 2006)

Weitere Kooperationspartner

MS Möbelstudio GmbH
Universal Hydraulik GmbH
Schäfer GmbH
Müller & Co. GmbH
Autohaus Erlenhoff GmbH
Taurus-Präsente Handschuh GmbH
Eisenfischer Sanitär und Heizung
Adam Hall und Schlapp Möbel
(seit September 2006)

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

40.500

Bündelung feuerwehrtechnischer Dienstleistungen – Städtische Betriebe Korbach

Die Feuerwache der Stadt Korbach übernimmt im Zuge eines Neubaus die Wartungs- und Pflegearbeiten von Feuerwehrgeräten der Umlandgemeinden. Dies hat sowohl zu einer besseren Auslastung der Feuerwache als auch zur Einsparung von Kosten bei den Umlandgemeinden geführt. Die Qualität der Wartungsarbeiten wurde verbessert.

Kooperierende Kommunen

Hessen
Allendorf
Bromskirchen
Burgwald
Diemelsee
Diemelstadt
Edertal
Frankenberg
Gemünden/Wohra
Haina/Kloster
Hatzfeld
Lichtenfels
Rosenthal
Twistetal
Vöhl
Volkmarshausen
Waldeck
Willingen
Kreis Waldeck-Frankenberg

Nordrhein-Westfalen
Medebach

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

108.800

Neubau weitsichtig genutzt

Um die wachsenden Aufgaben im Bereich der Feuerwehr bewältigen zu können und eine wirtschaftliche Betriebsentwicklung zu gewährleisten, müssen Ressourcen gebündelt werden. Gerade im ländlichen Raum mit Einwohnerzahlen der Kommunen von deutlich unter 10.000 ist die Wartung und Pflege von Feuerwehrgeräten sehr kosten- und personalintensiv. Die Stadt Korbach nutzte einen erforderlichen Neubau ihrer Feuerwache, um die zentrale Atemschutz- und Schlauchpflegewerkstatt so zu dimensionieren, dass auch die Umlandgemeinden versorgt werden können. Ziel war es, die Folgekosten für alle Beteiligten durch eine bessere Auslastung der teuren feuerwehrtechnischen Geräte, wie Waschautomaten, Schlauchwaschanlage oder Wartungsgeräte, zu minimieren.

Kostensenkung und Qualitätsverbesserung

Die Kosten in den einzelnen Wartungsbereichen konnten für die beteiligten Kommunen um 20-30 Prozent gesenkt werden. Die Qualität der Leistungen, die zuvor teilweise durch Fremdfirmen durchgeführt wurden, hat sich verbessert. Bereits im ersten Jahr seines Bestehens hat der Eigenbetrieb mit einem Überschuss von rd. 33.400 Euro abgeschlossen.

Gründung eines neuen Eigenbetriebes

Zur Übernahme der Leistungen für die umliegenden Gemeinden wurde ein Eigenbetrieb mit dem Aufgabenschwerpunkt „feuerwehrtechnische Dienstleistungen“ durch die Stadt Korbach gegründet. Mit den jeweiligen Kommunen wurde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Betrieb von zentralen Einrichtungen zur Wartung von Atemschutzgeräten, für die Schlauchpflege sowie weiterer feuerwehrtechnischer Geräte abgeschlossen. Die Kosten werden für Einzelleistungen auf Grundlage der Gebührensatzung abgerechnet. Zukünftig sollen das Angebot an Serviceleistungen erweitert und neue Kommunen hinzugewonnen werden.

Kontakt

Städtische Betriebe Korbach
Technische Dienste und Feuerwehr
Friedhelm Schmidt
Tel. 05631/5026-1140
f.schmidt@staedtsche-betriebe-korbach.de

e-Government im Saarland

Durch e-Government-Technologien wird für alle saarländischen Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände sowohl der Zugang für die Bürger als auch der Austausch zwischen den Verwaltungsebenen verbessert.

Ohne Kooperation nicht finanzierbar

Der Einsatz von e-Government-Technologien bietet vielfältige Möglichkeiten zur Verwaltungsmodernisierung, indem z.B. Medienbrüche sowohl innerhalb der gleichen Verwaltungsebene als auch zwischen den Verwaltungsebenen Gemeinde - Kreis - Land eliminiert werden. Im Saarland gibt es kein kommunales Rechenzentrum oder eine ähnliche Institution, die eine Plattform für e-Government-Technologien entwickeln konnte. Da die Umsetzung von e-Government-Lösungen die finanziellen Möglichkeiten einer Einzelverwaltung übersteigt, haben sich alle Kommunen des Saarlandes sowie das Land, der Saarländische Städte- und Gemeindegtag und der Landkreistag Saarland zusammengeschlossen.

Zweckverband und Pakt bilden Rahmen

Die kommunale Kooperation ist in Form eines kommunalen Zweckverbandes „Elektronische Verwaltung für saarländische Kommunen eGo-Saar“ institutionalisiert. Dem Zweckverband gehören mittlerweile (mit Ausnahme einer Stadt) alle saarländischen Städte und Gemeinden, sämtliche Gemeindeverbände sowie verschiedene kommunale Einrichtungen an. Für die Kooperation zwischen Kommunen und Land wurde zwischen dem Saarland, dem Saarländischen Städte- und Gemeindegtag und dem Landkreistag Saarland der sog. „e-Government-Pakt“ geschlossen. In ihm ist der Zweckverband eGo-Saar als alleinige Vertretung der Kommunen in der Kooperation Kommunen-Land bezeichnet.

Verwaltungsmodernisierung durch Informationstechnologie

Der Zweckverband eGo-Saar hat das e-Government-Portal „Bürgerdienste Saar – BDS“ frei geschaltet. Die eingestellte Sammlung von Lebenslagen, Verfahrensbeschreibungen, Formularen und Behördendaten ist umfangreich. Die kommunalen Internetauftritte können die Inhalte des Portals in ihr eigenes Internet einbinden. Gegenwärtig haben die allermeisten Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände

das Portal Bürgerdienste Saar - im eigenen Layout und für sie regionalisiert - verlinkt. Im Herbst 2006 werden Land und Zweckverband eGo-Saar die flächendeckende elektronische Melderegisterauskunft für Privatpersonen, Unternehmen und Behörden freischalten. Ebenfalls wird für alle saarländischen Kommunen eine virtuelle Poststelle für die elektronische Kommunikation eröffnet.

Kontakt

Zweckverband eGo-Saar
Wilhelm Schmitt
Tel. 0681/92643-18
mail@ego-saar.de
www.ego-saar.de

Kooperierende Kommunen

Alle saarländischen Städte und Gemeinden mit Ausnahme einer Stadt, alle fünf Landkreise des Saarlandes sowie der Stadtverband Saarbrücken

Weitere Kooperationspartner

Entsorgungsverband Saar
Unfallkasse des Saarlandes
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes
Saarländischer Städte- und Gemeindegtag
Landkreistag Saarland

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

1 Mio.

Gemeinsames Call-Center Köln-Bonn

Das von der Stadt Köln im Jahr 2003 in Betrieb genommene Call-Center übernimmt seit 2005 auch die Anrufe für die Stadt Bonn. Beide Partner profitieren von den Synergien. Auf Bonner Seite wird der Kundenservice verbessert und die städtischen Mitarbeiter werden entlastet. Gleichzeitig wird eine wirtschaftlichere Auslastung des Kölner Call-Centers ermöglicht.

Kooperierende Kommunen

Stadt Köln
Bundesstadt Bonn

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

1,3 Mio.



Telefonzentrale (früher)

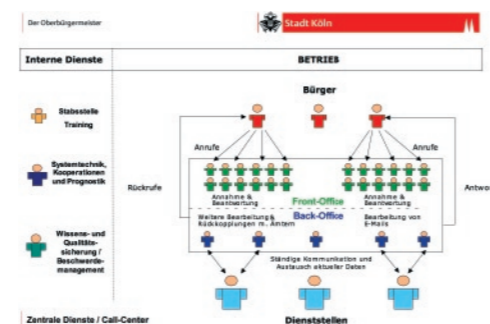
Erfolgreicher Probebetrieb

Zunächst wurde im Rahmen der Kooperation ein sechsmonatiger Probebetrieb vereinbart, bei dem in einem ersten Schritt 20% der in Bonn eingehenden Anrufe im Call-Center der Stadt Köln angenommen wurden. Dem Beginn des Probebetriebs war eine mehrmonatige Projektphase vorgeschaltet, in der die organisatorischen wie technischen Details von den Partnern realisiert wurden. In dieser Phase erfolgte auch die Schulung der Mitarbeiter auf die Bonner Anforderungen hin. Sowohl die Verwaltung als auch die Bonner Kunden reagierten positiv auf das gemeinsame Call-Center, da die Wartezeiten kurz waren und Anfragen kompetent und zügig bearbeitet wurden. Zudem erfolgen durch das Call-Center umfassende Informationen an zentraler Stelle mit einer hohen Quote abschließend bearbeiteter Anrufe. Die Fachdienststellen wurden dadurch erheblich entlastet.

Effektive Zusammenarbeit von zwei Standorten

Mit Blick auf die positiven Erfahrungen im Probebetrieb werden seit Juli 2006 alle in der Bonner Zentrale eingehenden Anrufe über eine Standleitung direkt nach Köln umgeroutet. Die bisherige Telefonzentrale der Stadt Bonn wurde aufgelöst. Nahezu 85% der Anrufe können bereits unmittelbar im Front Office des Call-Centers anhand der den Agents zur Verfügung stehenden Wissensdatenbank beantwortet werden. Diese Wissensdatenbank bildet das gesamte Produktportfolio inkl. der Spezifika einer Kommunalverwaltung ab. Die verbleibenden 15% werden entweder zielgenau zurück nach Bonn vermittelt oder über eine sogenannte elektronische Bürgerakte unter Aufnahme der Bürgerdaten und des Bürgeranliegens an das Back Office in Bonn geleitet. Dort werden weitergehende Fragen geklärt und die Bürger innerhalb von zwei Stunden zurückgerufen. Seit Inbetriebnahme des Call-Centers konnten mit Stand Herbst 2006 über 3 Mio. Anrufe von Kölner Kunden und bereits rd. 100.000 Anrufe von Bonner Kunden bearbeitet werden.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung bildet Rahmen



Die Kooperation erfolgt im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten Köln und Bonn nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW). Die Vereinbarung ist von der Bezirksregierung Köln als Kommunalaufsicht genehmigt worden. In diesem Zusammenhang waren insbesondere wettbewerbsrechtliche und umsatzsteuerrechtliche Vorgaben intensiv zu prüfen und zu regeln. Die Vereinbarung, in der Rechte und Pflichten beider Partner konkret geregelt sind, hat eine Laufzeit bis 2014 und verlängert sich automatisch um jeweils zwei Jahre. Durch die Kooperation haben sich die Kontakte zwischen den beiden Städten verbessert, so dass weitere Kooperationen im Bereich diverser Verwaltungsdienstleistungen angestrebt werden.

Kontakt

Stadt Köln - Zentrale Dienste
Dieter Huland
Tel. 0221/ 221-25005
dieter.huland@stadt-koeln.de

Stadt Köln - Zentrale Dienste
Frank Perkhof
Tel. 0221/ 221-70007
frank.perkhof@stadt-koeln.de

Integrierte Regionalleitstelle Elmshorn

Die bundesweit erste aus drei schleswig-holsteinischen Kreisen zusammengelegte Feuerwehr-, Katastrophenschutz- und Rettungsleitstelle ist seit dem Jahr 2001 in Betrieb. Die Konzeption für diese Leitstelle wurde mit umfassender Beteiligung der örtlichen Feuerwehren und Rettungsdienste durchgeführt. Die Finanzierung des Neubaus gelang mit privaten Mitteln.

Akuter Handlungsbedarf

Drei Leitstellen in der Region mussten technisch erneuert werden oder waren personell nicht ausreichend besetzt. Die Landräte der betroffenen Kreise entwickelten die Idee, eine gemeinsame Leitstelle für alle drei Gebietskörperschaften an einem zentralen Standort zu errichten und zu betreiben. Bessere Leistungsfähigkeit, Sicherheit und Zuverlässigkeit zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten lautete die Devise.

Kurze Planungsphase aufgrund vorbildlicher „Kundenbeteiligung“

Zwischen den Vorüberlegungen der Landräte und der Inbetriebnahme der Leitstelle lagen drei Jahre. Innerhalb dieser Zeit fand nicht nur die Abstimmung zwischen den Mitarbeitern der beteiligten Kreise statt, sondern auch eine umfassende Beteiligung der „Kunden“ der Leitstelle, d.h. den Rettungsdiensten, den Feuerwehrverbänden und den 257 regionalen Feuerwehren. Zusätzlich wurden die Personalvertretungen eng in das Verfahren einbezogen.

Standortfindung und private Neubaufinanzierung



Die Standortfindung stellte sich zunächst als problematisch dar, da immer wieder lokale Eigeninteressen in den Vordergrund traten. Die Erstellung eines Standortgutachtens trug zur Versachlichung der Diskussion bei und führte zu einer einvernehmlichen Lösung. Der Neubau der Leitstelle entstand auf einem Grundstück des Kreises Pinneberg. Die Finanzierung und Realisierung übernahm ein Investor, der auf einem kreiseigenen Grundstück ein geeig-

Kooperierende Kommunen

Kreis Dithmarschen
Kreis Pinneberg
Kreis Steinburg

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

575.000



netes Gebäude errichtete. Mit überschaubarem juristischen Aufwand konnte das private Bauvorhaben auf öffentlichem Grund mit einem Pacht-/Rückpacht-Vertrag abgesichert werden. Ein Eigentumsübergang nach 25 Jahren wurde Bestandteil des Vertragswerkes.

Fachliche und wirtschaftliche Synergien

Die Mitarbeiter aus den alten Leitstellen wurden komplett übernommen. Der gemeinsame Personalstamm ermöglicht ein Schichtsystem für eine bessere Leistungsfähigkeit, Sicherheit und Zuverlässigkeit. Die beteiligten Kreise sparen jährlich etwa 38% der Kosten ein, die entstanden wären, wenn jeder Kreis seine eigene Leitstelle modernisiert hätte und weiter betreiben würde.

Ausblick

Die integrierte Regionalleitstelle wurde bundes- und europaweit bereits zum Vorbild für weitere in Kooperation betriebene Leitstellen benachbarter Kreise. Mittlerweile wurde zudem in Schleswig-Holstein die zusätzliche landesweite Integration regionaler Polizeileitstellen unter einem gemeinsamen Dach mit den Leitstellen für Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz vorbereitet.

Kontakt

Integrierte Regionalleitstelle Elmshorn
Stephan Bandlow-Hoyer
Tel. 04121/6490-200
stephan.bandlow-hoyer@irls-elmshorn.de
www.irls-elmshorn.de

Integrierte Regionalleitstelle Lausitz

Zwei Landkreise und eine kreisfreie Großstadt legen ihre Leitstellen für den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz zusammen, um bei abnehmenden Bevölkerungszahlen den steigenden technischen und personellen Anforderungen gerecht zu werden und gleichzeitig Kosten zu senken.

Kooperierende Kommunen

Cottbus
Landkreise
Spree-Neiße
Oberspreewald-Lausitz
Dahme Spreewald (ab 27.09.06)
Elbe Elster (ab 01.10.06)

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

400.000

Konzeption durch Technische Universität

Vor dem Hintergrund knapper finanzieller Ressourcen, rückläufiger Bevölkerungszahlen, notwendiger Modernisierungen und neuer Möglichkeiten durch moderne Kommunikationstechnologie beschlossen die Landkreise Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße sowie die kreisfreie Stadt Cottbus, ihre Leitstellen für den Brand- und Katastrophenschutz zusammenzulegen. Grundlage war ein in Auftrag gegebenes Konzept des Fraunhofer Anwendungszentrums an der TU Cottbus. Ziel der neu gegründeten Regionalleitstelle Lausitz in Cottbus ist neben der langfristigen Qualitätssicherung die Reduzierung der laufenden Kosten für Personal und Unterhalt.



Qualifizierungsmaßnahmen statt Entlassungen

Die technische Realisierung des Leitstellenbetriebs erfolgte in sechs Monaten. Der Umbau der Leitstelle in Cottbus wurde mit einem Kostenaufwand von weniger als einer halben Million Euro realisiert. Seit Januar 2005 ist die Regionalleitstelle in Betrieb. Das bisherige Personal wurde komplett übernommen. Der dadurch mittelfristig entstandene Personalüberhang wird für zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen genutzt.

Einsparungen und Synergieeffekte

Durch die gemeinsame Nutzung von Technik und Logistik entstehen für alle Beteiligten Kosteneinsparungen gegenüber dem bisherigen Betreibermodell, langfristig in Höhe von etwa 500.000 Euro pro Jahr. Durch die technischen Neuerungen konnten auch Synergieeffekte



für andere Kooperationsfelder erzielt werden. Dies gilt etwa für ein Führungs- und Informationssystem, bei dem Einsatzinformationen und statistische Daten für alle beteiligten Verwaltungen online zur Verfügung stehen. Zwei weitere Landkreise werden sich voraussichtlich der Leitstelle anschließen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

Grundlage der Kooperation ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung. Die Kosten der Vorbereitung und des Betriebes werden von allen Gebietskörperschaften über einen Verteilungsschlüssel getragen. Um Konflikte in der Projektphase zu minimieren, wurde eine hochrangig besetzte Projektgruppe mit angeschlossenen Facharbeitsgruppen gebildet. Diese Organisation wurde wegen des Erfolges auch in Folgeprojekten angewendet.

Kontakt

Stadt Cottbus - Amt 37 Feuerwehr
Ingolf Zellmann
Tel. 0355 / 63 21 58
ingolf.zellmann@feuerwehr.cottbus.de
www.leitstelle-lausitz.de

Interkommunale Stellenbörse

Neun Kommunen des Kreises Aachen haben gemeinsam eine interkommunale Stellenbörse eingerichtet, um qualifiziertem Personal die Möglichkeit zu eröffnen, nach Abschluss einer Ausbildung oder Verlust des Arbeitsplatzes in anderen Kommunen des Kreises tätig zu werden. Durch dieses freiwillige Angebot für die Mitarbeiter findet ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Personalstrukturen der einzelnen Kommunen statt.

Beschäftigung fördern – Kosten senken

In Zeiten eines fortschreitenden Personalabbaus wird bei diesem Projekt eine aktive Personalvermittlung in der Region betrieben. Qualifizierte Kräfte (z.B. ehemalige Auszubildende, Rückkehrer aus der Elternzeit, befristet Beschäftigte) können in benachbarte Kommunen vermittelt werden. Damit sollen die Chancen auf eine Anschlussbeschäftigung erhöht werden. In der Region qualifiziertes Personal kann durch kürzere Einarbeitungszeiten flexibel eingesetzt werden. Der Aufwand für Neueinstellungen reduziert sich, indem die Gemeinden auf zeit- und kostenintensive Einstellungsverfahren verzichten und stattdessen für die Mitarbeiter der Region dauerhaft eine wohnortnahe Beschäftigung sichern.

Interkommunales Personalmanagement

Die Bürgermeister der Städte Eschweiler und Herzogenrath erkannten, dass in den einzelnen kreisangehörigen Kommunen unterschiedliche Personalstrukturen bestehen. Während eine Stadt eine hohe Fluktuation aufgrund des bevorstehenden Ruhestands erwartete, gab es in anderen Städten Auszubildende, die teilweise nicht übernommen werden konnten sowie Rückkehrer aus der Elternzeit. Die Städte Eschweiler und Herzogenrath erarbeiteten ein regionales Personalmanagement-Konzept. Dieses wurde den anderen kreisangehörigen Bürgermeistern präsentiert und anschließend in Form einer Richtlinie zur Kooperation durch die Bürgermeisterkonferenz einvernehmlich mit unbefristeter Laufzeit beschlossen.

Ohne Spielregeln geht es nicht

Das regionale Personalmanagement-Konzept beinhaltet allgemeine Grundsätze und Ziele der Kooperation, mögliche Übernahmeformen des Personals, die Zielgruppen sowie Einzelregelungen, z.B. zu Kosten oder Beschäftigungszeiten. Es wurden Richtlinien zum „Abwerben“ und „Abschieben“ von Mitarbeitern vereinbart. Mit den neuen Arbeitgebern wird eine Probe-

beschäftigung von zwölf Monaten vereinbart mit der Option, die Mitarbeiter wieder bei der Behörde zu beschäftigen, in der sie früher beschäftigt waren. Umgekehrt besteht auch für die Mitarbeiter die Option zur Rückkehr zum früheren Arbeitgeber ebenfalls nach Ablauf von zwölf Monaten unter Berücksichtigung ausreichender Planungs- und Vorlaufzeiten.

Elektronischer Stellenpool

Für die interkommunale Stellenbörse wurde ein Stellenpool eingerichtet, in welchem die Personalbögen der stellensuchenden Mitarbeiter eingestellt sind. Die Koordination dieses Stellenpools erfolgt durch die beteiligten Städte Herzogenrath und Eschweiler. Die zum Zeitpunkt des Wettbewerbs landesweit erste Kooperation dieser Art hat Anfragen anderer Kommunen ausgelöst. Es ist beabsichtigt, dass die ab 2009 voraussichtlich gebildete Städteregion aus Stadt Aachen und den Kommunen des Kreises Aachen die interkommunale Stellenbörse übernimmt, damit der Einzugsbereich und damit die Erfolgsaussichten noch größer werden. Die Einwohnerzahl des Kooperationsraumes würde sich danach auf ca. 550.000 erhöhen.



Foto: Barbara Slupnik

Kontakt

Stadt Eschweiler – Personalamt
Hans Schreiber
Tel. 02403/71-216
hans.schreiber@eschweiler.de

Kooperierende Kommunen

Alsdorf
Baesweiler
Eschweiler
Herzogenrath
Monschau
Roetgen
Simmerath
Stolberg
Würselen

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

310.000

Klärschlammkonzeption und -verwertung

Die 18 Gemeinden des baden-württembergischen Main-Tauber-Kreises erarbeiteten ein gemeinsames Konzept für den Umgang mit den im Kreis jährlich anfallenden 12.500 Tonnen Klärschlamm. Bereits in einer frühen Umsetzungsphase schlossen sich zehn weitere Gemeinden des benachbarten Neckar-Odenwald-Kreises der Kooperation an und beteiligten sich an der gemeinsamen Ausschreibung zur Verwertung der entwässerten Klärschlämme.

Kooperierende Kommunen

Ahorn
Assamstadt
Bad Mergentheim
Boxberg
Creglingen
Freudenberg
Großrinderfeld
Grünsfeld
Igersheim
Königheim
Külshausen
Lauda-Königshofen
Niederstetten
Tauberbischofsheim
Weikersheim
Werbach
Wertheim
Wittighausen

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

140.000

Klärschlamm entsorgung zunehmend problematisch

Rückstände von Medikamenten und Chemikalien im zur Düngung eingesetzten Klärschlamm führten zu Problemen bei der Abnahme der landwirtschaftlichen Anbauprodukte durch Lebensmittelproduzenten. Einige Gemeinden des Main-Tauber-Kreises hatten daraufhin begonnen, alternative Lösungen im Umgang mit ihren Klärschlämmen zu entwickeln. Im Jahr 2001 schlossen sich alle 18 Gemeinden des Kreises (Dörfer, Klein- und Mittelstädte) auf Initiative des Landratsamtes zusammen, um ein integriertes Konzept für den gesamten Kreis erarbeiten zu lassen. Die Kosten für das Gutachten wurden zwischen allen Beteiligten nach einem vorher vereinbarten Schlüssel verteilt.

Konzept für gemeinsame Entsorgung

Das gemeinsame Klärschlammkonzept wurde nach umfangreicher Bestandsaufnahme in allen beteiligten Kommunen umgesetzt. Wesentliches Ziel war die Entwässerung der anfallenden Klärschlämme. Das Konzept sah neben der Schließung bestehender Kläranlagen auch umfangreiche Aus- und Umbauten vor, die mit Mitteln des Landes und der Kommunen erfolgten. Durch eine gemeinsame Ausschreibung konnten weitere Kosten in den Kommunen eingespart und zusätzliche Fördermittel des Landes für den Ausbau der Abwasserbeseitigungsanlagen in Anspruch genommen werden. Mittlerweile werden die Nassschlämme zu zehn zentralen Kläranlagen des Kreises transportiert, dort entwässert und getrocknet. Zwischen den Kommunen wurden Verträge zur Klärschlammlieferung abgeschlossen. Zur Vorbereitung vor Ort findet ein intensiver Austausch zwischen den Klärwärtern statt.

Kosteneinsparung durch gemeinsame Ausschreibung

In einer zweiten Phase wurde die Verwertung des Klärschlammes EU-weit ausgeschrieben. Die Ausschreibung führte zu einem für acht Jahre gesicherten Vertrag, in dem geregelt ist, dass die entwässerten Klärschlämme in ein Kraftwerk bei Leipzig verbracht und dort verbrannt werden. Insgesamt hat sich die gemeinsame Klärschlammverwertung als deutlich kostengünstiger im Vergleich zu Lösungen auf Gemeindeebene herausgestellt.

Bedenkenträger konnten überzeugt werden

Treibende Kräfte der Kooperation waren neben dem Landratsamt die Bürgermeister der beteiligten Kommunen. Diese stimmten die einzelnen Schritte zunächst informell ab und ließen wesentliche Beschlüsse regelmäßig durch die Gemeinderäte absichern. In einigen Kommunen war die Kooperation zunächst umstritten, da der Verlust des eigenen Handlungsspielraums befürchtet wurde. Die meisten Bedenken konnten jedoch durch die Überzeugungskraft der Hauptakteure sowie die Vorreiterrolle einiger weniger größerer Gemeinden ausgeräumt werden. Innerhalb des Kreises haben sich durch die Kooperation die Kontakte zwischen den Gemeinden deutlich verbessert. Der interkommunale Zusammenarbeit wurde auch auf anderen Themenfeldern neuer Schwung gegeben, z.B. in den Bereichen Bauhöfe, Jugendmusikschulen, Waldbewirtschaftung und Bauleitplanung.

Kontakt

Stadt Wertheim - Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung
Helmut Wießner
Tel. 09342/301-480
helmut.wiessner@wertheim.de
www.wertheim.de

MEDIOS-Projekt Südraum Leipzig

14 Kommunen eines Zweckverbandes, dessen eigentliche Aufgabe die Koordination der Regionalentwicklung ist, haben zur Förderung der Medienkompetenz bei Schülerinnen und Schülern 36 Schulen im Südraum Leipzig mit über 1.000 Computern ausgestattet. Die Computer wurden zudem über eine zentrale Medienstelle miteinander vernetzt.

Mediennutzung zur Erhöhung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Die Auswirkungen des Strukturwandels in der Region veranlassten den Zweckverband „Kommunales Forum Südraum Leipzig“ gemeinsam mit anderen regionalen Partnern nach Möglichkeiten zu suchen, die Chancen von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Aus diesem Grund wurde in den Aufbau und den Betrieb von Bildungsinfrastruktur investiert. Mit maßgeblicher Unterstützung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Leipziger Land (WILL GmbH) wurde das Projekt initiiert und eine Projektkonzeption unter Einbeziehung weiterer in der Region ansässiger Wirtschaftsunternehmen erarbeitet. Durch die Ausstattung einer großen Zahl von Schulen in der Region mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien werden sowohl der Umgang mit Computern und dem Internet als auch eigenverantwortliches Lernen und kommunikative Fähigkeiten vermittelt.

Professionelles IT-System durch zentrale Medienstelle

Wesentlicher Bestandteil des Projektes ist die Errichtung einer zentralen technischen Medienstelle, durch welche die Nutzerverwaltung (ca. 10.000 Nutzer) und Administration erfolgt. Durch die laufende und zentral gesteuerte Aktualisierung von Software und Inhalten bleiben nicht nur die IT-Arbeitsplätze in allen Schulen auf dem neuesten Stand, sondern die Schüler können bei einem Schulwechsel innerhalb der Region auch ihre Nutzerdaten, Mailadresse und Zugangsrechte mitnehmen. Die Lehrer sind vollständig von administrativen Aufgaben entlastet und werden durch digitalisierte audiovisuelle Lehrmittel unterstützt. Da das System in allen Schultypen in der Region installiert wurde, behält die Schülerin oder der Schüler – sofern sich sein Schulwechsel innerhalb der Region vollzieht – sein gesamtes „Schulleben“ lang seine Nutzerdaten, E-Mail-Adresse und Zugangsrechte. Das heißt, mit der Erstnutzung des Systems in der Grundschule werden alle Schüler mit dem System vertraut gemacht und

alle haben mit dem Übergang zur Mittelschule oder dem Gymnasium die gleichen Voraussetzungen für den Umgang mit dem Computer.



Finanzierung durch private Partner und Sponsoren

Die Schulen konnten unter Ausnutzung vorhandener Fördermittel, jedoch ohne finanzielle Belastung der Kommunen und Schulträger, mit Computertechnik ausgestattet und miteinander vernetzt werden. Private Partner und Sponsoren leisten einen wesentlichen finanziellen Beitrag zur Finanzierung. Die Kooperation fand innerhalb der Regularien des Zweckverbandes statt. Zusätzlich wurden öffentlich-rechtliche Verträge mit den Schulträgern geschlossen. Die an den Schulen installierte Technik ging in das Eigentum der Schulträger über, der Zweckverband ist Eigentümer der zentralen Medienstelle und sichert auf Dauer den technischen Betrieb, vor allem User-Help-Desk, Wartungs- und Servicearbeiten. Die Medienstelle wird durch die NetCon Solutions AG, einem IT-Dienstleister, der von Anfang an das Projekt begleitet und unterstützt hat, mit zwei Arbeitskräften betrieben.

Kontakt

Kommunales Forum Südraum Leipzig
Dr. Steffi Raatzsch
Tel. 0341/3533-216
kommunales.forum@t-online.de

NetCon Solutions AG
Stephan Gruber
Tel. 0341/3086532
sgruber@netcon-ag.de



Kooperierende Kommunen

Böhlen
Borna
Deutzen
Esenhain
Grotzsch
Großpösna
Kitzscher
Lobstädt
Markkleeberg
Neukieritzsch
Pegau
Regis-Breitungen
Rötha
Zwenkau
Landkreis Leipziger Land

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

170.000

Regionales Ticketing für Kultur- und Sportveranstaltungen in der Region Rhein-Main

Die Tickets für Kultur- und Sportveranstaltungen in neun Kommunen der Region Rhein-Main werden gemeinsam vermarktet und über eine zentrale Plattform verkauft. Dadurch entsteht für die Kunden eine sehr gute Übersicht über das vielfältige Kultur- und Sportangebot in der Region. Viele Veranstalter konnten bereits die Auslastung von Veranstaltungen spürbar steigern.

Kooperierende Kommunen

Bad Homburg v.d.Höhe
Bad Vilbel
Darmstadt
Dreieich
Dietzenbach
Frankfurt am Main
Hanau
Offenbach
Wiesbaden

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

1,4 Mio.

Professionelles Marketing und hohe Auslastung

Die Stadt Frankfurt betreibt gemeinsam mit acht weiteren Kommunen die „Frankfurt Ticket RheinMain GmbH“, deren Aufgabe die regionale Ticketvermarktung und Übernahme



me von Dienstleistungen im Kulturbereich ist. Professionelles Marketing und Verkauf aus einer Hand ermöglichen den Kunden den Überblick über nahezu sämtliche Sport-, Kultur- und sonstigen Veranstaltungen in der Region. Der Kartenverkauf über eine zentrale Plattform bietet größtmöglichen Service. Veranstalter können untereinander die Abstimmung der Spielplanungen und Konzepte vornehmen, um Doppelangebote zu vermeiden. Der Vorverkauf der verschiedenen Kulturinstitute und Sportveranstalter konnte – insbesondere in der Region – teilweise deutlich gesteigert werden.

Kulturelles Dienstleistungsunternehmen

Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft nicht nur den klassischen Vorverkauf von Veranstaltungen, sondern übernimmt auch Dienstleistungen für die Gemeinden. Sie berät die Kultur- und Sportämter sowie Veranstaltungshäuser wie etwa Theater und Museen und organisiert auch selbst wesentliche Bereiche von Veranstaltungen oder Einrichtungen, wie etwa Abonnementverwaltung, Durchführung von Tages- und Abendkasse oder Backoffice-Bereiche. Bei der Verwaltung von Treuhandgeldern für Veranstaltungen konnte die Kalkulations- und Planungssicherheit verbessert werden.

Vielfältige Vertriebswege

Erstes Projekt der Kooperation war der Aufbau einer Internetplattform zur Vernetzung der einzelnen Kommunen, wodurch überall in der Region die Tickets erworben werden können. Ein Call-Center ermöglicht zusätzlich den telefonischen Erwerb von Karten. Daneben wird ein Netz eigener Vorverkaufsstellen betrieben.

Vernetzung der Akteure

Neu entstandene Kontakte kommen der strategischen Planung von Kultur- und Sportveranstaltungen in der Region zugute. Die Zusammenarbeit mit privaten Veranstaltern und Vorverkaufsstellen soll ausgedehnt werden. Die Gesellschaft dient als Vorbild für die neu gegründete Gesellschaft KulturRegion Frankfurt RheinMain, an der 24 Kommunen der Region zur Förderung der Kultur beteiligt sind.

Kontakt

Frankfurt Ticket RheinMain GmbH
Bärbel Spindler
Tel. 069/1340-472
baerbel.spindler@frankfurt-ticket.de
www.frankfurt-ticket.de

Zweckverband Sozialstation

Drei hessische Kommunen im Landkreis Kassel kooperieren im Bereich Altenpflege und Betreuung. Hierfür wurde ein Zweckverband gegründet, der die Aufgaben der vormals zwei gemeindeeigenen Sozialstationen sowie einer Gemeindegewerbestation übernommen hat. Eine ortsnahe Pflege für alle Einwohner konnte sichergestellt werden.

Sozialstation in kleinen Kommunen

Durch die Gründung eines Zweckverbandes durch die Gemeinden Kaufungen, Lohfelden und Nieste konnte eine effizientere und bedarfsgerechtere Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen bei gleichbleibenden Qualitätsstandards erreicht werden. Die Mitarbeiter konnten übernommen werden und wurden am Prozess der Umstrukturierung beteiligt. Der Zweckverband übernimmt neben den Aufgaben der häuslichen Pflege und Betreuung auch Aufgaben der Weiterbildung und Schulung von pflegenden Angehörigen und fördert den Erfahrungsaustausch Betroffener. Durch die Kooperation wird insbesondere eine wohnortnahe Versorgung der Pflegebedürftigen gewährleistet, so dass die Menschen in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können.

Mehrwert durch externe Beratung

Die Kooperation ist betriebswirtschaftlich organisiert, so dass die Pflegemittel der Kranken- bzw. Pflegeversicherung in der Regel für die Finanzierung des Zweckverbandes ausreichen. Durch die Einschaltung eines Beratungsunternehmens und eine intensive Beteiligung der Beschäftigten, optimierte Arbeitsabläufe, Verringerung der Schnittstellen und insgesamt bessere Steuerungsmöglichkeiten durch die Geschäftsleitung konnten die Defizite der Vorjahre aufgehoben werden. Die Sozialstation ermöglicht es den beteiligten Kommunen trotz der vorhandenen Sparzwänge eine gute Altenbetreuung am Ort sowie eine tarifgerechte Bezahlung der Pflegekräfte sicherzustellen. Insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und damit einem zunehmenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung ist die Region gut aufgestellt.

Kooperationspotenzial noch nicht erschöpft

Im Bereich der Betreuung der Angehörigen von Demenzkranken kooperiert die Sozialstation zudem mit einem Projekt des Landkreises Kassel. Die interkommunale Zusammenarbeit im

Rahmen des gemeinsamen Zweckverbandes ist zeitlich unbefristet angelegt. Der Zweckverband steht zurzeit in Verhandlungen mit Nachbarkommunen, die evtl. Interesse an einem Beitritt haben.

Kontakt

Zweckverband Sozialstation Kaufungen
- Lohfelden - Nieste
Bente Casselmann und Jochem Wenigmann
Tel. 05605/927750 und 0561/51102-45
sozialstationkaufungen@web.de

Kooperierende Kommunen

Kaufungen
Lohfelden
Nieste

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

28.400





AG Stadtumbau der Städte Ueckermünde-Torgelow-Eggesin (U.T.E.-Region)

Die U.T.E.-Region ist in besonderem Maße von demographischen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Veränderungen betroffen. Die drei Städte im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns kooperieren in den Bereichen Tourismus, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Siedlungsentwicklung um den notwendigen Strukturwandel nachhaltig einzuleiten.

Kooperierende Kommunen

Eggesin
Torgelow
Ueckermünde

Weitere Kooperationspartner

Organisation für Arbeitsmarkt
und Strukturentwicklung
Berufsförderungszentrum
Förder- und Entwicklungsgesellschaft
Uecker-Region mbH
Metallbetriebe der Städte

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

27.000

Regionales Entwicklungskonzept U.T.E.

Bei den beteiligten Städten Ueckermünde, Torgelow und Eggesin handelt es sich um kleine Städte, die Knotenpunkte im ländlichen Siedlungsgeflecht Mecklenburg-Vorpommerns bilden. Durch den erheblichen Rückbau von Bundeswehrstandorten seit 1990 ist die U.T.E.-Region in besonderem Maße vom demographischen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Strukturwandel betroffen. Ziel der Städtekooperation war zunächst die Formulierung gemeinsamer Entwicklungsleitlinien. Im Laufe der Zusammenarbeit zeichnete sich hierbei eine deutliche Schwerpunktbildung und Profilierung der Städte ab. Durch die Initiierung von konkreten Projekten war die Kooperation von Anfang an auf die Umsetzung orientiert. Bereits ein halbes Jahr nach Beginn der Kooperation lagen mit dem „Regionalen Entwicklungskonzept - REK U.T.E.“ erste Ergebnisse vor, die als gemeinsamer Beitrag der drei Städte zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“ eingereicht wurden. Auf Grundlage einer Bestandsaufnahme sowie Bevölkerungs-, Wohnungs- und Arbeitsmarktprognosen wurden konzeptionelle Aussagen sowohl für den Gesamttraum in Form von Entwicklungsleitbildern als auch zur Umsetzung konkreter Maßnahmen in Form von Schlüsselprojekten getroffen.

Leitbilder und Schlüsselprojekte

Auf Basis des Entwicklungskonzeptes sollen die Wirtschaft entwickelt, die Wohnungsmarktsituation entspannt sowie die verkehrliche Erschließung der Region verbessert werden. Die typischen Ortsidentitäten werden weiterentwickelt und gemeinsam touristisch vermarktet. Dabei wird auf Zweisprachigkeit für deutsche und polnische Touristen Wert gelegt. Bei der Konversion militärischer Flächen wurden neben der traditionellen Gewerbeflächenvorsorge auch innovative Ansätze gewählt, wie die Entwicklung eines „Kompetenzzentrum Wald“ in Mecklenburg-Vorpommerns waldreichster Gegend. Auf Grundlage der Bevölkerungsprognose wurde ein Korridor für die Siedlungsentwicklung bis 2010 bzw. 2020 gebildet.

Schwerpunktgebiete des Stadtumbaus sind der Rückbau und Abriss von Plattenbauten sowie Umstrukturierungen mit Wohnumfeldverbesserung und Freiflächengewinnung. Zur Verkehrsinfrastruktur wurde eine abgestimmte Prioritätenliste für den Ausbau von Kreis- und Landesstraßen erarbeitet und gemeinsame Entwicklungsziele wie die Öffnung der Grenzübergänge nach Polen formuliert.

Kooperation ist Chefsache

Bei der Kooperation handelt es sich um eine interkommunale Arbeitsgemeinschaft mit einer regelmäßig tagenden Bürgermeisterrunde unter Beteiligung von Bauamtsvertretern der Städte. In der Initialisierungsphase wurden externe Planungsbüros zur fachlichen Beratung hinzugezogen. Die Koordination übernimmt ein in allen Städten tätiger Sanierungsträger. In den Gemeinden wird der Dialogprozess unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit weitergeführt, die Fachöffentlichkeit wird durch Veröffentlichungen und Veranstaltungen hinzugezogen.



Kontakt

Städtekooperation U.T.E.
Amt „Am Stettiner Haff“ - Bauamt
Frau Wendler
Tel. 039779/264-60
e.wendler@eggesin.de

Interkommunale Zusammenarbeit im Raum Schwalm-Eder-West

Zur Bewältigung der Probleme, die aus dem demographischen Wandel und ökonomischen Strukturveränderungen resultieren, kooperieren in Hessen fünf ländliche Kommunen. Über einen Förderverein sind auch Bürger und Unternehmen an der Kooperation beteiligt.

Bundeswettbewerb motiviert zur Kooperation

Die Kooperation wurde durch den Bundeswettbewerb „Stadt 2030“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung angeregt. Sie begann im Jahre 2000 mit der Formulierung von gemeinsamen Zielen, Leitbildern und Impulsprojekten, die unter intensiver Beteiligung der Bürger mittels Bürgerforen und Arbeitskreisen entwickelt wurden. Im Jahr 2003 wurde ein Zweckverband zur Entwicklung der Region gegründet, der beinahe alle kommunalen Handlungsfelder gemeinsam bearbeitet. Seine Ziele umfassen die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, die Entwicklung der Bereiche Freizeit, Tourismus, Gesundheit sowie die Förderung von Landwirtschaft und Kulturlandschaft und damit auch die Bindung der Bevölkerung an den Raum. Die Städte haben sich gemeinsam erfolgreich für das Forschungsvorhaben „Stadtumbau West“ beworben und versuchen mit ihrem Konzept die Konsequenzen des demographischen Wandels im ländlichen Raum zu bewältigen.

Bürger und Unternehmer gründen Förderverein

Der Förderverein Schwalm-Eder-West e.V. wurde von Bürgern gegründet, die aktiv am Projekt „Vision2030 Schwalm-Eder-West“ mitgewirkt haben. Er vertritt neben den Bürgern auch die Unternehmen vor Ort. Regionale Gewerbebetriebe, Banken, Handelsunternehmen und Handwerker sind Mitglieder des Fördervereins. Dieser hat wie auch der Schwalm-Eder-Kreis eine beratende Stimme im Zweckverband.

Interkommunales Gründerzentrum und touristische Entwicklung

Aus der Kooperation heraus sind bereits zahlreiche gemeinsame Vorhaben zur Realisierung gebracht worden, etwa ein interkommunales Gründerzentrum, das als Public-Private-Partnership-Projekt mit Unterstützung von Fördermitteln der Europäischen Union umgesetzt wird. Die Entwicklung eines gemeinsamen Gewerbegebietes ist weit voran geschritten.

Erste Aufgabenbereiche der Kommunalverwaltungen werden zusammengeführt, wie etwa das Personal- und Kassenwesen und ein Intranet. Die touristische Zusammenarbeit wird auf der Ebene einer touristischen Arbeitsgemeinschaft regional weiterentwickelt. Touristisches Schwerpunktprojekt ist ein archäologischer Wanderweg, der mit Mitteln des Zweckverbands, der Anliegerkommunen, einer Stiftung, Spenden und Sponsormitteln finanziert und durch das Land Hessen gefördert wird.

Zweckverband benötigt kein zusätzliches Personal

Der Zweckverband kommt ohne eigenes Personal aus. Das operative Geschäft sowie die Geschäftsführung des Zweckverbands erfolgt durch Mitarbeiter der Kommunen. Der Vorstand setzt sich aus den Bürgermeistern der Gemeinden zusammen, die von der Wirtschaftsförderung des Kreises und vom Förderverein beraten werden. Die Verbandsversammlung als Entscheidungsgremium bilden die politischen Vertreter der Gemeinden. Die Anzahl der Vertreter wird durch die Einwohnerzahl bestimmt. Der Zweckverband wird anteilig nach Einwohnerzahl durch die Kommunen finanziert und verfügt über einen eigenen Etat, aus dem Projekte finanziert werden können. Heute profitieren insbesondere die kleinen Partner durch den Wissenszuwachs und den durch die Kooperation verstärkten Informationsfluss sowie die Aufnahme in die gemeinsamen Forschungsprojekte „Stadt 2030“ und „Stadtumbau West“.

Kontakt

Zweckverband Schwalm-Eder-West
Werner Wittich
Tel. 05682/808-102
kontakt@schwalm-eder-west.de
www.schwalm-eder-west.de

Kooperierende Kommunen

Bad Zwesten
Borken (Hessen)
Jesberg
Neuental
Wabern
Schwalm-Eder-Kreis

Weitere Kooperationspartner

Förderverein Schwalm-Eder-
West e.V.

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

33.000



Regionalkonferenz RheinMain – Sicherheit + Prävention

Als Untergruppe der Regionalkonferenz RheinMain, an der die Bürgermeister und Landräte von 27 Städten und Landkreisen beteiligt sind, wurde im Jahr 2004 die Regionalkonferenz Sicherheit und Prävention gegründet. Diese bildet neben den vorhandenen Arbeitskreisen Kultur, Verkehr und Tourismus einen weiteren Kooperationsschwerpunkt, der vor allem dem Erfahrungs- und Informationsaustausch zum Thema Kriminalprävention dient.

Kooperierende Kommunen

Aschaffenburg
Bad Homburg
Bad Vilbel
Darmstadt
Dieburg
Eltville
Frankfurt a. M.
Flörsheim a. M.
Geisenheim
Hanau
Idstein
Karben
Kelsterbach
Mainz
Mörfelden-Walldorf
Neu-Isenburg
Offenbach
Weilburg
Wiesbaden

Landkreise

Bergstraße
Groß-Gerau
Offenbach
Limburg-Weilburg
Main-Taunus-Kreis
Odenwaldkreis
Rheingau-Taunus-Kreis
Wetteraukreis

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

3,4 Mio.

Netzwerk für Erfahrungsaustausch

Die Mitglieder im Netzwerk können eigene Problemstellungen bei der Kriminalprävention durch Informationsaustausch mit anderen besser bearbeiten und durch Einschaltung renommierter Fachleute von deren Lösungsvorschlägen profitieren. Durch den Austausch über lokale Projekte sollen Erfahrungen weitergegeben und Ressourcen gebündelt werden. Auch kleine Mitgliedskommunen sollen über die Teilnahme an der Regionalkonferenz Kenntnis über aktuelle Forschungen und internationale Entwicklungen in diesem Bereich erlangen. Im Vorfeld fand eine Umfrage bei den Mitgliedern zu den Wünschen und Interessen der Teilnehmer statt.

Regionales Frühwarnsystem

Neben der Verbesserung der eigenen Maßnahmen zur Kriminalprävention durch den Erfahrungsaustausch dient die Kooperation als regionales Frühwarnsystem. Der regelmäßige Austausch trägt dazu bei, kritische Entwicklungen in der Region rechtzeitig zu erkennen, um abgestimmte Strategien und Maßnahmen zu entwickeln. Diese werden als gemeinsame Positionen erarbeitet, welche die Regionalkonferenz verabschiedet. Der Kooperation gehören die von den Mitgliedsstädten benannten Fachleute für Kriminalprävention an (z.B. Bürgermeister, Stadträte, Ordnungsamtsleiter, Jugendamtsleiter, Geschäftsführer örtlicher Präventionsräte, Polizei).

Netzwerksitzungen und Newsletter

Die Geschäftsführung der Regionalkonferenz übernehmen die Geschäftsführer der Präventionsräte Frankfurt und Mainz. Einzelne Veranstaltungen werden je nach Veranstaltungsort von den Mitgliedern organisiert und finanziert. Gegenwärtig finden ein- bis zweimal pro Jahr Netzwerksitzungen statt und viermal im Jahr erscheint ein Newsletter, der über neue Projekte und Themenstellungen informiert. Dieser Newsletter wird unter Beteiligung aller Mitglie-



der zusammengestellt. Fachveranstaltungen und Workshops informieren über aktuelle oder spezielle Themen. Bei Bedarf werden auch externe Fachleute eingeladen. Der gemeinsame Internetauftritt wurde als Projekt an einer Schule kostenneutral durchgeführt.

Information der Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit wird nach jeder Sitzung über die Arbeitsergebnisse im Rahmen einer Pressekonzferenz informiert. Die Homepage ist ein wichtiges Kommunikationsmittel für Mitglieder und Spezialisten, aber auch für die Bevölkerung. Die Handlungshinweise zur effektiven Graffiti-Bekämpfung sowie Maßnahmen gegen den frühen Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen haben große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Ein weiterer Schwerpunkt der aktuellen Arbeit bietet das Maßnahmenpaket gegen Jugendkriminalität. In Zukunft soll zudem intensiver mit dem Arbeitskreis Verkehr der Regionalkonferenz RheinMain zum Thema Vandalismus im ÖPNV zusammengearbeitet werden.

Kontakt

Stadt Frankfurt am Main
Frank Goldberg
Tel. 069/212-35443
praeventionsrat.amt33@stadt-frankfurt.de
www.kriminalpraevention-rhein-main.de

Städtekooperation Zeulenroda-Triebes

Zwei Kleinstädte übernehmen gemeinsam die Aufgaben eines Mittelzentrums. Mit dem Ziel der Fusion beider Städte wurden im Laufe der Zeit immer mehr Verwaltungstätigkeiten und Projekte gemeinsam umgesetzt.

Kooperation für Erhalt mittelzentraler Funktion

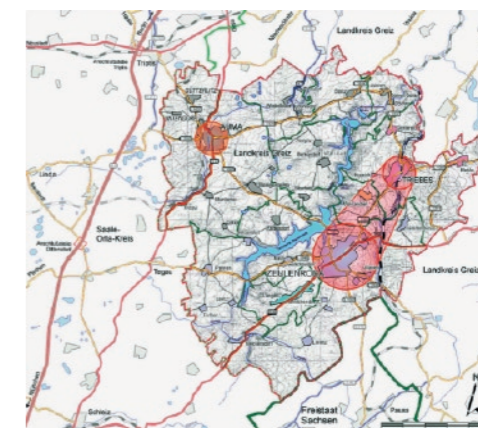
Durch eine Gebietsreform verlor die Stadt Zeulenroda 1994 den Status einer Kreisstadt. Im Rahmen einer Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms des Freistaates Thüringen wurde zudem das Zentrale-Orte-System neu strukturiert und die Stadt Zeulenroda sollte zum Grundzentrum abgestuft werden. Um dies zu verhindern, wurde die seit längerem praktizierte Zusammenarbeit mit der Nachbarstadt Triebes intensiviert und das Kooperationspektrum erweitert. Nach der Gründung als Planungsgemeinschaft wurde die Kooperation zum Städteverbund erweitert. Im Jahr 2003 wurde ein Raumordnerischer Vertrag über die gemeinsame Erfüllung mittelzentraler Funktionen mit dem Ziel der Fusion beider Städte geschlossen.

Projekte aus Planung und Verwaltung



Die Bandbreite der gemeinsamen Beschlüsse, Pläne und Projekte ist groß. Es wurden interkommunale Flächennutzungspläne, Vorhaben- und Erschließungspläne sowie Landschafts- und Grünordnungspläne erarbeitet und beschlossen. Das Rad- und Wanderwegenetz wird gemeinsam ausgebaut und unterhalten. Eine Schiedsstelle, ein Hubschrauberlandeplatz und ein Katastrophenzug werden miteinander betrieben. Aktivitäten für die Bürger wie Veranstaltungskalender, Branchenfürer und Grundschulsportfeste werden von beiden Städten gemeinsam durchgeführt. Die örtlichen Vereine werden zu einer Zusammenarbeit mit der jeweiligen Nachbarstadt ange-regt, im Jugendbereich existieren bereits gemeinsame Fußballmannschaften.

Arbeitspläne erleichtern Umsetzung und Erfolgskontrolle



Die Verbindlichkeit der Kooperation hatte mit einem Raumordnerischen Vertrag einen ersten Höhepunkt erreicht. Die gemeinsamen Aufgaben wurden in präzisen Arbeitsplänen mit Umsetzungshorizonten erfasst und laufend fortgeschrieben. Der Rat der Bürgermeister legte die Aufgaben und Prioritäten fest, zwei Arbeitsausschüsse bereiteten Entscheidungen vor. Die beiden Stadträte entschieden über gleichlautende Vorlagen, zu wichtigen Beschlussfassungen gab es auch gemeinsame Stadtratssitzungen.

Fusion als langfristiges Ziel

Erklärtes Ziel war von vornherein die Fusion beider Städte. Diese war Bestandteil des Raumordnerischen Vertrages. Durch die intensive Kooperation sollten die Bürger auf diesen Schritt vorbereitet werden. Nach Abschluss des Wettbewerbes kommKOOP erfolgte am 1. Februar 2006 die kommunalrechtliche Fusion von Triebes und Zeulenroda zu Zeulenroda-Triebes.

Kontakt

Stadtverwaltung
Karin Wagner
Tel. 036628/48-202
k.wagner@zeulenroda.de
www.zeulenroda-triebes.info

Kooperierende Kommunen

Ehemals Stadt Zeulenroda
Stadt Triebes; heute fusioniert
zur Stadt Zeulenroda-Triebes

Weitere Kooperationspartner

Gewerbeverbände der Städte
Zeulenroda und Triebes

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

17.850



Städteregion Ruhr 2030

Der freiwillige Projektverbund von acht Ruhrgebietsstädten arbeitet unter dem Motto „Kooperation und Eigensinn“ über die Grenzen von Regierungsbezirken hinweg. Ein Masterplan stellt die Entwicklungspotenziale und -optionen der Städteregion heraus. Es wurden Leitprojekte in den Handlungsfeldern Stadtentwicklung, Migrationspolitik, Entwicklung des Ruhrtals und Verwaltungskooperation initiiert.

Kooperierende Kommunen

Bochum
Dortmund
Duisburg
Essen
Gelsenkirchen
Herne
Mülheim an der Ruhr
Oberhausen

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

3 Mio.

Stadtregionaler Kontrakt

Acht Ruhrgebietsstädte haben 2003 einen „Stadtregionalen Kontrakt“ vereinbart. Dieser Kontrakt markiert den Abschluss der erfolgreichen Teilnahme am Forschungsvorhaben „Stadt 2030“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und gleichzeitig den Beginn der interkommunalen Zusammenarbeit am Beispiel konkreter Leitprojekte. Der „Stadtregionale Kontrakt“ ist kein Vertrag im juristischen Sinne, sondern Ausdruck der Selbstverpflichtung, die im Rahmen des Forschungsvorhabens entwickelten Ideen projektorientiert umzusetzen und die aufgebauten Kommunikationsbeziehungen zur positiven

Entwicklung der Städteregion auszubauen. Die Kooperation ist „von unten“ entstanden. Durch Zukunftskonferenzen, Dialog-Veranstaltungen, Rollenspiele und schließlich formale Vereinbarungen hat sie nach und nach Gestalt angenommen, und schon in einer sehr frühen

Phase externe Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft zum Informationsaustausch als Beteiligte und als Impulsgeber einbezogen.

Masterplan Ruhr 2030

Der gemeinsame Masterplan Ruhr definiert als zunächst informelle Planungsebene sowohl Ziele, Projekte und Perspektiven als auch Instrumente, Akteursgeflechte und zeitliche Abläufe. Der Masterplan Ruhr 2030 zielt auf die Herausarbeitung und Darstellung der gegenwärtigen und zukünftigen Stärken und Qualitäten des Ruhrgebiets in den Arbeitsfeldern „Wohnen“, „städtebauliche Projekte von besonderer Bedeutung“ und „Region am Wasser“ ab. Als Bestandteil des Masterplans haben die Kommunen ausgehend von den gemeinsamen Zielen und Leitlinien eine „wohnungspolitische Erklärung“ für die Städteregion Ruhr formuliert. Ihre Zielsetzung ist es, ein gemein-

sames Grundverständnis moderner kommunaler Wohnungspolitik in der Städteregion zu formulieren und diese zukunftsweisend auszurichten.

Regionaler Flächennutzungsplan

Sechs Kommunen haben 2005 beschlossen, einen Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) aufzustellen. Der RFNP wird für diese Städte im Kern des Ruhrgebietes sowohl vorbereitender Bauleitplan als auch Regionalplan sein. Sechs kommunale Flächennutzungspläne und drei Regionalpläne bzw. -teilabschnitte werden zu einem Plan zusammengefasst. Die Kommunen haben damit zu Neuerungen im Landesplanungsgesetz NRW beigetragen, um formale Planverfahren in kooperativen Prozessen zu ermöglichen. Ein das Verfahren begleitender Ausschuss mit Politikern aus den beteiligten Städten hat sich konstituiert.

„Kümmerer“ als Motoren der Kooperation

Die Kooperation hängt stark von handelnden Personen ab, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Auf der Arbeitsebene ist sie auf konstante „Kümmerer“ angewiesen, die vom Sinn und Nutzen der Kooperation überzeugt sind. Da dieses erkannt wurde, wird aktiv mit diesem Problem umgegangen und ein hoher persönlicher Einsatz geleistet. Darüber hinaus wurde deutlich, dass abstrakte Diskussionen oder theoretische Leitbilddiskurse allein nicht ausreichen, sondern dass es konkreter Handlungsfelder und Projekte bedarf, um Kooperation zu erproben, Vorteils- und Lastenausgleichsregelungen zu entwerfen und Vertrauen zu schaffen.

Kontakt

Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung
Markus Horstmann
Tel. 0209/169-4638
markus.horstmann@gelsenkirchen.de
www.staedteregion-ruhr.de
www.masterplan-ruhr.de

Städteverbund „Nordöstliches Vogtland“

In einer historisch verflochtenen, Bundesländer übergreifenden Region im ländlichen Raum entwickeln fünf Gemeinden vielfältige Aktivitäten zur Sicherung eines gemeinsamen Mittelzentrums mit oberzentralen Funktionen. Die in schlanken Strukturen mit lokalen Unternehmern zusammenarbeitende Kooperation steht auf einer soliden Grundlage und ist in den Landesentwicklungsplänen verankert.



Historisch gewachsener Wirtschafts- und Lebensraum

Die fünf im Verbund agierenden Kommunen sind bereits seit Jahrhunderten in dem historisch gewachsenen Wirtschafts- und Lebensraum Vogtland, in dem traditionelle Branchen wie Textilindustrie und Maschinenbau lange Zeit vertreten waren, eng miteinander verflochten. Heute stehen sie gemeinsam vor den Problemen des demografischen Wandels, des wirtschaftlichen Strukturwandels und des Denkmalschutzes. So soll die Kooperation dazu beitragen, bei sinkenden Bevölkerungszahlen ein stabiles Mittelzentrum in der Region zu erhalten, in dem oberzentrale Funktionen entwickelt werden. Durch die Lage der Region und die getrennten Zuständigkeiten der Länder Sachsen und Thüringen geschieht dies unter erschwerten Rahmenbedingungen.

Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes

Die Basis der Zusammenarbeit bildet ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) mit 174 unterschiedlichen Maßnahmen. Seit den zehn Jahren des Bestehens der Kooperation wurden über die Hälfte der Maßnahmen umgesetzt. Bereits drei Mal wurde eine regionale Wirtschafts- und Gewerbebeschau durchgeführt. Die Entwicklung von Konversionsprojekten, Gewerbegebieten, Wohnungsbauvorhaben und großen Infrastrukturprojekten wird untereinander abgestimmt. Verkehrsprojekte und ÖPNV-Fahrpläne werden koordiniert und kommunale Infrastruktur wie Schwimmbäder, Eislauffläche oder Konzerthaus gemeinsam

auf- oder ausgebaut. Aus der gemeinsamen Wirtschaftsförderung hat sich ein Unternehmens- und Partnernetzwerk entwickelt, das sich an der Umsetzung von Projekten beteiligt.

Kooperation als „Chefsache“

Die fünf Bürgermeister der Kommunen haben eine gemeinsame Willenserklärung zur Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes unterzeichnet und stimmen sich regelmäßig ab. In jeder Stadt wurde ein Ansprechpartner für den Städteverbund benannt. Die Außenvertretung erfolgt über einen turnusmäßig wechselnden Sprecher aus der Gruppe der Bürgermeister. Für die Umsetzung konkreter Vorhaben wurden Arbeitsgruppen gebildet, die sich aus Mitarbeitern der Stadtverwaltungen, regionaler Institutionen und Unternehmen zusammensetzen. Seit Bestehen des Städteverbundes organisieren die beteiligten Kommunen ihre Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam.

Etablierung als Träger öffentlicher Belange und Fortschreibung

Der Städteverbund hat sich in der Region etabliert und ist in den Landesentwicklungsplänen von Sachsen und Thüringen verankert. Er wird als gemeinsamer Träger öffentlicher Belange bei allen öffentlichen Verfahren angehört. Zurzeit wird der Städteverbund noch von einem Regionalmanagement begleitet, das vom Land Thüringen bis 2007 gefördert wird. Die Finanzierung der Projekte erfolgt aus Umlagen, die die einzelnen Kommunen je nach Einwohnerzahl leisten sowie aus externen Förder- und Sponsormitteln, selbst wenn die Lage in zwei Bundesländern die Einwerbung von Fördermitteln erschwerte. Das REK wird im Jahr 2006 nach zehn Jahren erfolgreicher Arbeit fortgeschrieben.

Kontakt

Städteverbund Nordöstliches Vogtland
Oberbürgermeister Dieter Kießling
Tel. 0375/524-2001
kiessling@reichenbach-vogtland.de

Kooperierende Kommunen

Elsterberg
Greiz
Mylau
Netzschkau
Reichenbach

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

63.000

Stadt-Umland-Region Dresden – Gemeinsames Gewerbeflächenmarketing

15 Städte und Gemeinden haben sich zur „Stadt-Umland-Region Dresden“ zusammengeschlossen. Auf Grundlage eines Informations- und Erfahrungsaustausches und gemeinsamer Projekte soll die Wettbewerbsfähigkeit aller Kommunen in der Region in der EU-weiten Standortkonkurrenz verbessert werden.

Kooperierende Kommunen

Arnsdorf
Bannewitz
Dohna
Dresden
Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Freital
Heidenau
Klipphausen
Kreischau
Ottendorf-Okrilla
Pirna
Radeberg
Radeburg
Wachau
Wilsdruff

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

670.000

Regionale Identität durch Zusammenarbeit

In einem gemeinsamen Positionspapier beschlossen 15 Städte und Gemeinden die „Stadt-Umland-Region Dresden“ als dauerhafte, informelle Kooperationsform. In mehreren Bürgermeisterkonferenzen und Arbeitsgruppenberatungen auf der Verwaltungsebene wurden die wesentlichen Handlungsfelder ermittelt. Zu Beginn des Kooperationsprozesses wurden bewusst konfliktträchtige Themen ausgespart, um zunächst das Regionalbewusstsein und die Bereitschaft zur interkommunalen Zusammenarbeit zu stärken.



Gewerbeflächenkatalog für die Region

Wichtigstes Handlungsfeld der noch jungen Kooperation war zunächst der Erfahrungsaustausch. Daraus entstand als erstes Projekt im Zusammenhang mit einem Messeauftritt auf der ExpoReal 2005 die gemeinsame Vermarktung von Gewerbeflächen mittels eines Gewerbeflächenkatalogs für die Region.

Initiierung weiterer Projekte

Zur Analyse der regionalen Handlungsbedarfe und Potenziale arbeitete die Kooperation eng mit einem regionalen Forschungsinstitut zusammen. Die Erstellung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes wurde begonnen. Zu überörtlichen Planungen (z.B. Hochwasserschutz) formulierte die Kooperation gemeinsame Stellungnahmen und übernahm Funktionen in dem europäischen Gremium „Rat der Regionen Europas“. Inzwischen wurden wei-

tere Projekte wie die touristische Erschließung der Region durch Rad- und Wanderwege, die gemeinsame Nutzung sozialer Infrastrukturen, Abstimmungen im Tourismusmarketing sowie bei Sportstätten und Einzelhandel realisiert bzw. begonnen.

Bürgermeisterkonferenz ist Hauptentscheidungsgremium

Die Bürgermeisterkonferenz stellt das Hauptentscheidungsgremium dar. Dabei verfügen alle Mitglieder, unabhängig von der Größe ihrer Gemeinde, über eine Stimme. Beschlüsse können mit einfacher Mehrheit getroffen werden, erfolgten jedoch fast immer einstimmig. Die Vorbereitung der Beschlüsse erfolgt in Arbeitsgruppen aus Regionalbeauftragten der Kommunen, die Vorentscheidungen mit einfacher Mehrheit treffen. Konkrete Projektarbeit findet in Projektgruppen statt, die sich aus Mitarbeitern der Gemeinden zusammensetzen.

Stadt Dresden übernimmt Koordination

Der Schwerpunkt der organisatorischen Arbeit liegt bei der Stadt Dresden, die mit einem Mitarbeiter die Koordination der Kooperation übernimmt und damit die Kosten für Personal- und Fixkosten trägt. Die anderen Gemeinden beteiligen sich finanziell durch die Übernahme von Nebenkosten an der Kooperation, da es insbesondere für die kleinen Gemeinden bereits einen hohen personellen Aufwand bedeutet, an den Abstimmungsterminen teilzunehmen. Projektkosten werden anteilig nach Einwohnerzahl aufgeteilt, wobei die Akteure bemüht sind, die Kosten durch die Einschaltung von Sponsoren so gering wie möglich zu halten.

Kontakt

Büro der Region Dresden -
Stadtplanungsamt Dresden
Rolf Hermann
Tel. 0351/488-3525
rhermann@dresden.de
region.dresden.de

XperRegio

XperRegio steht für eine kommunale Allianz für mehr Wirtschaft, Arbeitsplätze und Lebensqualität im ländlichen Raum. Anfangs sieben jetzt 20 bayerische Kommunen stellen ihre unternehmerischen Menschen – diejenigen, die Neues wagen – ins Zentrum ihrer Entwicklung. Diese werden intensiv betreut und mit individuellen Förderpaketen ausgestattet, um ihre Innovationen am Markt zu platzieren und so aus eigener Kraft zu wachsen.

„Investitionen“ in Köpfe

Die Kommunen versuchen, die Probleme, die mit ihrer Lage im peripheren ländlichen Raum verbunden sind, durch ein gezieltes und ungewöhnliches Regionalmanagement zu lösen. Im Mittelpunkt steht die Suche nach und die Förderung von „regionalen Experten“, also mutigen, innovativen und unternehmerisch handelnden Menschen. Ziel ist es, diese Experten dauerhaft in der Region zu halten bzw. aus den Ballungsräumen in ihre Heimat zurück zu holen und bei dem Ausbau ihrer Potenziale bestmöglich zu unterstützen. Sie werden intensiv betreut und mit individuellen Förderpaketen ausgestattet, um ihre Innovationen am Markt zu platzieren und so aus eigener Kraft zu wachsen. Hierzu wurden gezielte Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung, zur Projektförderung oder zum Aufbau regionaler und regionsübergreifender Kommunikations- und Wissensnetzwerke entwickelt. Durch die Ausnutzung der endogenen Kräfte soll die Wettbewerbsfähigkeit der Region verbessert und nachhaltiges Wachstum initiiert werden. Mittlerweile ist eine große Aufbruchstimmung entstanden.

Unterstützung durch EFRE-Mittel

Ein Schwerpunkt der Kooperation ist die Umsetzung des Regionalprogramms für die „Innovativen Maßnahmen“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). XperRegio ist die erste kommunale Allianz mit einem eigenständigen europäischen Regionalprogramm. In diesem Rahmen laufen aktuell über 169 Projekte in den Bereichen „regionale Experten“, langfristige Vorbereitung von Unternehmensnachfolgen, zukunftssträchtige Ausbildungsplätze, themenbezogener Tourismus, Transparenz in der Wirtschaft (Wissensmanagement), Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie Qualifizierung von Fach- und Führungskräften. Damit werden 300 neue Arbeitsplätze bis Ende des Jahres 2006 geschaffen. Darüber hinaus gibt es weitere Kooperationen zwischen den Kommunen in den Bereichen: kommunale Bäder, Bauhöfe, Trink-

wasserversorgung, Kläranlagen, kommunales Finanzwesen, Volkshochschulen und gemeinsame Beschaffung. Ein integriertes ländliches Entwicklungskonzept ist in Vorbereitung. Ab dem Jahr 2007 werden die Erfahrungen zusammen mit der Eberhard von Kuenheim-Stiftung in eine ostdeutsche Stadt übertragen.

Professionelles Regionalmanagement

XperRegio hat ein eigenes Regionalmanagement mit einem Team von vier Mitarbeitern. Das Regionalmanagement wird über einen einwohnerbezogenen Betrag durch die Kommunen finanziert. Es ist mit der Abwicklung des Förderprogramms „innovative Maßnahmen des EFRE“ beschäftigt und betreut die Pilotprojekte zur Förderung regionaler Experten. Eine Vernetzung des Regionalmanagements mit tschechischen und österreichischen Nachbarregionen ist in Vorbereitung.

Organisation als Arbeitsgemeinschaft

Die Kooperation ist momentan noch als Arbeitsgemeinschaft mit eigener Satzung organisiert und wird durch den Markt Arnstorf vertreten. Im Januar 2007 geht die Arbeitsgemeinschaft in eine GmbH über, die von den Kommunen als Gesellschafter getragen werden. In allen Kommunen gibt es zusätzlich einen offiziellen Ansprechpartner, welcher den jeweiligen Bürgermeister unterstützt. Die Arbeitsgemeinschaft besitzt einen Lenkungsausschuss mit Vertretern von Hochschulen, Kammern, Landkreisen und Kommunen. Wichtige Entscheidungen werden von den Räten der Mitgliedsgemeinden getroffen.

Kontakt

XperRegio Regionalmanagement
Franz Dullinger
Tel. 09951/603822
office@stopgo.net
www.xper-regio.de



Kooperierende Kommunen

Arnstorf
Bad Birnbach
Bayerbach
Dietersburg
Eggenfelden
Egglham
Eichendorf
Herbertsfelden
Landau
Malgersdorf
Massing
Pfarrkirchen
Rossbach
Schönau
Simbach bei Landau
Simbach am Inn
Triftern
Unterdietfurt
Wurmannsquick
Zeilam

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

100.000

**XPER
REGIO**
Platz für Ideen

Zukunftskonferenz Wirtschaft – Region Hesselberg

Politik und Verwaltung von 25 fränkischen Kommunen haben ihre Aktivitäten zur Förderung der Region unter dem Dach einer gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft gebündelt. Diese arbeitet eng mit einem Zusammenschluss von Unternehmen aus der Region sowie einer lokalen Aktionsgruppe, bestehend aus Bürgern und Vereinen, zusammen.

Kooperierende Kommunen

Arberg
Aurach
Bechhofen
Burgoberbach
Burk
Dentlein am Forst
Dinkelsbühl
Dürnwangen
Ehingen
Geroltingen
Herrieden
Langfurth
Leutershausen
Merkendorf
Mittleschenbach
Mönchsroth
Ornbau
Röckingen
Unterschwaningen
Wassertrüdingen
Weidenbach
Weitingen
Wilburgstetten
Wittelschhofen
Wolframs-Eschenbach

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

76.000

REGION HESSELBERG



Drohende Werksschließung löst Kooperation aus

Anlass für die interkommunale Zusammenarbeit war 1997 die beabsichtigte Werksschließung eines Großunternehmens. Auf Grundlage eines gemeinsamen Teilraumgutachtens gründeten zunächst 22 Kommunen im südlichen Landkreis Ansbach in Mittelfranken, Bayern, die Entwicklungsgesellschaft Region Hesselberg. Durch die Kooperation sollen in dem strukturschwachen Raum eine tragfähige Wirtschaftsentwicklung und eine Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohner erreicht werden.

Drei-Säulen-Konzept

Die Entwicklungsgesellschaft ist als GmbH institutionalisiert. Die GmbH ist heute eine von drei Säulen der regionalen Entwicklung in der Region Hesselberg. Sie vertritt Politik und Verwaltung. Die zweite Säule ist die Lokale Aktionsgruppe Altmühl-Wörnitz e.V., ein als gemeinnützig anerkannter Verein mit 80 Mitgliedern und ca. 1.000 aktiven Bürgern, dem auch Kirchen, Vereine und Interessengemeinschaften angehören. Die Kommunen fördern die Beteiligung der Bürger durch die Übernahme der Geschäftsführung für die Lokale Aktionsgruppe. Die dritte Säule ist die Region Hesselberg AG e.V., ein Zusammenschluss von Unternehmen aus der Region, der die regionale Wirtschaft vertritt. Die Struktur der drei Säulen Politik/Verwaltung, Bürger und regionale Wirtschaft bietet durch die Eigenständigkeit

der Interessenvertretungen jeder Gruppierung genügend Raum, sich selbst zu profilieren und Themen intern abzustimmen. Ein Koordinationsteam stimmt zweimal jährlich die Leitziele und Meilensteine der Gruppierungen ab.

Vielzahl umgesetzter Projekte

Bisher wurden von der Entwicklungsgesellschaft über 80 Projekte realisiert. Etwa 60 davon werden über das EU-Förderprogramm LEADER+ gefördert. Von zentraler Bedeutung war die Durchführung einer dreitägigen „Zukunftskonferenz Wirtschaft“ mit 160 Teilnehmern, davon 120 Unternehmen, in deren Anschluss die Region Hesselberg AG gegründet wurde. Zahlreiche andere Aktivitäten in verschiedenen Handlungsfeldern umfassen Projekte wie die Entwicklung des Römerparks Ruffenhofen im Rahmen eines extra gegründeten Zweckverbandes und die Entwicklung der Fränkischen Moststraße. Ein EnergieErlebnisWeg stellt Beispiele von regenerativer Energienutzung, Biomasseerzeugung und Energieeinsparung in der Praxis mit eigens ausgebildeten Energieführern dar. Weitere Tätigkeitsfelder umfassen die Koordination von Verkehrsprojekten oder die interkommunale Klärschlamm Entsorgung.



Kontakt

Entwicklungsgesellschaft
Region Hesselberg mbH
Ute Vieting
Tel. 09836/970772
info@region-hesselberg.de
www.region-hesselberg.de

Brückenpark Müngsten – Freiraumentwicklung im Spannungsfeld Tourismus, Naturschutz und Industriekultur

Trotz schwieriger Startbedingungen widmeten sich die drei bergischen Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid den Freiflächen unterhalb der höchsten Eisenbahnbrücke Deutschlands und entwickelten diese Flächen als Leitprojekt der „Regionale 2006“ zu einem attraktiven Ort für Naherholung und Kultur. Alle drei Städte sind - trotz unterschiedlichen Flächeneigentums - gleichermaßen an Finanzierung und Pflege des Parks beteiligt.

Belebung eines „vergessenen Ortes“

Der Bereich unterhalb der Müngstener Brücke im Bergischen Städtedreieck bot über viele Jahre einen vernachlässigten Eindruck. Kaum etwas erinnerte an den vor 100 Jahren vorhandenen Ausflugsort, von dem aus die Besucher das imposante Bauwerk bestaunen konnten. Die Lage der Flächen auf den Gemeindegebieten von Solingen und Remscheid sowie die Einstufung als Fauna-Flora-Habitat-Gebiet und die daraus resultierenden Konflikte zwischen Naturschutz, Denkmalpflege, Bodenschutz, Wasserwirtschaft und Tourismus erschwerten ein koordiniertes Handeln über lange Zeit.

Landesförderung stößt Initiative an

Als Leitprojekt der „Regionale 2006“, ein durch das Land NRW gefördertes Programm zur regionalen Entwicklung, wurde der Ort zu einem Park mit einer neuen Wupper-Querung durch eine Schwebefähre umgestaltet. Wasser, Natur und Technik wurden als zentrale Elemente des bergischen Städtedreiecks erlebbar gemacht und neue Aufenthaltsqualitäten entstanden. Die Planung und Umgestaltung des Parks begann im Jahr 2001. Es wurden ein Rahmenplan erstellt und ein Wettbewerb durchgeführt. Vor der Realisierung waren zwei Bebauungspläne mit parallelen Flächennutzungsplanänderungsverfahren sowie umfangreichen Umwelt- und FFH-Verträglichkeitsprüfungen aufzustellen. Die Baugenehmigung erfolgte über ein wasserrechtliches Verfahren bzw. für die Schwebefähre nach Seilbahngesetz NW.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit

Seit 2003 finden Veranstaltungen unter dem Motto „Brückenzauber“ statt, um den Ort und seine Veränderungen im Zuge der Freiraumentwicklung erfahrbar zu machen. Die Fertigstellung des Parks wurde mit einer Eröffnungsveranstaltung im Mai 2006 gefeiert. Es ist beabsichtigt, den Park als Ort der Kultur in kommunaler Kooperation stetig weiter zu entwickeln.

Umfassende Steuerung

Das Projekt „Brückenpark“ wurde innerhalb der Kooperationsstrukturen durch zwei verantwortliche Arbeitskreise realisiert. Der große Arbeitskreis besteht aus 25 Teilnehmern und setzt sich aus Mitarbeitern der Kommunen, Umweltverbänden und einer Vertreterin der „Regionale Agentur“ zusammen. Er traf sich ca. sechsmal im Jahr, bereitete den Wettbewerb vor und fällte Grundsatzentscheidungen. Ein ergänzender kleiner Arbeitskreis setzt sich aus Landschaftsarchitekten der drei Städte, einem Finanzexperten sowie einer Mitarbeiterin der „Regionale Agentur“ zusammen und war als Bauherr für die Projektsteuerung zuständig. Dadurch war es möglich, dass Fachleute der Städte flexibel und „grenzüberschreitend“ eingesetzt wurden. Ein beauftragtes Landschaftsplanungsbüro übernahm die Bauleitung vor Ort.

Langfristige gleichberechtigte Pflegeverträge

Die Finanzierung der Investitionsmaßnahme (6,6 Mio. Euro) erfolgte zu 80% durch das Land Nordrhein-Westfalen. Unabhängig von den Flächenanteilen am Park übernahmen die drei Städte zu gleichen Teilen die übrigen 20% sowie – über eine Laufzeit von 25 Jahren – Pflege und Unterhaltung. So ist auch die Stadt Wuppertal finanziell in das Projekt eingebunden, obwohl sich der Park nicht auf ihrer Gemarkung befindet.

Kontakt

Regionale 2006 Agentur GmbH
Annette Nothnagel
Tel. 0202/7585-212
annette.nothnagel@regionale2006.de
www.regionale2006.de, www.expedition3.de

Stadt Remscheid
Dirk Buchwald
Tel. 02191/16-3879
buchwald@str.de

Kooperierende Kommunen

Remscheid
Solingen
Wuppertal

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

640.000



Fluss Stadt Land – eine Region gestaltet den Wandel

17 Ruhrgebietsstädte und zwei Kreise realisieren gemeinsam mit der Emschergenossenschaft ihr Konzept zur Qualifizierung der Wasserlagen entlang der Kanäle sowie an Emscher und Lippe. Im Laufe der Jahre konnten vielfältige Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft oder Ministerien im Rahmen einer umfangreichen Öffentlichkeitsbeteiligung gewonnen werden.

Kooperierende Kommunen

Bergkamen
 Bottrop
 Castrop-Rauxel
 Datteln
 Dorsten
 Dortmund
 Gelsenkirchen
 Gladbeck
 Haltern am See
 Hamm
 Herten
 Lünen
 Marl
 Oer-Erkenschwick
 Recklinghausen
 Waltrop
 Werne
 Landkreise
 Kreis Recklinghausen
 Kreis Unna

Weitere Kooperationspartner

Emschergenossenschaft/
 Lippeverband

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

2 Mio.

Kooperation trotz fehlgeschlagener Bewerbung

Bereits während der „Internationalen Bauausstellung Emscher Park“ sowie bei der Erarbeitung von regionalen Entwicklungskonzepten hatten einige der beteiligten Kommunen zusammengearbeitet. Trotz der fehlgeschlagenen Bewerbung um das nordrhein-westfälische Regionale-Programm beschlossen die Kommunen ihre geplante Zusammenarbeit fortzusetzen. Im Mittelpunkt der Kooperation steht die Stadt- und Landschaftsentwicklung an Wasserlagen im Lippe- und Emscherraum, um dadurch die Identität und das Profil der Region im Strukturwandel zu stärken.

Drei Handlungsfelder

Das Handlungsfeld „Stadt ans Wasser“ will die Stadtentwicklung stärker zum Wasser hin orientieren. In einigen Städten sind die Konzepte bis zu Bebauungsplänen herangereift, mit deren Umsetzung bereits begonnen wurde. Im Handlungsfeld „Freizeit am und auf dem Kanal“ entstand ein gemeinsames Konzept, das zum Ausbau von sieben Wasserwander-Rastplätzen und zum Ausbau vorhandener Sportbootstandorte führte. Naturnahes Baden wurde ebenso vorangetrieben wie die Ansiedelung attraktiver Gastronomie am Wasser. Neue Fahrgastlinien wurden eingerichtet. Ein gemeinsamer Veranstaltungskalender erscheint jährlich. Im Rahmen des Handlungsfeldes „Natur- und Landschaft erleben“ wurden zahlreiche Aktionen durchgeführt, z.B. Feste gemeinsam mit Künstlern, die das Wasser und die Wasserlandschaft neu inszenierten, Bildungs- und Weiterbildungsprojekte, umweltpädagogische Projekte an Schulen oder alternative Stadtführungen.

Umfangreiche Öffentlichkeitsbeteiligung

Zwischen den Jahren 2000 bis 2003 fand die Projektdefinition unter Beteiligung von über 150 Akteuren und Bürgern in einem Zukunftsforum statt. Anschließend wurden die verschiedenen Ansätze in über 200 Veranstaltungen

gen der Öffentlichkeit präsentiert. Es wurden mehr als 2.500 Unterstützer und Interessierte gewonnen, die regelmäßig in einem Newsletter über den Fortschritt der Projekte informiert werden. Im Jahr 2009 sollen alle Projekte in einer gemeinsamen Landeswasserschau präsentiert werden.

Vielfältige Partnerschaften



Animation: 3dpixel

Grundsatzentscheidungen über Inhalte und Organisation der Kooperation werden vom Lenkungskreis, Vertretern der Kommunen und der Emschergenossenschaft, getroffen, der drei bis viermal jährlich zusammen kommt. Ein interdisziplinäres Projektteam trifft sich etwa zehnmal im Jahr zur Entwicklung von Projekten. Projektbezogen wird mit zahlreichen Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst/Kultur und Bildung zusammen gearbeitet. Eine Geschäftsstelle, besetzt mit zwei Personen, übernimmt die Koordination. Bis einschließlich 2006 noch kofinanziert durch das Städtebauministerium bzw. die Projekt Ruhr GmbH, finanzieren die Projektpartner ab 2007 die Geschäftsstelle aus Eigenmitteln oder durch Sponsorgelder unterstützender Unternehmen. Die Projekte werden durch die einzelnen Kommunen umgesetzt und finanziert, teilweise mit Unterstützung durch Fördermittel.

Kontakt

Regionale-Initiative „Fluss Stadt Land“
 c/o Kreis Unna
 Jutta Pauels
 Tel. 02303-272561
 fsl@kreis-unna.de
 www.fluss-stadt-land.de

Interkommunale Gemeinschaftsinitiative „das ruhrtal“

Anrainerkommunen der Ruhr entwickeln gemeinsame Leitprojekte zur Attraktivitätssteigerung des Ruhrtals für Freizeit und Tourismus sowie zur Vernetzung und Vermarktung der Attraktionen. Durch die Stärkung der weichen Standortfaktoren soll der Strukturwandel im südlichen Ruhrgebiet in den Bereichen Tourismus, Verkehr und Umwelt, Kultur und Städtebau unterstützt werden.

Tourismus statt Kohle und Stahl

Die Mitgliedskommunen der Ruhrtal-Initiative liegen nördlich und südlich entlang der Ruhr zwischen Duisburg im Westen und Hagen am Südostrand der Metropole Ruhr. Um die weichen Standortfaktoren zu stärken und den Strukturwandel zu unterstützen ist es Ziel der interkommunalen Zusammenarbeit, die Ruhrtal-Region als Erholungsraum weiter zu qualifizieren. Langfristig soll sich der Raum durch landschaftliche Qualitäten in Verbindung mit der Industriekultur als überregionale Tourismusadresse etablieren. Hierzu dienen insbesondere die regionalen Leitprojekte der Ruhrtal-Initiative. Die touristischen Highlights der Ruhrtal-Städte sollen besser miteinander vernetzt werden.



Vergessene Qualitäten nutzen

Die „Wasserseite“ der Region wird mittels einer umfangreichen und professionellen Öffentlichkeitsarbeit zunehmend ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Durch Planungswerkstätten mit breiter Beteiligung entstand ein Rahmenkonzept „Städtebauliche Entwicklung entlang der Ruhr“, in dem die Promenadengestaltung einen Schwerpunkt bildete. Fünf einwöchige Sommerferien-camps ermöglichten nicht nur preiswerte Ferien vor der Haustür, sondern auch zusätzliche Aufmerksamkeit und eine Beteiligung von Jugendlichen. Die Kooperation hat als interkommunale Gemeinschaftsinitiative bereits zahlreiche Einzelerfolge erzielt: Sicherung und Ausbau der Ruhrtalbahn als Museumsbahn im Bestand und Betrieb,

Attraktivitätssteigerung der Ruhr als Wasserwanderweg durch Wasserwanderkarten, neue Anleger und Bootsverleiher; Erweiterung der Personenschiffahrt auf der Ruhr und ihren Stauseen sowie Lückenschließungen beim Ruhrtal-Radweg. Ein Masterplan mit den Schwerpunkten Städteentwicklung, Tourismus und regionales Image ist in Vorbereitung.

Schlanke Organisationsstrukturen

Die Zusammenarbeit der Kommunen ist durch vertragliche Regelungen bzw. Vereinbarungen zwischen den Partnern und durch die Einrichtung einer Geschäftsstelle, eines regionalen Arbeitskreises sowie einer Lenkungsgruppe organisiert. Auf der Arbeitsebene treffen sich im regionalen Arbeitskreis regelmäßig die Vertreter der Projektpartner. Sie beraten und entscheiden insbesondere über den Fortgang einzelner Projekte, den Mitteleinsatz, die Weiterentwicklung neuer Ideen und die Aufnahme neuer Vorhaben. Der Arbeitskreis übernimmt in diesem Zusammenhang auch die Funktion der Entscheidungsvorbereitung für die Lenkungsgruppe. In der Lenkungsgruppe sind als stimmberechtigte Mitglieder je zwei Vertreter der Gebietskörperschaften und als beratende Mitglieder u.a. das Land NRW und die Projekt Ruhr GmbH vertreten. Vertragliche Basis ist die Vereinbarung zur Finanzierung der regionalen Geschäftsstelle und zur Anteilsfinanzierung der Investitionsprojekte. Die Organisationsform der Ruhrtal-Initiative verbindet die Vorteile informeller Strukturen mit der politischen Legitimation und Professionalität einer formalen Trägerschaft.

Kontakt

Geschäftsstelle „das ruhrtal“
 c/o Schmidt/Bechtle GmbH
 Horst Schott
 Tel. 02330/8087-0
 herdecke@schmidtbechtle.de
 www.dasruhrtal.de



Kooperierende Kommunen

Bochum
 Ennepe-Ruhr-Kreis
 Hagen
 Hattingen
 Herdecke
 Wetter (Ruhr)
 Witten

Weitere Kooperationspartner

Dortmund
 Essen
 Mülheim an der Ruhr
 Oberhausen
 Regionalverband Ruhr (RVR)

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

2,3 Mio.

KAG Region Finowkanal – Wiederbelebung einer Wasserstraße

Auf Initiative von zehn Anrainergemeinden des Finowkanals entstand eine Kooperation zur wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung der Region an einer der ältesten historischen Wasserstraßen Deutschlands. Durch die umfangreiche Nutzung von lokalem und externem Know-how gelang es, zahlreiche öffentliche und private Projekte umzusetzen und die Region zu einem beliebten Naherholungsgebiet zu entwickeln.

Kooperierende Kommunen

Eberswalde
Hohenfinow
Hohensaaten
Liebenwalde
Liepe
Marienwerder
Niederfinow
Oderberg
Schorfheide
Wandlitz

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

50.000

Funktionsverlust einer historischen Wasserstraße

Die Schifffahrt auf dem Finowkanal, einer über 400 Jahre alten Wasserstraße, wurde bereits in den 1970er Jahren eingestellt. Als im Jahr 1992 eine Kanalschleuse aus Sicherheitsgründen gesperrt wurde und der Kanal als Bundeswasserstraße entwidmet werden sollte, beschlossen zehn Anrainergemeinden östlich und westlich der Kreisstadt Eberswalde sich für den Erhalt des Wasserweges einzusetzen und damit die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Region im Großraum Berlin zu fördern.



Foto: Dr. Reinhard Schliebenow

Initiative der Gemeinden mit umfassender Beratung

Die Kommunen gründeten im Jahr 1996 eine kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG). Die Mitgliederversammlung wird von vielfältigen Akteuren der Region aus Planung, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus beraten. Zudem haben sich Unternehmen am Finowkanal in einem gleichnamigen Verein zusammengeschlossen und arbeiten mit der KAG auf der Basis eines Kooperationsvertrages eng zusammen. Eine mit zwei Personen besetzte Geschäftsstelle, die sich aus einer einwohnerbezogenen Umlage der Gemeinden finanziert und mit einem Sachkostenzuschuss des Landkreises Barnim sowie durch Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit unterstützt wird, koordiniert die Kooperation und ist für den Betrieb und die Pflege der realisierten Projekte zuständig.

Anstoß zahlreicher öffentlicher und privater Projekte

Um eine angemessene Grundlage für die Zusammenarbeit zu schaffen, entstand zunächst das Entwicklungskonzept für die Region Finowkanal mit ca. 250 vorgeschlagenen Projekten und Maßnahmen. Seither sind ungefähr 150 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 100 Millionen Euro in öffentlicher und privater Trägerschaft realisiert worden. Für viele Projekte konnten Fördermittel oder regionale Sponsoren gewonnen werden. U.a. sind folgende Projekte realisiert worden: Bau von Wasserwander-Rastplätzen, Steganlagen, Schiffsanlegestellen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Sanitäranlagen, Ausbau des Treidelweges als überregionaler Radweg, Sanierung der historischen Stadtschleuse, Sanierungsmaßnahmen an Schleusen, Brücken und Wehren, Installation eines Wegeleitsystems sowie Wohnungsbau und Dorfkerngestaltung am Finowkanal. In privater Trägerschaft wurden Marinas, Campingplätze, Bootsverleihe, zwei neue Schifffahrtslinien sowie ein Wasserkraftwerk an einer Schleuse umgesetzt. Die regionale Wirtschaft hat sich als „Unternehmer am Finowkanal e.V.“ organisiert.

Naherholung am Wasser

Mittlerweile hat sich der Finowkanal zu einem beliebten Naherholungsgebiet für Wasserwanderer, Wanderer und Radfahrer entwickelt. Die Zahl der Wasserfahrzeuge ist innerhalb von zehn Jahren von 2.000 (im Jahr 1995) auf 14.000 (im Jahr 2004) gestiegen. Weitere Projekte sollen in Zukunft gemeinsam mit einer weiteren interkommunalen Kooperation, der WIN AG (Wassertourismus Initiative Nordbrandenburg), umgesetzt werden.

Kontakt

KAG Region Finowkanal
Dr. Reinhard Schliebenow
Tel. 03334/ 64522
kagregionfinowkanal@telta.de
www.barnim.de

Kurortentwicklungsplan Bäderdreieck

Aufgrund infrastruktureller Defizite und schwieriger Finanzsituationen dreier Kommunen in Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde nach einer neuen raumordnerischen und touristischen Ausrichtung gesucht. Ein gemeinsamer Kurortentwicklungsplan mit umfangreichen Maßnahmenpaket wurde aufgestellt, um sich gemeinsam als „Bäderdreieck“ zu vermarkten.

Gemeinsam zur Marke werden

Die Orte Bad Kösen, Bad Bibra und Bad Sulza sehen sich seit Mitte der 1990er Jahre einem zunehmenden Wettbewerbsdruck und veränderten gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Anstatt untereinander die Konkurrenz zu verschärfen, wurden unter dem Dach einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft die Kräfte gebündelt. Die Kommunen streben eine abgestimmte Entwicklung im Bereich der Gesundheitswirtschaft unter Berücksichtigung klarer Profile der einzelnen Bäder an. Eine Vielzahl von Aktivitäten werden gemeinsam durchgeführt. Ziel der Kooperation ist die Entwicklung des Bäderdreiecks zum zukünftigen Zentrum einer dynamischen „Gesundheitsregion Saale-Unstrut“.



Kurortentwicklungsplan zeigt erste Erfolge

Wesentliche Erfolge der Kooperation sind die endgültige Anerkennung Bad Sulzas als Soleheilbad sowie Bad Bibras als Erholungsort und das Zertifikat „Wellness im Kurort“ für Bad Kösen. Die Bäderkooperation wurde in verschiedene Landesprogramme (Straße der Romantik, Gartenträume, Blaues Band, Frauenorte) aufgenommen. Es wurde ein abgestimmter Kurortentwicklungsplan beschlossen, der spezifische Profile für alle drei Städte enthält. Eine Evaluierung des Kurortentwicklungsplanes wurde nach drei Jahren durchgeführt. Von ursprünglich 49 beschlossenen Maßnahmen wurden bisher etwa drei Viertel realisiert. 30 weitere Maßnahmen wurden in den Kurortentwicklungsplan aufgenommen. Seit Beginn der Kooperation im Bäderdreieck ist eine deutliche Steigerung der Gästezahlen zu verzeichnen.

Beteiligung der örtlichen Betriebe

Es wurde eine Vereinbarung zur Kooperation als kommunale Arbeitsgemeinschaft zwischen den Kommunen beschlossen. Der Vorsitz der KAG wechselt jährlich zwischen den Kommunen. Die Beratungen der Arbeitsgemeinschaft finden in der Regel vierteljährlich und an wechselnden Orten statt. Kurortspezifische Einrichtungen, Beherbergungsbetriebe und Freizeiteinrichtungen wurden intensiv in die Kooperation eingebunden. Die Kooperationsarbeit wurde ohne zusätzliches Personal durchgeführt, Fördergelder wurden nicht in Anspruch genommen. Im Verlauf der bisherigen Umsetzung des vernetzten Kurortentwicklungsplanes wurden Investitionen in Höhe von 60 Mio. Euro getätigt. Die Träger von rund einem Drittel aller Maßnahmen sind private Einrichtungen. Gemeinsam konnten Maßnahmen umgesetzt werden, welche die Möglichkeiten der einzelnen Gemeinden überstiegen hätten.

Kontakt

Stadtverwaltung Bad Kösen
Bürgermeister Christoph Emus
Tel. 034463/31-0
vgem.bad.koesen@t-online



Kooperierende Kommunen

Bad Bibra
Bad Kösen
Bad Sulza

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

10.900

Last Mile Logistik Park

Im Zentrum des Ruhrgebietes haben die Städte Gelsenkirchen, Herne und Herten im Jahr 2002 die „last mile logistik netzwerk gmbh“ gegründet, um die Stärken des Standortes im Bereich von Logistik-Leistungen gemeinsam zu entwickeln und zu vermarkten. Es konnten zahlreiche Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden werden.

Kooperierende Kommunen

Gelsenkirchen
Herne
Herten

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

506.000

Entwicklung der Logistikwirtschaft



Logistikunternehmen sind eine wachsende Branche im Ruhrgebiet, die in den letzten Jahren bereits einige Tausend neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Die hervorragende Verkehrsanbindung und die zentrale Lage der Region mitten im Ballungsraum Ruhrgebiet bieten Unternehmen – insbesondere der Last Mile Logistik – gute Standortbedingungen. Zur Entwicklung und Vermarktung von ca. 160 ha Altindustrieflächen für Logistikansiedlungen und zur Stärkung der regionalen Kompetenzen und Netzwerke in diesem Bereich haben die drei Städte eine gemeinsame GmbH gegründet. Neben den Gesellschaftern sind verschiedene Institutionen in den Gründungs- und Arbeitsprozess einbezogen worden. Zusätzlich zu den Kommunen im Zentrum des Ruhrgebietes unterstützen so auch zwei Industrie- und Handelskammerbezirke und zwei Regierungsbezirke die Standortentwicklung. Überregional werden die Aktivitäten eng mit dem Land Nordrhein-Westfalen (Landesinitiative Logistik) abgestimmt.

Umfassende Flächenentwicklung

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt ist die Vermarktung von Logistikstandorten, die aus sanierten und erschlossenen altindustriellen Flächen entwickelt werden. Die Grundlage dafür bildet eine Stärken-Schwächen-Analyse der potenziellen Flächen des „Last Mile Logistik Park“, aus der eine differenzierte Bewertung für unterschiedliche Zielgruppen hervorging. Zudem werden Partner aus der regionalen Wirtschaft – unter anderem im *marketingclub last*

mile logistik – als Multiplikatoren aktiv in das Standortmarketing eingebunden. Die Nachfrage nach den ersten erschlossenen Logistikflächen war so groß, dass diese mittlerweile vollständig vermarktet sind. Die nachhaltige Planung und Erschließung weiterer Gewerbegebiete für die Logistikwirtschaft wird daher parallel weitergeführt.

Knüpfen von regionalen Netzen

Für die Stärkung der regionalen Kompetenzen und Netzwerke fanden zahlreiche Veranstaltungen und Workshops mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft statt. Die Netzwerkgesellschaft initiiert und fördert kontinuierlich regionale Pilotprojekte, z.B. das „Medical Warehouse Ruhr“, bei dem es darum geht, die Beschaffung und Warenlieferung medizinischer Güter kostengünstig und effizient unter Mitwirkung von Herstellern und Lieferanten zu organisieren. Außerdem wurde das „Institut für demand logistics“ an der FH Gelsenkirchen gegründet und Qualifizierungsprojekte der Arbeitsagentur im Bereich Logistik unterstützt.

Fachliche Beratung durch Beirat

Die last mile logistik netzwerk gmbh beschäftigt drei Mitarbeiter, einen Geschäftsführer und zwei Projektmanager mit jeweils einer vollen Stelle. Ein Beirat aus Vertretern der Logistikwirtschaft und Wissenschaft berät die Beteiligten. In die GmbH wurden insgesamt 100.000 Euro als Stammkapital eingebracht. Sie hatte in den letzten drei Jahren einen Umsatz von 1 Mio. Euro und wurde mit Mitteln der EU, des Landes NRW sowie mit Sponsorenmitteln gefördert.

Kontakt

last mile logistik netzwerk gmbh
Dr. Manfred Janssen
Tel. 02323/925-442
janssen@last-mile-logistik.de
www.last-mile-logistik.de

„Lebendiger Neckar“ – Gemeinsame Landschaftsentwicklung

Die Flusslandschaft am Neckar wird durch innovative Projekte und Aktionen zu einem attraktiven Natur- und Naherholungsraum aufgewertet. Die Konzepte werden in einem offenen Maßnahmenkatalog gesammelt und immer dann umgesetzt, wenn ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Nachbarschaftsverband initiiert Projekte

Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim umfasst den baden-württembergischen Teil des Verdichtungsraumes Rhein-Neckar und ist ein Zusammenschluss von 18 Städten und Gemeinden zur gemeinsamen Flächennutzungs- und Landschaftsplanung. Das Projekt „Lebendiger Neckar“ wurde bereits 1996 vom Verband als offener Planungsprozess für Gemeinden, Fachbehörden und Verbände und mit neuen Formen der Öffentlichkeitsarbeit angestoßen. Der Nachbarschaftsverband übernimmt hierbei Funktionen als Konzeptentwickler, Akquisiteur von Fördermitteln, Projekt-Koordinator und Konflikt-Moderator (z.B. zwischen Naturschutz- und Freizeitinteressen). Die Beschlussfassung über einzelne Maßnahmen sowie deren Baudurchführung, Finanzierung und Abrechnung verbleibt in der Hand der einzelnen Kommune.

Landschaftliche Aufwertung und landschaftsbezogene Naherholung



Das Entwicklungsprojekt „Lebendiger Neckar“ wird von sechs Anrainergemeinden getragen. Ziele sind die landschaftliche Aufwertung und die Förderung der landschaftsbezogenen Naherholung. Es soll eine abwechslungsreiche Landschaft mit Flachwasserzonen, Feuchtwiesen, Auwäldern, Streuobstwiesen und Gehölzgruppen entwickelt werden. Das im Konsens beschlossene Maßnahmenkonzept ist als offener Katalog gestaltet und kann ohne einen festen Zeithorizont umgesetzt werden. Die Maßnahmen werden immer dann von den jeweils beteiligten Kommunen realisiert, wenn Förder- oder Sponsorenmittel eingeworben und

zur Kofinanzierung ausreichend Projektmittel durch die beteiligten Kommunen bereitgestellt werden können.

Partner fördern Bewusstseinsbildung

Alle Maßnahmen zur Uferaufwertung wurden eng mit erlebnisorientierten und flusspädagogischen Veranstaltungsangeboten verknüpft: Hierzu zählen das Projekt „Schulen für einen Lebendigen Neckar“, das jährlich stattfindende regionale Großereignis „Aktionstag Lebendiger Neckar mit AOK Radsonntag“ sowie die Aktion „Menschen an den Fluss“. Strategische Kooperationen mit Trägern aus dem Bildungsbereich dienen dem Ziel, in der Region das Bewusstsein für nachhaltige Landschaftsentwicklung zu stärken. Der Aktionstag hat sich zu einem regionalen Großereignis mit 50.000 Besuchern im Jahre 2005 entwickelt. Das Projekt „Schulen für einen Lebendigen Neckar“ wurde in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule Heidelberg umgesetzt und mit Mitteln für vorbildliche Agenda-21-Projekte des Landes Baden-Württemberg gefördert. Es beinhaltete die Beteiligung von 43 Schulklassen, Lehrerfortbildungen, Führungen sowie einen Malwettbewerb zum Neckarraum.

Übertragbares Modell

Das transnationale EU-Projekt „Artery“ ist mit seinen Förderbedingungen eigentlich auf Großprojekte ausgerichtet, so dass vor allem kleine Städte und Gemeinden kaum partizipieren können. Dem Nachbarschaftsverband ist es jedoch gelungen, vergleichsweise geringe Eigenmittel aus fünf Städten und Gemeinden zu bündeln, so dass das o.g. Programm in Anspruch genommen werden konnte.

Kontakt

Nachbarschaftsverband
Heidelberg-Mannheim
Ruben Scheller
Tel. 0621/293-7327
nv.hd-ma@mannheim.de
www.nv-hd-ma.de

Kooperierende Kommunen

Dossenheim
Edingen-Neckarhausen
Heidelberg
Ilvesheim
Ladenburg
Mannheim

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

482.000

Regionalparkprojekt Hohe Straße

Sechs Kommunen der Region Rhein-Main haben innerhalb kurzer Zeit einen Teilabschnitt eines historischen europäischen Handelsweges aufgewertet. Dazu haben sie eine Gesellschaft gegründet, die auch die langfristige Pflege dieses Weges mit den realisierten Stationen übernimmt. Die Bürger der Region wurden aktiv am Planungsprozess beteiligt, wodurch die regionale Identifikation mit dem Projekt gestärkt werden konnte.

Kooperierende Kommunen

Bruchköbel
Hammersbach
Maintal
Nidderau
Niederdorfelden
Schöneck

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

77.000

Historischer Handelsweg zur Aufwertung des Landschaftsraumes

Der historische Handelsweg ist Teil des Regionalpark-Konzeptes Rhein-Main, an dem insgesamt 38 Kommunen beteiligt sind. Zur Umsetzung dieses Teilabschnittes schlossen sich sechs Mitglieder des Planungsverbandes Frankfurt/Rhein-Main zu einer Durchführungsgesellschaft zusammen. Ziel der Kooperation war es, den Landschaftsraum im Teilabschnitt entlang einer historischen Handels- und Pilgeroute zwischen Santiago de Compostela in Spanien und Kiew in der Ukraine wieder erlebbar zu machen. Die inmitten der stark zersiedelten Region liegenden Frei- und Erholungsflächen sollten geschützt und aufgewertet werden.

Kurzer Realisierungszeitraum und Bürgerbeteiligung

Innerhalb von zwei Jahren entstand eine 20 Kilometer lange Wegeverbindung, an der vierzehn Regionalparkstationen liegen. Sie nehmen Bezug auf die Geschichte des Weges und die besondere örtliche Höhenlage mit ihren weiten Ausblicken in die umliegende Kulturlandschaft. Künstlerische Elemente markieren wichtige Orte und heben landschaftliche und historische Besonderheiten hervor. Ausgleichsmaßnahmen werden gezielt in diesen Bereich gelenkt. Die Umsetzung des Regionalparkkonzeptes erfolgte unter enger Einbeziehung der Bürger. Ausstellungen über das Projekt in allen Kommunen boten Anlass für Diskussionsveranstaltungen. Zahlreiche Anregungen konnten bei den Planungen berücksichtigt werden. Auch die Möglichkeit, direkten Kontakt mit den Verantwortlichen über E-Mail aufzunehmen, wurde von den Bürgern wahrgenommen. Das Projekt wurde von der EU als „partnership projekt“ klassifiziert.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Die beteiligten Kommunen gründeten eine GmbH, an der sich der Planungsverband mit-



tels einer Partnerschaftvereinbarung beteiligte. Der Planungsverband übernahm insbesondere die Akquisition von Fördermitteln. Aufgrund des durch den Förderrahmen vorgegebenen Zeitdrucks gelang es der GmbH, das Projekt zielgerichtet durchzuführen und Konflikte schnell zu lösen. Die Entscheidungen fielen weitestgehend einvernehmlich und die Zusammenarbeit war von Akzeptanz, Toleranz und guter Unterstützung geprägt. Bei der Finanzierung des Projektes haben die Kommunen eine deutliche Entlastung erreichen können: 50% der Kosten wurden von der EU und vom Land Hessen getragen, weitere 33% vom Planungsverband und 17% von den Kommunen. Die Kosten der Kommunen wurden anteilig nach Einwohnerzahl und Wegelänge am Regionalparkabschnitt aufgeteilt.

Langfristiger Unterhalt

Die GmbH bleibt auch nach Abschluss der Realisierung erhalten. Sie übernimmt die Pflege und Unterhaltung, die Ergänzung durch kleinere Maßnahmen sowie das Marketing für die Hohe Straße. Größere investive Maßnahmen, wie zum Beispiel die Gestaltung eines angemessenen Eingangs der Hohen Straße in die Stadt Frankfurt, werden von einer für den gesamten Regionalpark gegründeten Dachgesellschaft übernommen.

Kontakt

Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/
Rhein-Main
Erster Beigeordneter Jens Scheller
Tel. 069/2577-1907
jens.scheller@planungsverband.de
www.planungsverband.de

Rothaarsteigverein – Entwicklung eines modernen Wanderweges

Im Rothaarsteigverein haben sich mehrere Kreise und Kommunen aus drei Bundesländern zusammengeschlossen, um einen Wanderweg von 154 km Länge auszubauen und für neue Zielgruppen zu erschließen. Zahlreiche Imagekampagnen begleiten die Maßnahmen.



Wanderweg als Marke etablieren

An der interkommunalen Kooperation sind sechs Kreise und 24 Städte und Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz beteiligt. Sie haben sich mit Wandervereinen, Forstämtern, Grundeigentümern und Tourismusorganisationen zum Rothaarsteigverein e.V. zusammengeschlossen. Gemeinsam wurde die Marke Rothaarsteig durch Imagekampagnen bekannt gemacht. Damit wurde eine neue Generation von Wanderern angesprochen. Durch die zusätzlichen Touristen erhielt die Region einen Impuls für die Tourismusentwicklung.

Ausbau und Werbung erfolgreich

Dem Verein gelang es, den Weg mit erlebnisorientierten Attraktionen (z.B. Hängebrücke bei Kühnhude) und designer Möblierung (z.B. Waldsofas und Waldschaukeln) auszustatten. Erstmals wurde ein Wanderweg konsequent nach landschaftspsychologischen und erlebnispädagogischen Gesichtspunkten angelegt. Mit einer Tal- und Bergvariante können insgesamt 220 km erwandert werden. Es wurde aufwendiges Informations- und Kartenmaterial gestaltet sowie eine umfangreiche Internetpräsentation zum Rothaarsteig aufgebaut. Allein durch den Rothaarsteig können im Jahr ca. 1,5 Mio. Tagesausflüger und ca. 300.000 Übernachtungen verzeichnet werden. Es wur-

Foto: Rothaarsteigverein e.V./K.-P. Kappast



Kontakt

Rothaarsteigverein e.V.
Harald Knoche
Tel. 02972-974050/-51
info@rothaarsteig.de
www.rothaarsteig.de

den Aussichtspunkte geschaffen, vorhandene Infrastruktur aufgewertet, Wege ausgebaut und Renaturierungen vorgenommen. Zur Erfolgskontrolle werden Kundenbefragungen durchgeführt und ein langfristiges Monitoring-System installiert.

Geschäftsstelle steuert Aktivitäten

Für die Projektkoordination gibt es drei hauptamtliche Mitarbeiter, die dort die Vereinsgeschäfte führen und die Aktivitäten steuern. Die Vertreter der örtlichen und regionalen Tourismusorganisationen sind in einem Arbeitskreis organisiert. Ebenso engagieren sich eine Vielzahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Vereinsgremien und Arbeitsgruppen. Nordrhein-Westfalen und Hessen unterstützen den Wanderweg mit Landesmitteln.

Kooperierende Kommunen

Bad Berleburg
Bad Laasphe
Breitscheid
Birlon
Burbach
Dietzhöhlztal
Dillenburg
Driedorf
Erndtebrück
Eschenburg
Haiger
Hallenberg
Herborn
Hilchenbach
Kirchhundem
Lennestadt
Medebach
Netphen
Olsberg
Rennerod
Schmallenberg
Willingen
Wilnsdorf
Winterberg
Landkreise
Hochsauerlandkreis
Lahn-Dill-Kreis
Kreis Olpe
Kreis Siegen-Wittgenstein
Kreis Waldeck-Frankenberg
Westerwaldkreis

Weitere Kooperationspartner

Wandervereine
Grundeigentümer
Forstämter
Tourismusorganisationen

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

1,35 Mio.

TechnologieRegion Karlsruhe

Zehn badische Städte, drei Landkreise und ein Regionalverband bilden die Aktionsgemeinschaft „TechnologieRegion Karlsruhe“, um die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Politik und Verwaltung zu optimieren. Mit Gründung im Jahr 1987 handelt es sich um einen der ersten Kooperationsverbände in Deutschland zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region.

Kooperierende Kommunen

Baden-Baden

Bretten

Bruchsal

Bühl

Ettlingen

Gaggenau

Karlsruhe

Rastatt

Rheinstetten

Stutensee

Landkreise

Landkreis Germersheim

Landkreis Karlsruhe

Landkreis Rastatt

Weitere Kooperationspartner

Industrie- und Handelskammer

Karlsruhe

Regionalverband Mittlerer

Oberrhein

Einwohnerzahl des

Kooperationsraumes

1,1 Mio.

Standortwettbewerb erfordert regionale Zusammenarbeit

Die Gründung der Kooperation erfolgte ausgehend von der Erkenntnis, dass die zunehmenden Aufgaben und Probleme im Standortwettbewerb der Regionen nur in gemeinsamer Verantwortung gelöst werden können. Ziel ist, die Region professionell aufzustellen und sowohl nach außen als auch nach innen zu profilieren. Ein gemeinsames Standortmarketing, der Ausbau der Infrastruktur, der Erhalt zentraler Einrichtungen sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gemeinsame Interessenvertretung gegenüber Bund und Land sollen die wirtschaftliche Entwicklung in der Region befördern.

Vielzahl umgesetzter Projekte

Durch die Zusammenarbeit sind im Laufe der Zeit zahlreiche Projekte entstanden. Größte Projekte sind die *Neue Messe Karlsruhe* auf der Gemarkung zweier Gemeinden außerhalb der Stadt Karlsruhe sowie die Konversion einer ehemaligen NATO-Air-Base zum Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden, der heute einer der größten Regionalflughäfen Deutschlands ist. Daneben entstanden einige Projekte im Bereich der Wirtschaftsförderung, wie zum Beispiel die Existenzgründerinitiative KEIM (Karlsruher Existenzgründerimpuls) zur Unterstützung von jungen Unternehmen. Um eine ungewöhnliche Form der Außendarstellung mit einem renommierten Partner handelt es sich beim Merian-Extra Heft „TechnologieRegion Karlsruhe“.

Arbeitsteilung in der Geschäftsführung

Die „TechnologieRegion Karlsruhe“ ist als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) firmiert und kommt ohne eigenes Personal aus. Die Geschäftsführung wird in Arbeitsteilung von einem Vertreter der IHK, des Regionalverbands und von einer Stabsstelle beim Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung, dem Karlsruher Oberbürgermeister, wahrgenommen. Die IHK ist dabei zuständig für die wirtschaftliche

Entwicklung der Region, der Regionalverband für die Raumordnung und Standortentwicklung. Die Stabsstelle des Bürgermeisters betreut die Öffentlichkeitsarbeit, Haushaltsplanung, Projektsteuerung und Koordination der Kooperationsitzungen. Die einzelnen Projekte werden von den Gesellschaftern umgesetzt. Kontrolliert wird die Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung, in der die politischen Spitzen der Region vertreten sind sowie den Vorstand, der sich aus drei Oberbürgermeistern, zwei Landräten und dem Vorsitzenden des Regionalverbandes zusammensetzt. Die inhaltliche Arbeit erfolgt überwiegend in der Regionalkonferenz und in Arbeitskreisen, an denen neben den Gesellschaftern mindestens zwanzig Vertreter aus Wirtschaft, Forschung, Kultur und Bildung teilnehmen. Diese entwickeln neue Zielvorstellungen und Projektideen für die Region.

Internationalisierung geplant

Die GbR verfügt über einen eigenen Etat, mit dem Projekte entwickelt und unterstützt werden. Dieser ergibt sich durch eine einwohnerbezogene Umlage der beteiligten Gemeinden sowie durch Pauschalzuschüsse der Landkreise und des Regionalverbandes. Projektbezogen können Sonderumlagen erhoben werden. Insbesondere die gemeinsame Projektarbeit ließ das Vertrauen zwischen den Beteiligten wachsen, so dass die TechnologieRegion sich zur wichtigen Plattform für den Austausch zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur entwickelte. In Zukunft ist beabsichtigt, die Kooperation um internationale Partner aus Frankreich und der Schweiz zu erweitern.

Kontakt

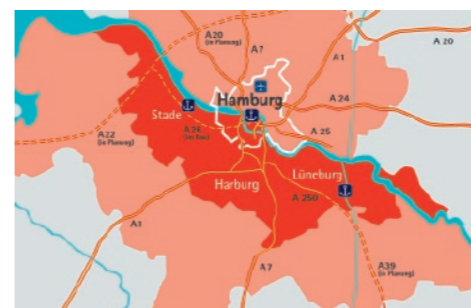
TechnologieRegion Karlsruhe GbR
Jochen Ehlgötz
Tel. 0721/133-1873
jochen.ehlgotz@technologieregion-karlsruhe.de
www.technologieregion-karlsruhe.de



Wachstumsinitiative Süderelbe AG

Der Süden der Metropolregion Hamburg befindet sich im Aufbruch. Die Wachstumsinitiative Süderelbe AG trägt als kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen dazu bei, die Zukunft der Süderelbe-Region aktiv zu gestalten. Gemeinsam mit ihren Partnern und Aktionären aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft zielt sie auf Wirtschaftswachstum, Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Landes- und kreisgrenzübergreifend setzt die Wachstumsinitiative Süderelbe AG dabei auf vorhandene Entwicklungspotenziale, um diese gezielt zu stärken.

Aktiengesellschaft bündelt Verantwortung



Die Wachstumsinitiative Süderelbe AG ist sowohl aufgrund ihrer Organisationsstruktur wie auch ihrer regionalen Ausrichtung zielorientiert aufgestellt. Durch den Zusammenschluss der niedersächsischen Kreise Stade, Harburg und Lüneburg sowie des Bezirks Harburg der Freien und Hansestadt Hamburg arbeitet die Aktiengesellschaft als Private-Public-Partnership im Rahmen der Metropolregion Hamburg nun erstmals auch über Ländergrenzen hinweg an einer erfolgreichen regionalen Wirtschaftsentwicklung. So werden – ergänzend zur lokalen Wirtschaftsförderung – Projekte entwickelt, von denen man sich wichtige Impulse für die Region verspricht. Die Gesellschaftsform der AG erleichtert die Aufnahme neuer Unternehmen in den Kooperationsprozess und unterstreicht den Bedarf der privaten Wirtschaft an einer effizienten, unternehmerischen Bearbeitung regionalwirtschaftlicher Aufgaben. Aktuell sind 72 Unternehmen und Institutionen aus der Region als Aktionär in das Netzwerk der Wachstumsinitiative Süderelbe AG eingebunden. Der Großteil der Aktionäre (über 72%) sind Unternehmen.

Kommunen und Unternehmen steuern unternehmerisch

Die Identifikation wichtiger Wachstumsprojekte erfolgt ebenfalls gemeinsam mit der Wirtschaft für die Wirtschaft. Ein Beispiel hierfür ist das sog. Clustermanagement. Konzentriert auf die Schlüsselbranchen der Region arbeitet das

Clustermanagement an der Verbesserung der für den Standort wichtigen Faktoren: Es bietet den Unternehmen branchenorientiert ein breites Spektrum an Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und initiiert und begleitet konkrete Projekte in der Region. Es werden zudem Qualifizierungsangebote organisiert, die Vernetzung zwischen den Unternehmen gefördert und die Anbindung an Forschung und Entwicklung verbessert. Die Wachstumsinitiative ist zentrale Anlaufstelle für Unternehmensansiedlungen und berät Unternehmen in allen Phasen des Ansiedlungsprozesses von der Definition ihrer Anforderungen bis zum Vertragsabschluss. Erfolgreiches Beispiel der Projekte des Clustermanagements ist die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderte Initiative Logistik50+, die wesentliche Beiträge bei der Integration älterer Arbeitsloser in den Logistik-Arbeitsmarkt leistet. Durch das PPP-Modell konnte privates Kapital für öffentliche Aufgaben akquiriert werden. Hiermit verbunden ist eine fortlaufende Erfolgskontrolle. Die Arbeit der Wachstumsinitiative Süderelbe AG soll in den Jahren 2007 und 2009 evaluiert werden. Von den Ergebnissen der Evaluierungen wird abhängen, in welcher Form die Kooperation fortgeführt werden soll.

Kontakt

Wachstumsinitiative Süderelbe AG
Dr. Jürgen Glaser
Tel. 040/35510355
glaser@suederelbe.info
www.suederelbe.info



Kooperierende Kommunen

Landkreis Harburg

Landkreis Lüneburg

Landkreis Stade

Bezirk Harburg der Freien und

Hansestadt Hamburg

Weitere Kooperationspartner

Unternehmen

Banken und Sparkassen

Verbände und Vereine aus Nie-

dersachsen und Hamburg.

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

800.000

Unternehmen im Kooperationsraum

30.000

Wirtschaftsdelta Vogelpark – Private Vermarktung öffentlicher Flächen

Zur gemeinsamen Vermarktung von Gewerbe- und Industrieflächen haben sich drei benachbarte Kommunen mit einem privaten Industriebetreiber zusammengeschlossen, der ein professionelles Standortmarketing für die Region betreibt. Unter Beteiligung von externen Experten, Bürgern und ansässigen Wirtschaftsunternehmen wurden gemeinsame Zukunftsvorstellungen für die Region entwickelt.

Kooperierende Kommunen

Bad Fallingb.ostel
Bomlitz
Walsrode

Weitere Kooperationspartner

Industriepark Walsrode
(Eigentümerin: Wolff Walsrode AG)

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

46.000

Bewährte Kooperation gewinnt an Dynamik

Schon seit Mitte der 70er Jahre arbeiten die drei Kommunen in der Daseinsvorsorge zusammen, verfügen über eine gemeinsame Strom- und Wasserversorgung und betreiben ihre Bäder gemeinsam. Diese Zusammenarbeit gewann in den letzten zehn Jahren an Dynamik und wurde auf den Bereich Kultur und Tourismus (gemeinsamer Kulturverein und Touristeninformation) ausgedehnt. Um auch als relativ kleine Region im Wettbewerb um Investoren wahrgenommen zu werden und vorhandenen und neu zu gewinnenden Unternehmen optimale Standortbedingungen bieten zu können, wurde eine gemeinsame Wirtschaftsförderung initiiert.

Zusammenarbeit mit privatem Partner auf Augenhöhe

Die drei Kommunen haben mit dem Betreiber eines örtlichen Industriparks ein Marketingkonzept für die Industrie- und Gewerbeansiedlung erarbeiten lassen und im Ergebnis das Standortmarketing dem privaten Partner übertragen. Ziel dieser Konstellation ist es, das Know-how des Unternehmens für Ansiedlungswerbung auch außerhalb dessen Industriparks zu nutzen. Zugrunde lag die Überlegung, dass zwischen dem in der Region ansässigen Industripark und den umliegenden Kommunen eine Interessengleichheit besteht: Alle Beteiligten wünschen sich Unternehmensansiedlungen auf ihren jeweiligen Flächen. Ein Lenkungsausschuss ist mit je einem Vertreter der Kommunen und dem Leiter des Industriparks besetzt. Das operative Geschäft wird durch den Industriebetreiber geführt. Grundsätzliche Entscheidungen seitens der beteiligten kommunalen Partner werden durch die drei Verwaltungsausschüsse der Kommunen bzw. die Stadträte getroffen. Die Kooperation wird durch alle vier Partner zu gleichen Teilen mit jeweils 60.000 Euro pro Jahr finanziert, da alle in etwa gleiche Flächenanteile zur Vermarktung einbringen. Auf einen



**WIRTSCHAFTSDelta
VOGELPARK**

formalen Vorteils-/Nachteilsausgleich wurde nach intensiver Diskussion bewusst verzichtet, da man erkannt hat, dass Ansiedlungen „beim Nachbarn“ sich auch positiv auf den jeweils eigenen Bereich auswirken (Arbeitsmarkt, Kaufkraft, etc.).

Professionalisierung des Gewerbeflächenmarketings

Im „Wirtschaftsdelta Vogelpark“ werden Industrie- und Gewerbeflächen nach inhaltlichen Schwerpunkten (Logistik, Life Science, Chemie, Kunststoffverarbeitung) aus einer Hand vermarktet. In diesem Zusammenhang entstand nicht nur ein Marketingkonzept mit Imagebroschüre, Internetauftritt und Messepräsentation, sondern es wurde auch ein Netzwerk mit überregionalen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik aufgebaut. Zur überregionalen Vermarktung und Beratung von Unternehmen wurde das Wirtschaftsdelta-Office gegründet.

Regionaler Entwicklungsprozess

Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit wurde ein akteursübergreifender regionaler Entwicklungsprozess eingeleitet. In Expertenworkshops und Bürgerforen werden Zukunftsvisionen für die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Wohnen, Umwelt, Schulen und Kultur entwickelt. Interkommunale Arbeitsgruppen und ein politischer Beirat begleiten diesen Prozess.

Kontakt

Gemeinde Bomlitz
Bürgermeister Michael Lebid
Tel. 05161/489-12
buergemeister@bomlitz.de
www.wirtschaftsdelta.de

Zweckverband Aller-Leine-Tal Tourismus und Naherholung als interkommunale Gemeinschaftsaufgabe

Die Anrainergemeinden des niedersächsischen Flusses Aller entwickeln gemeinsam die touristische Infrastruktur. Sie binden regionale Akteure, die Nachbargemeinden und die Bürger in den Prozess ein, um einen „sanften Tourismus“ in der Region zu etablieren.

Flusstourismus erfordert Kooperation



Die drei Samtgemeinden Ahlden, Rethem/Aller und Schwarmstedt inmitten des Städtedreiecks Hannover-Bremen-Hamburg bilden seit 1998 den Zweckverband Aller-Leine-Tal. Seit 2001 kooperiert der Zweckverband mit den Nachbargemeinden aus den Landkreisen Verden und Celle im Rahmen des EU-Programms LEADER+. Ziel der Kooperation ist die Entwicklung und Förderung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur ist nur Gemeindegrenzen überschreitend möglich, vor allem beim Rad- und Wanderwegenetz, einer einheitlichen Beschilderung oder Wasserwanderangeboten auf der Aller.

Öffentlichkeitsarbeit und Projekte

Ein wesentlicher Bestandteil ist die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, um das touristische Angebot unter der „Marke“ Aller-Leine-Tal zu etablieren. Ein gemeinsam herausgegebenes Regionalmagazin „Aller-Leine-Tal aktuell“ bietet Informationen für Gäste und berichtet über die aktuelle Projektarbeit. Es wurde ein Radwegkonzept inklusive Beschilderung und Vermarktung entwickelt, Bürger wurden zu Radgruppenführern ausgebildet. Für den Themenschwerpunkt „Pferd“ wurde eine Reitwegkonzeption erarbeitet. Zur Förderung des Wassersports entstanden Bootsanleger und Rastplätze. Kunstobjekte ergänzen das Landschaftsbild. Eine gemeinsame Flächennutzungsplanung sieht die konzentrierte Ausweisung von Windkraftanlagen zur Sicherung des Landschaftsbildes vor.

Einbindung der Bevölkerung

Die Zusammenarbeit besteht bereits seit den frühen 1990er Jahren und wurde durch einen Zweckverband institutionalisiert. Eine hauptamtliche Geschäftsstelle wurde mit einer Tourismusfachkraft besetzt. Wesentliches Kennzeichen der Kooperation ist die Einbindung der regionalen Akteure durch ehrenamtliches Engagement. Dadurch soll u.a. die Akzeptanz für die touristische Entwicklung und die regionale Identität gestärkt werden. Die Bürger sind in einer lokalen Aktionsgruppe organisiert. Akteure aus dem Tourismussektor und aus Nachbarkommunen haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft „Tourismus und Marketing“ zusammengeschlossen. Wirtschafts- und Sozialpartner, Umwelt- und Naturschutzverbände sowie die Bevölkerung entwickeln so gemeinsam Projekte.



Kontakt

Zweckverband Aller-Leine-Tal
Hans-Wilhelm Frische
Tel. 05071/809-31
zweckverband@aller-leine-tal.de
www.aller-leine-tal.de

Kooperierende Kommunen

Samtgemeinde Ahlden
Samtgemeinde Rethem/Aller
Samtgemeinde Schwarmstedt

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

24.000

Europastadt Guben-Gubin – eine Stadt in zwei Ländern

Guben auf deutscher Seite und Gubin auf polnischer Seite der Grenze sind vom Bevölkerungsrückgang und wirtschaftlichen Strukturwandel stark betroffen. Erschwert wird die Kooperation durch Sprachbarrieren und kulturelle Unterschiede. Trotzdem gehen beide Städte unter Beteiligung zahlreicher städtischer Akteure in vielen Projekten, insbesondere im Bereich Bildung und Daseinsvorsorge, aktiv mit den Veränderungen um.

Kooperierende Kommunen

Guben (D)
Gubin (PL)

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

38.000

Schwierige Ausgangssituation

Die jahrzehntelange Teilung, die aus einer Stadt mit gemeinsamer Vergangenheit zwei Städte in zwei Ländern machte, sowie die sich in jüngster Zeit ähnlich entwickelnden Probleme des demografischen Wandels, wirtschaftlichen Strukturwandels und abnehmender Haushaltsmittel verstärkten den Wunsch nach einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Kooperation sollte dazu beitragen, die Stadt Guben/Gubin wieder als eine Stadt erlebbar zu machen und als attraktives Zentrum mit umfassendem Leistungsangebot für die Bürger der Region zu erhalten. Heute sind neben den Stadtverwaltungen zahlreiche Akteure an der Kooperation beteiligt: Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Gesellschaften der Ver- und Entsorgungsträger, lokale Agenturen für Arbeit, Kindergärten, Schulen sowie diverse Vereine und Stiftungen.

Schwerpunkt Bildung

Bereits kurz nach der Wende begannen die beiden Städte sich mit einem deutsch-polnischen Schulprojekt einander anzunähern. Zusätzlich zur „Europaschule“ mit bilingualen Angeboten wurde in Zusammenarbeit mit anderen Schulen ein deutsch-polnisches Präventionsprojekt entwickelt. Bei der Kinderbetreuung kooperieren drei Kindertagesstätten auf deutscher und polnischer Seite. Auch in der Erwachsenenbildung arbeiten die örtlichen Arbeitsagenturen der beiden Städte zusammen.

Daseinsvorsorge und räumliches Strukturkonzept

Die Zusammenarbeit in der Ver- und Entsorgung umfasst eine gemeinsame Abwasserbehandlungsanlage. Ein Gutachten zum gemeinsamen Abfallmanagement wurde erstellt. Weiterführende Überlegungen betreffen eine gemeinsame Nutzung öffentlicher Infrastruktur wie Bibliothek und Schwimmbad. Die Umsetzung wird jedoch dadurch erschwert, dass kein Staatsvertrag zwischen Deutschland

und Polen existiert, der grenzübergreifende kommunale Verträge oder die Gründung eines Zweckverbandes erlauben würde. Trotzdem erweitern die beiden Städte ihre Zusammenarbeit auf die räumliche Entwicklung und haben ein räumliches Strukturkonzept mit 17 Leitprojekten entwickelt, von dem zwei Projekte (die Brücke über die Neiße sowie die Entwicklung der polnischen Neißinsel als gemeinsamer Erholungsraum) bereits realisiert sind. Projekte zum gemeinsamen Flächenmanagement und zur gemeinsamen Wirtschaftsförderung sind in Vorbereitung. Ein Touristenleitsystem wurde in beiden Städten installiert und erleichtert die Orientierung.

Gemeinsames Leitbild

Die Kooperation erfolgt auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen und einem in einer gemeinsamen Stadtvertreterversammlung verabschiedeten Leitbild, an dessen Entwicklung Bürger und Unternehmen beteiligt waren. Eine Lenkungsgruppe aus den Bürgermeistern und Mitarbeitern der Verwaltung übernimmt die Vorbereitung der Projekte, die in gemeinsamen Projektgruppen, teilweise unter Einsatz von Fördermitteln, umgesetzt werden. Seit 2002 gibt es eine Geschäftsstelle, die zunächst durch das Programm „Stadt 2030“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und jetzt durch das EU-Projekt „Translokal“ gefördert wird.

Kontakt

Stadt Guben
Bürgermeister Klaus-Dieter Hübner
Tel. 03561/6871-0
info@guben.de
www.translokal.net



Grenzübergreifender Städteverbund „Kleines Dreieck“

Zur gemeinsamen Gestaltung der Region haben drei Städte im Ländereck Deutschland-Polen-Tschechien ein grenzübergreifendes regionales Entwicklungskonzept beschlossen. Strukturellen Defiziten und Herausforderungen durch die EU-Erweiterung soll durch Erfahrungsaustausch, Planungsabstimmungen und gemeinsame Projekte begegnet werden.

Identität überwindet Grenzen

Eine sächsische und eine polnische Mittelstadt sowie eine tschechische Kleinstadt arbeiten grenzüberschreitend zusammen. Der Städteverbund „Kleines Dreieck - Bogatynia - Hrádek nad Nisou - Zittau“ will die Entwicklung in der Region gleichberechtigt gestalten. Auf der Basis eines gemeinsamen Regionalen Entwicklungskonzeptes wurde eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Städteverbund beschlossen. Durch die Realisierung von Projekten soll die Identität als gemeinsamer Wirtschafts- und Lebensraum nach innen und nach außen gestärkt werden, um strukturelle Schwächen durch die Lage im Grenzraum zu überwinden. Die Haushaltsmittel sollen durch die Verwaltungszusammenarbeit effektiver eingesetzt werden.



Zielgruppenorientierte Projektarbeit

Durch die Kooperation wurden zahlreiche Projekte initiiert und umgesetzt. Es handelt sich um Projekte aus den Handlungsfeldern räumliche Planung und Entwicklung (u.a. gemeinsames REK, Gewerbegebietsverbund), Infrastruktur (Fernstraßen und Radwege), gemeinsame Wirtschaftsförderung (u.a. Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe), grenzüberschreitendes Wohnen in enger Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen (u.a. gemeinsames wohnungswirtschaftliches Konzept), Daseinsvorsorge in Bildung und Kultur (u.a. gemeinsame Schul- und Jugendprojekte, Koordination des Betriebes von Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen) und Stadt- und Regionalmarketing.

Schwierigkeiten grenzübergreifender Zusammenarbeit

Internationale Kooperationen auf kommunaler Ebene meistern eine Vielzahl von besonderen Schwierigkeiten. Verschiedene Sprachen, eine fehlende internationale Rechtsgrundlage wie auch unterschiedliche hoheitliche Aufgaben und Befugnisse von Stadtverwaltungen müssen berücksichtigt werden. Gemeinsam mit den Einwohnern gilt es Vorurteile abzubauen und aktiv einen gemeinsamen Lebensraum zu identifizieren. Eine Geschäftsstelle, die zu gleichen Teilen von den Partnern finanziert wird, koordiniert die Kooperation. Acht Projektgruppen aus Mitarbeitern der Verwaltungen sind für die Realisierung verantwortlich. Die Partner haben einen Fonds gegründet, in den pro Einwohner ein Euro eingezahlt wurde und der zur Umsetzung von Projekten dient. Für zahlreiche Projekte konnten zusätzlich EU- oder Landesfördermittel akquiriert werden.

Kontakt

Stadtverwaltung Zittau
Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsamt
Dr. Holger Knüpfer
Tel. 03583/752374
h.knuepfer@zittau.de
www.zittau.de/kleines-dreieck



Kooperierende Kommunen

Bogatynia (PL)
Hrádek nad Nisou (CZ)
Zittau (D)

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

58.700

Grenzüberschreitender kommunaler Verein „Zukunft SaarMoselle Avenir“

Durch gemeinsame Aktivitäten und intensive Öffentlichkeitsarbeit werben 27 Städte und Gemeinden aus einem deutsch-französischen Verdichtungsraum für die Einrichtung eines kommunal verfassten europäischen Gemeindeverbandes.

Kooperierende Kommunen

Deutschland

Friedrichsthal
Großrosseln
Heusweiler
Püttlingen
Riegelsberg
Saarbrücken
Stadtverband Saarbrücken
Sulzbach
Völklingen

Frankreich

Alsting
Behren-lès-Forbach
Forbach
Communauté d' Agglomération Forbach
Freyming-Merlebach
Communauté de Communes d'Agglomération de Freyming-Merlebach
Communauté de Communes du pays Naborien
Grosbliersdorf
Hombourg-Haut
Kleinbittersdorf
Morsbach
Petite-Rosselle
Rosbruck
Sarreguémies
Communauté d'Agglomération Sarreguémies Confluences
Schoeneck
Spicheren
Stiring Wendel

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

1 Mio.

Grenzüberschreitender Verdichtungsraum

Die Kooperation umfasst 27 Kommunen aus Lothringen und dem Saarland. Die Mitgliedsgemeinden möchten durch ihre Zusammenarbeit die Nachteile überwinden, die sich aus ihrer peripheren Lage und der Teilung des Verdichtungsraumes durch die nationalen Grenzen ergeben. Einerseits sollen durch konkrete Projekte Verbesserungen im Alltag der Bevölkerung in der Grenzregion erreicht werden. Durch die Kooperation kann hierzu auf Mittel des europäischen Strukturfonds zurückgegriffen werden. Andererseits soll durch ein starkes gemeinsames Auftreten der lokalen Akteure beiderseits der Grenze die nationale Politik Deutschlands und Frankreichs für die Einrichtung eines kommunal verfassten europäischen Gemeindeverbandes gewonnen werden.

Aktivitäten für Bürger

Durch grenzüberschreitende Freizeitveranstaltungen sollen die Bürger den Verdichtungsraum erleben und unterstützen. Etwa 10.000 Freizeitradler beteiligten sich an der „Vélo SaarMoselle“, die der Verein seit 2001 jährlich im August veranstaltet. Mit Radtouren, einem Volkslauf, Besichtigungen und traditionellen Festen konnten 25.000 Gäste beim fünften „Warndt Weekend“ gezählt werden. Die Organisatoren konnten mehr als 20 Vereine zur Gestaltung der Veranstaltung im Naherholungsgebiet „Warndt“ beiderseits der saarländisch-lothringischen Grenze gewinnen.

Initiative für Eurodistrikt

Anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages wurde zwischen Frankreich und Deutschland vereinbart, dass Gemeinden an der deutsch-französischen Grenze sog. „Eurodistrikte“ gründen können, um konkrete Maßnahmen für die Bürger und bedeutende Infrastrukturmaßnahmen gemeinsam durchführen können. Der Stadtverband Saarbrücken und die angrenzenden Gemeinden im Raum Moselle-Est haben daher eine gemeinsame Initiative zum Eurodistrikt Saarbrücken-Moselle-Est gestartet. Darüber hinaus wurde ein Beschluss



zur Kooperation in der Raumplanung gefasst sowie ein gemeinsamer Förderantrag im Interreg III A-Programm der EU formuliert.

Kooperationsbüro ist Anlaufstelle

Die Kommunen haben sich zu einem Verein zusammengeschlossen. Die Präsidenschaft wechselt alle zwei Jahre zwischen der deutschen und französischen Seite. Es gibt regelmäßige Mitgliederversammlungen sowie eine ständige Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gemeindeverwaltungen. Der Verein verfügt über ein eigenes Kooperationsbüro mit zwei festen Mitarbeitern. Dieses ist Anlaufstelle für die Mitgliedsgemeinden in allen grenzüberschreitenden Fragen und leistet praktische Unterstützung, beispielsweise bei der Vermittlung von Ansprechpartnern, beim Dolmetschen, bei der Definition von grenzüberschreitenden Projekten und bei der Ausarbeitung von Förderanträgen.

Kontakt

Stadtverband Saarbrücken
Walter Delarber
Tel. 0681/506-6100
walter.delarber@svsbr.de
www.saarmoselle.org

PONTES – Lernen in und für Europa

Mit dem grenzüberschreitenden Netzwerk PONTES wollen der Landkreis Löbau-Zittau, der Niederschlesische Oberlausitzkreis, die kreisfreie Stadt Görlitz und die Kommunalgemeinschaft Euroregion Neiße-Nisa-Nysa die Region zu einem zukunftsfähigen Bildungsstandort entwickeln. Aus der Kooperation sind zahlreiche Projekte zur besseren Vernetzung unterschiedlicher Partner und zur Schaffung neuer Bildungsangebote entstanden.



Bildung für Europa

Mit PONTES haben die beteiligten Akteure ein grenzüberschreitendes Netzwerk zur Entwicklung einer bedarfs- und zukunftsorientierten Bildungsinfrastruktur in der deutsch-polnisch-tschechischen Grenzregion geschaffen. Durch die Zusammenarbeit in Form einer regionalen Bildungspartnerschaft soll dazu beigetragen werden, das Bildungsniveau in der Region zu erhöhen. Die Initiative vereint über 300 Kooperationspartner aus Bildung, Wirtschaft, Politik und Kultur (z.B. IHK Dresden, Agentur für Arbeit Bautzen, Regionalschulamt Bautzen, Technologiezentren der Region Oberlausitz-Niederschlesien, Regionalmanagement Oberlausitz-Niederschlesien u.v.a.). Das Spektrum reicht vom Aufbau eines euroregionalen Bildungsinformationssystems über bi- und trinationale Bildungsangebote in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen bis hin zur Entwicklung von mehrsprachigen Lehr- und Lernmaterialien, grenzüberschreitenden Fortbildungsreihen und Veranstaltungen wie z.B. den „Euroregionalen Lernfesten“ oder dem „Grenzenlosen Bildungsmarktplatz“. Benachteiligte Menschen werden mithilfe eines speziellen Programms „Lernen in besonderen Lebenssituationen“ unterstützt.

Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit

Die Kooperation sieht Bildung als einen entscheidenden Standortfaktor. Durch verbesserte Bildungsangebote, insbesondere die gezielte Förderung der Mehrsprachigkeit, soll die regionale Wirtschaft einen Innovationsschub erhalten und damit auch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. PONTES verknüpft Bil-

dung, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung, um der strukturschwachen und von Abwanderung und Arbeitslosigkeit betroffenen Region Oberlausitz-Niederschlesien eine bessere Entwicklungsperspektive zu bieten. Für Unternehmen wird eine ganzheitliche, auf regionale Besonderheiten angepasste und prozessorientierte Bildungsberatung unter Nutzung der regionalen Ressourcen als „Hilfe zur Selbsthilfe“ angeboten.

Grenzüberschreitendes Bildungsnetzwerk



Die Vorbereitung und Umsetzung von Projekten erfolgt in Werkstätten unter Beteiligung weiterer Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Bildung. Ein Beirat aus Wirtschaft und Wissenschaft begleitet und evaluiert die Kooperation fachlich. Die Kooperation verfügt über zehn Stellen für das Management des Netzwerkes und der Projekte. Sie werden durch Beiträge der Partner, Spenden sowie Bundesmittel und Lohnkostenzuschüsse finanziert. Zukünftig sollen verstärkt Eigenmittel erwirtschaftet werden.

Kontakt

PONTES-Agentur
Dr. Regina Gellrich
Tel. 035823/77251
ibz-gellrich@t-online.de
www.pontes-pontes.de



Kooperierende Kommunen

Görlitz
Landkreis Löbau-Zittau
Niederschlesischer
Oberlausitzkreis
Kommunalgemeinschaft
Euroregion Neiße-Nisa-Nysa

Weitere Kooperationspartner

IHK Dresden
Agentur für Arbeit Bautzen
Regionalschulamt Bautzen
Technologiezentren der Region
Oberlausitz-Niederschlesien
Regionalmanagement Oberlausitz-Niederschlesien u.v.a.

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

305.000

Testfall Kranenburg – Ländergrenzen überschreiten, realistisch planen, gemeinsam umsetzen

Die Grenzgemeinde Kranenburg versteht sich als europäische Gemeinde und orientiert sich in Richtung der niederländischen Oberzentren Nimwegen und Arnheim. Mit dem „Masterplan Grenzregion Nimwegen-Kleve“ wurde ein grenzüberschreitendes räumliches Leitbild und regionales Strukturkonzept mit strategischen Kooperationsprojekten entwickelt.

Kooperierende Kommunen

Deutschland

Kleve
Kranenburg

Niederlande

Groesbeek
Millingen
Nijmegen
Ubbergen



geschlossene Straßenverbindung „Hettsteeg“ wird wieder für den PKW-Verkehr geöffnet. Die stillgelegte Bahnstrecke Nimwegen-Kleve soll durch eine Freizeitnutzung gesichert werden, etwa als Radweg oder Draisinenstrecke. Dazu wurde von den Projektpartnern gemeinsam mit der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft NRW eine Machbarkeitsstudie beauftragt. Langfristig soll die Trasse dadurch für eine mögliche Reaktivierung des Schienenpersonenverkehrs erhalten bleiben.

Zweisprachigkeit als Potenzial

In dem Projekt „Bilinguale Sprachkompetenz“ hat die Gemeinde Kranenburg mit einer Grundschule und Kindergärten ein Konzept für bilingualen Unterricht erarbeitet. Dieses Angebot wird in Abstimmung und mit Unterstützung der niederländischen Gemeinden Ubbergen und Groesbeek angeboten. Dazu wird in Kranenburg niederländisches Fachpersonal eingesetzt.

Kontakt

Gemeindeverwaltung - Finanzabteilung
Andreas Hermsen
Tel. 02826/79-0
rathaus@kranenburg.de

Grenzen überwinden

Fünf niederländische und zwei deutsche Gemeinden wollen die Nachteile ihrer Grenzlage überwinden. Durch grenzüberschreitende Kooperation sollen die Regionalwirtschaft gestärkt und der Arbeitsmarkt verbessert werden. Ziel der Kooperation ist insbesondere der Abbau grenzbedingter Hemmnisse, etwa durch Mentalitätsunterschiede oder sprachliche Barrieren. Die Kooperation findet sowohl auf der administrativen Ebene durch regelmäßige Verwaltungsgespräche oder gemeinsame Ratsbeschlüsse als auch auf der Projektebene statt. Kranenburg ist des Weiteren Mitglied im grenzüberschreitenden Zusammenarbeitsverband Euregio Rhein-Waal.

Masterplan steuert regionale Entwicklung

Ein gemeinsamer „Masterplan Grenzregion Nimwegen-Kleve“ beinhaltet ein räumliches Leitbild. Ein regionales Strukturkonzept „Entwicklungssachse Nimwegen-Kleve“ dient als Steuerungsinstrument zur Lenkung der Suburbanisierung und Zusammenarbeit. Es beinhaltet zahlreiche strategische Projekte, etwa einen grenzüberschreitenden Landschaftspark sowie Lückenschlüsse in Straßen- und Bahnverbindungen.

Verkehrsprojekte erhöhen Durchlässigkeit

Die Planung einer neuen grenzüberschreitenden Straßenverbindung von Groesbeek nach Kranenburg wurde zwischen beiden Ländern abgestimmt und beschlossen. Die derzeit ge-

Weitere Kooperationspartner

Knooppunt Arnheim-Nijmegen
(freiwilliger Zusammenschluss
von 21 niederländischen
Kommunen)

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

252.500

Zu dritt planen: die Trinationale Agglomeration Basel

Verschiedene Gebietskörperschaften aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz in der Region Basel haben sich in einem Verein zusammengeschlossen, um die Nachteile der Grenzlage zu überwinden und den urbanen Grenzraum gemeinsam zu entwickeln.

Zukunft zu dritt – Entwicklung überwindet Grenzen

Die Gebiete im Elsass bzw. in Baden-Württemberg galten lange als Peripherieraum. Basel wurde nicht als regionales Zentrum wahrgenommen. Die grenzüberschreitende Kooperation ermöglicht es, den Agglomerationsraum als Einheit zu betrachten und die räumliche Entwicklung gemeinsam zu gestalten. Ziel der Kooperation ist daher die Minderung der für die räumliche Entwicklung hinderlichen Fragmentierung der Region. Durch einen intensiven Austausch zwischen den Beteiligten und vor allem durch abgestimmte Entwicklungsstrategien soll langfristig eine gesamtregionale Identität entwickelt werden, die neben die teilregionalen Partikularinteressen tritt.

Gesamtregionales Entwicklungskonzept

Als wichtigstes Werkzeug dient ein 2001 beschlossenes gesamtregionales Entwicklungskonzept, welches eine Reihe von Schlüsselprojekten definiert. Zu vielen dieser Projekte wurden Machbarkeitsstudien durchgeführt, einige Projekte sind bereits in der Umsetzung. So wurden etwa eine trinationale Raumbewachungsstelle basierend auf einem geographischen Informationssystem geschaffen, ein grenzüberschreitendes Freiraumkonzept entwickelt, ein Stadtentwicklungsplan für die deutsch-schweizerische Doppelstadt Rheinfelden erstellt und die Verlängerung der Basler Straßenbahn über die Staatsgrenzen hinweg untersucht. Durch die wirksame Koordination der Planungsschritte leistet die Kooperation einen Beitrag zur Kostendämpfung in den öffentlichen Haushalten, weil schlecht abgestimmte Parallelplanungen vermieden wurden und der Personaleinsatz bei den beteiligten Stellen durch die Zusammenarbeit optimiert werden konnte.

Grenzüberschreitende Traditionen und Neuland

Eine länderübergreifende Kooperation stößt dabei auf einige spezifische Schwierigkeiten, wie etwa das Fehlen einheitlicher statisti-

scher Kenngrößen und die unterschiedlichen Rechts- und Verwaltungssysteme. Die Trinationale Agglomeration Basel betritt daher mit einer gemeinsamen räumlichen Planung und Regionalentwicklung Neuland, sie kann aber an eine Tradition der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Dreiländerregion anknüpfen.



Verbindliche Strukturen und flexible Partnerschaft

Die Kooperation ist in einem Verein institutionalisiert, in dem ausschließlich Gebietskörperschaften Mitglied sind. Der Verein besitzt ein eigenes Planungsbüro mit zwei Mitarbeitern. Diese leisten vor allem Koordinationsarbeit und begleiten die Planungsprojekte. Neben der Mitgliederversammlung besteht eine fachliche Koordinationsgruppe, die Präsidentenschaft wechselt zwischen den drei beteiligten Teilräumen. Die Trinationale Agglomeration Basel konnte bereits zweimal Mittel aus dem europäischen Strukturfonds einwerben. Ab Januar 2007 geht der Verein in den Trinational Eurodistrict Basel über.

Kontakt

Agglomération Trinationale de Bâle
Landrat Walter Schneider
Tel. 0033/389670675
frederic.duvinaige@tab-atb.org
www.tab-atb.org



Kooperierende Kommunen

Deutschland

Efringen-Kirchenn
Grenzach-Wyhlen
Inzlingen
Rheinfelde
Schwörstadt
Stadt und Landkreis Lörrach
Weil am Rhein
Regionalverband Hochrhein-Bodensee

Schweiz

Kantone Basel-Stadt und
Basel Landschaft sowie weitere
2 Kantone und 23 Gemeinden

Frankreich

Région Alsace
Département du Haut-Rhin
weitere 10 Städte und Gemeinden

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

590.000



:rak – Regionaler Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler

28 Kommunen in der Region Bonn stimmen ihre räumliche Planung ab und positionieren sich länderübergreifend zu regionalen und überregionalen Themen. Darüber hinaus werden gemeinsame Untersuchungen, Konzepte und Wettbewerbe entwickelt. Eine Besonderheit interkommunaler Zusammenarbeit stellt das Engagement im Bereich Wohnungswesen dar.

Kooperierende Kommunen

Bundesstadt Bonn

Rhein-Sieg-Kreis
Alfter
Bad Honnef
Bornheim
Eitorf
Hennef (Sieg)
Königswinter
Lohmar
Meckenheim
Much
Neunkirchen-Seelscheid
Niederlassel
Rheinbach
Ruppichterath
Sankt Augustin
Siegburg
Swisttal
Troisdorf
Wachtberg
Windeck

Landkreis Ahrweiler
Bad Neuenahr-Ahrweiler
Grafschaft
Remagen
Sinzig
Adenau
Altenahr
Bad Breisig
Brohlthal

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

1 Mio.

Strukturwandel – Die Krise als Chance

Nach dem Umzugsbeschluss des Bundestages sahen sich die kreisfreie Stadt Bonn und die angrenzenden Kreise Rhein-Sieg und Ahrweiler mit insgesamt 27 Kommunen vor neue Herausforderungen gestellt. Den anstehenden Strukturwandel wollten sie gemeinsam durch

**Regionaler Arbeitskreis Entwicklung,
Planung und Verkehr
Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler**



eine abgestimmte regionale Planungs-, Struktur-, Siedlungs- und Verkehrspolitik gestalten. Der Nutzen im alltäglichen kommunalen Planungsgeschäft liegt vor allem in schnellen Abstimmungen, in der Teilhabe an gemeinsamer Außerdarstellung und auch der Realisierung gemeinsamer Projekte. Für den Erfolg sind die gewachsene Kultur der Kooperation, eine entsprechende Prozesskompetenz und persönliche Netzwerke ursächlich. Nicht zuletzt durch die intensive regionale Zusammenarbeit ist die Region seit 1991 um rd. 120.000 Einwohner auf über 1 Mio. gewachsen und hat ihre Struktur deutlich verbessert.

An einem Strang bei konfliktträchtigen Themen

Der „:rak – Regionaler Arbeitskreis Entwicklung, Planung und Verkehr Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler“ koordiniert und moderiert die Abstimmung der räumlichen Planung. Die institutionelle Regional- und Landesplanung wird dabei in den Prozess eingebunden. Ein wesentliches Ergebnis ist im Bereich Wohnungswesen u.a. die Durchführung einer Wohnungsmarktuntersuchung, die regionale Budgetierung der Wohnungsbaufördermittel (bislang nur für NRW) und aktuell die Fortschreibung eines regionalen Wohnungsbaukonzeptes. Im Bereich Einzelhandel gelang die Erarbeitung eines regionalen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes. Die darauf aufbauenden Grundsätze und Verfahren sind bislang von 24 Kommunen der

Region als Basis für die weitere Einzelhandelsentwicklung vertraglich vereinbart worden. Für die Öffentlichkeitsarbeit und das Regionalmarketing gibt es einen gemeinsamen Internetauftritt.

Fünf „Rheinische Regeln für freiwillige interkommunale Kooperation“

Es wurde eine freiwillige Kooperation in Form eines Arbeitskreises gewählt. Ein Kooperationsvertrag regelt die Ziele, die Mitgliedschaft, die Arbeitsstrukturen und die Finanzierung des Arbeitskreises. Die Geschäftsstelle wechselt in zweijährigem Turnus zwischen den Vertragspartnern. Die fünf sog. „Rheinischen Regeln für freiwillige interkommunale Kooperation“ bilden die Grundlage der Zusammenarbeit: Flexibilität im Zuschnitt der Projekte, lösbare Aufgaben, konzertierte Eigenständigkeit, produktive Konflikte und externe Moderation für komplexe Probleme. Je nach Themenfeld und Bedarf werden Akteure unterschiedlicher Themenfelder, externe Experten, Vertreter aus angrenzenden Gebietskörperschaften oder den übergeordneten Planungsebenen einbezogen.

Kontakt

Geschäftsstelle :rak
c/o Stadt Bonn
Amt 61 - Stadtplanungsamt
Michael Isselmann
Tel. 0228/77-3784
michael.isselmann@bonn.de
www.wohnregion-bonn.de



Regionales Einzelhandelskonzept Östliches Ruhrgebiet

Im östlichen Ruhrgebiet wird der großflächige Einzelhandel durch ein regionales Einzelhandelskonzept gesteuert. Eine von 19 Städten und Gemeinden unterzeichnete Vereinbarung enthält die Selbstverpflichtung, konfliktträchtige Einzelhandelsvorhaben in einem kooperativen Verfahren abzustimmen. Ziel des Konzeptes ist eine koordinierte Ansiedlungsplanung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben in der Region, die ein übergroßes Angebot vermeiden soll.



Standortentwicklung steuern

Die Kommunen im Ruhrgebiet sahen sich vor das Problem einer Verlagerung des großflächigen Einzelhandels aus den Zentren auf die „Grüne Wiese“ gestellt. Dies gefährdete zunehmend die Entwicklung des Einzelhandels in den kommunalen Zentren selbst. Daher beauftragten eine Reihe von Städten und Gemeinden im östlichen Ruhrgebiet zusammen mit den entsprechenden Landkreisen, Bezirksregierungen und Industrie- und Handelskammern einen Gutachter mit der Entwicklung eines gemeindefübergreifenden Konzeptes zur gemeinsamen Regelung der Einzelhandelsentwicklung. Das regionale Einzelhandelskonzept wurde von allen kommunalen Räten als Grundlage der gemeinsamen Arbeit beschlossen.

Prozesse beschleunigen – Konflikte gemeinsam lösen

Die Städte verpflichten sich zur gegenseitigen Information über Einzelhandelsvorhaben, zum Datenaustausch und zur Erörterung konfliktträchtiger Projekte mit dem Ziel eines regionalen Konsenses, der planungsrechtlich umgesetzt wird. Durch die Kooperation der beteiligten Kommunen wird das staatliche Steuerungssystem der Landes- und Regionalplanung um ein kooperatives Steuerungsinstrument – im Geiste einer solidarischen Selbstverpflichtung – auf regionaler Ebene sinnvoll ergänzt. Durch die projektbezogene Abstimmung untereinander sind bereits vier größere konfliktträchtige Vorhaben modifiziert worden, zwei weitere wurden von den Investoren eingestellt. Daneben wurde eine Vielzahl

von größeren und kleineren Vorhaben einvernehmlich untereinander abgestimmt. Die jeweiligen Vereinbarungen bewirken eine Prozessbeschleunigung bei den Abstimmungen mit der Bezirksregierung. In städtebaulicher Hinsicht konnte bereits eine besser geordnete Einzelhandelsentwicklung mit stärkerer Hinwendung auf gewachsene Zentren bewirkt werden. Gegenüber Investoren wurden deren Möglichkeiten, Städte und Standorte gegeneinander auszuspielen, deutlich begrenzt. Andererseits erhöhte sich die Planungs- und Rechtssicherheit für Investoren, und Verfahren konnten beschleunigt werden. Für die Bereitstellung und den Austausch von einzelhandelsrelevanten Daten wurde eine gemeinsame Datenbank eingerichtet, auf die alle beteiligten Kommunen Zugriff haben.

Kooperation nach Vereinbarung

Ein Arbeitskreis mit Vertretern der Kommunen, der Bezirksregierung, der Industrie- und Handelskammern und des Einzelhandelsverbandes trifft sich viermal im Jahr und stimmt Vorhaben konsensual ab. Die Kooperation wird durch die bereits existierende Geschäftsstelle der Interkommunalen Zusammenarbeit der Planungsdezernenten (IKZ) unterstützt, die bei der Stadt Dortmund angesiedelt ist. So entstehen lediglich Sachkosten für das Gutachten bzw. dessen Fortschreibung und für die Datenpflege der umlagefinanzierten Datenbank. Das Gutachten bzw. dessen Fortschreibung wurde zu jeweils über 50% durch das Land NRW, die beteiligten Industrie- und Handelskammern sowie den Einzelhandelsverband gefördert. Das Einzelhandelskonzept wird zur Zeit mit vier neuen kommunalen Partnern fortgeschrieben.

Kontakt

Stadtplanungsamt Hamm
Heinz-Martin Muhle
Tel. 02381/17-4131
muhle@stadt.hamm.de
www.rehk-ruhr.de

Kooperierende Kommunen

Bergkamen
Bochum
Bönen
Castrop-Rauxel
Datteln
Dortmund
Fröndenberg
Hagen
Hamm
Hattingen
Herdecke
Herne
Holzwickede
Kamen
Lünen
Schwerte
Selm
Unna
Waltrrop
Werl
Werne
Wetter
Witten

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

2 Mio.

Regionales Einzelhandelskonzept Ostwestfalen-Lippe

Von insgesamt 70 Städten und Gemeinden des Regierungsbezirkes Detmold beteiligten sich 56 Kommunen an der Erarbeitung eines Regionalen Einzelhandelskonzeptes zur Steuerung des Einzelhandels in der Region. Dieses Konzept bildet die Grundlage für die Beurteilung von Einzelhandelsvorhaben und hat zur Verfahrensbeschleunigung beigetragen.

Kooperierende Kommunen

Bielefeld

Kreise

Gütersloh

Herford

Höxter

Lippe

Minden-Lübbecke

Paderborn

Einwohnerzahl des

Kooperationsraumes

2 Mio.

Großflächiger Einzelhandel gefährdet gewachsene Standorte

Der Regierungsbezirk Ostwestfalen-Lippe ist durch eine heterogene Gemeindestruktur gekennzeichnet. Rund 70 Städte und Gemeinden umgeben die beiden Oberzentren Bielefeld und Paderborn. Die Kommunen haben erkannt, dass die Instrumente der Bauleit- und Landesplanung nicht ausreichen, um im Wettlauf um die Kaufkraft zu bestehen. Wenn eine Kommune aus städtebaulichen Gründen auf die Ansiedelung großflächiger Einzelhandelsbetriebe verzichtete, musste sie davon ausgehen, dass die Nachbarkommunen den Wünschen der Projektentwickler nachgaben. So waren die traditionellen Einkaufsbereiche in den Innenstädten vielerorts gefährdet.

Initiative der Einzelhandelsverbände

Ende der 1990er Jahre organisierten der Einzelhandelsverband und die Handelskammern gemeinsam mit dem zuständigen Ministerium eine Veranstaltung zur Zukunft des Einzelhandels in der Region. Dadurch entstand die Idee, einen regionalen Konsens zu entwickeln, der zukünftig die Grundlage für die Ansiedelung neuer Einzelhandelsbetriebe bilden sollte. Nach umfangreicher Abstimmung ließen die beteiligten Gemeinden ein Gutachten erarbeiten, das die regionalen Angebots- und Nachfragestrukturen des Einzelhandels detailliert analysierte und wichtige Entscheidungsgrundlagen bot.

Begleitung durch Verwaltungsspitzen

Die Erarbeitung des Gutachtens wurde von einem Lenkungskreis begleitet, der sich aus Landräten, Bürgermeistern, Vertretern der Wirtschaft und der Bezirksregierung zusammensetzte und die wichtigsten Entscheidungen traf. Zwischenergebnisse wurden in unterschiedlichen Gremien präsentiert, diskutiert und modifiziert. Das Gutachten wurde von allen beteiligten Bürgermeistern unterzeichnet. Die Finanzierung des Gutachtens wurde zu 80% vom Land NRW übernommen, zu 10%

vom EHV und den IHKs und zu 10% von den beteiligten Gemeinden.

Verfahrensbeschleunigung

Auf Grundlage des Gutachtens wurden Prüfkriterien und Prüfschemata für unterschiedliche Vertriebsformen entwickelt, die von den Gemeinden zur Beurteilung von Einzelhandelsvorhaben seit zwei Jahren erfolgreich angewendet werden. Dadurch kann die landesplanerische Abstimmung eines Projektes auf zwei Wochen verkürzt werden, falls es sich nach dem Prüfverfahren als regionalverträglich erweist und somit den regionalen Konsens erreicht. Wird dieser nicht erreicht, greift das formelle landesplanerische Abstimmungsverfahren.

Hohe Transparenz und Akzeptanz

Um die Transparenz über die örtliche Situation des Einzelhandels zu verbessern, wurde parallel zu den Prüfschemata der im Internet abrufbare „Einzelhandelsatlas Ostwestfalen-Lippe“ erarbeitet, welcher detaillierte Informationen zum Einzelhandel und seinen Standorten in der Region enthält. Er wird regelmäßig unter Beteiligung der IHKs und der Kommunen fortgeschrieben. Eine Befragung der Kommunen ergab, dass das Einzelhandelskonzept mittlerweile von den meisten Beteiligten – trotz anfänglicher Zweifel – als deutliche Verbesserung der Situation akzeptiert wird. Etwa die Hälfte der Kommunen haben das Gutachten zum Anlass genommen, zusätzlich kommunale Einzelhandelskonzepte erarbeiten zu lassen.

Kontakt

Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld
Markus Lehrmann
Tel. 0521/554-234
m.lehrmann@bielefeld.ihk.de
www.einzelhandelsatlas-owl.de



Städtedreieck am Saalebogen – Integrierte Standortentwicklung in kommunaler Kooperation

Um brachgefallene Industrie- und Militärfächen zu aktivieren, kooperieren drei thüringische Städte am Saalebogen. Ein gemeinsames Regionales Entwicklungskonzept bildete die Basis für den Kooperationsvertrag, auf dessen Grundlage bereits zahlreiche Projekte im zentralen Handlungsfeld „Integrierte Standortentwicklung auf brachgefallenen Flächen“ umgesetzt wurden.

Kooperation erhöht Erfolgsaussichten

Die räumliche Nähe der drei Städte, eine in etwa gleich gelagerte Problemstellung nach der Wiedervereinigung (Arbeitsplatzverluste, Bevölkerungsrückgang, Industriebrachen) und die Erkenntnis, bei Problemlösungen jeweils um vergleichbare Projekte, Fördermittel und Investoren zu konkurrieren, waren ausschlaggebend für die Bereitschaft zur Kooperation. In Konkurrenz gegeneinander waren die drängenden wirtschaftlichen Strukturprobleme nicht zu lösen. Erfolgversprechender war vielmehr, eine integrierte Standortentwicklung auf brachgefallenen Flächen in Kooperation miteinander zu versuchen.

Brachen für Entwicklung nutzen

Seit Beginn der Umsetzungsphase 1997 sind über 200 ha Flächen einer neuen Nutzung zugeführt worden. Dabei sind auf den ehemaligen Industrieflächen zum Teil vorhandene Industriebetriebe erneuert worden und neue Betriebe entstanden. Ehemalige militärische Flächen wurden für Wohn-, Dienstleistungs- und Einzelhandelszwecke umgenutzt. Dadurch ist die Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen im Städtedreieck insgesamt deutlich geringer gestiegen als im übrigen Thüringen.

Erfolg schweißt zusammen

Die drei Städte wurden als einzige Städtekooperation in die „Thüringer Innenstadttinitiative“ aufgenommen. In der Folge erhielten sie eine besondere Sanierungsförderung, mit deren Hilfe verschiedene innerstädtische Projekte (ein Spaßbad, die Sanierung einer Stadthalle, ein ICE-Haltepunkt) umgesetzt wurden. Die Kooperation unterliegt einer regelmäßigen jährlichen Evaluierung durch eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des Thüringer Ministeriums für Bau und Verkehr. Gegenstand der Evaluierung ist auch eine Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen, die bislang immer den deutlichen Nutzen der Kooperation belegt.

Eigenfinanzierung nach Ablauf der Förderung

Grundlage der Kooperation ist ein Vertrag zur kommunalen Arbeitsgemeinschaft. Oberstes Entscheidungsgremium ist der Rat der Bürgermeister, dessen Entscheidungen einstimmig gefasst werden müssen. Die Vorbereitung der Umsetzung von Maßnahmen erfolgt durch eine zentrale Arbeitsgruppe, der leitende Verwaltungsmitarbeiter sowie die mit dem Regionalmanagement beauftragte Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen (LEG) angehören. Themenbezogene Arbeitsgruppen (z.B. Verkehr, Wandertag etc.), in die bei Bedarf auch Externe einbezogen werden, übernehmen die Umsetzung der Projekte. Die Finanzierung der Kooperation und der Projekte erfolgt anteilig nach Einwohnern. Das Regionalmanagement wurde bis einschließlich 2005 vom Land Thüringen gefördert, nach Beendigung der Förderung wird es von den Kommunen finanziert.

Kontakt

Städteverbund
„Städtedreieck am Saalebogen“
Bürgermeister Matthias Graul
Tel. 03671/598202
buergemeister@stadt-saalfeld.de
www.saalebogen.de



Kooperierende Kommunen

Bad Blankenburg

Rudolstadt

Saalfeld

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

61.800



Städtenetz EXPO-Region – Konsensprojekt großflächiger Einzelhandel im erweiterten Wirtschaftsraum Hannover

Um möglichen Konflikten bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe vorzubeugen, hat das Städtenetz EXPO-Region gemeinsam mit den Landkreisen als Träger der Regionalplanung ein Forum zur Stadt- und Regionalplanung gegründet. In dessen Rahmen werden nach einer Analyse der regionalen Einzelhandelssituation konkrete Ansiedlungsvorhaben in sog. Konsensgesprächen mit allen Beteiligten erörtert.

Kooperierende Kommunen

Celle
Hameln
Hannover
Hildesheim
Nienburg
Peine
Stadthagen
Walsrode

Landkreise

Celle
Hameln-Pyrmont
Hildesheim
Nienburg
Peine
Schaumburg
Zweckverband Großraum
Braunschweig
Region Hannover

Weitere Kooperationspartner

Einzelhandelsverband
Industrie- und Handelskammern

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

2,2 Mio.

Vom ExWoSt-Städtenetz zum Einzelhandelskonzept

Das Städtenetz EXPO-Region geht aus dem Modellvorhaben des ExWoSt-Forschungsfeldes „Städtenetz“ hervor. Der Arbeitskreis „Flächenmanagement“ des Städtenetzes hat ein „Forum zur Stadt- und Regionalplanung im erweiterten Wirtschaftsraum Hannover“ initiiert, an dem neben den acht beteiligten Städten und der Region Hannover auch sieben Landkreise und der Zweckverband Großraum Braunschweig teilnehmen. Schwerpunkt des Forums ist das „Konsensprojekt großflächiger Einzelhandel“. Das Projekt will interkommunale Konkurrenzkämpfen entgegenwirken, um regional tragfähige Lösungen zu entwickeln. Das Ziel ist eine interkommunale Verständigung im Vorfeld der formellen Verfahren bei der Planung von Einzelhandelsprojekten.

Freiwilliges Anhörungsverfahren

Zu Beginn der Kooperation wurde ein regionales Einzelhandelsgutachten mit einer Bestandsaufnahme und der Identifizierung von Problemstandorten erarbeitet. Für zukünftig geplante großflächige Einzelhandelsprojekte wurde ein freiwilliges Abstimmungs- und Moderationsverfahren konzipiert. Bislang wurden in vier Fällen „Konsensgespräche“ durchgeführt. Beteiligt sind die federführende Untere Landesplanungsbehörde, die betroffenen Gemeinden, die Nachbarlandkreise, die Industrie- und Handelskammern, der Einzelhandelsverband und die Landesregierung. Ergebnis des Verfahrens ist eine Handlungsempfehlung für die Ansiedlungskommune und die Untere Landesplanungsbehörde. Derzeit wird ein Einzelhandelskataster als kontinuierliches Beobachtungssystem aufgebaut. Insgesamt trägt das „Konsensprojekt großflächiger Einzelhandel“ zur Konfliktentschärfung bei. Durch die Vermeidung von Blockaden konnten die formellen Verfahren beschleunigt und die Planungssicherheit erhöht werden.

Beteiligung von Einzelhandelsverband und IHK

Die inhaltliche Arbeit im Städtenetz EXPO-Region wird in den fünf Arbeitskreisen „Internet“, „Nachhaltige Entwicklung“, „Verkehr“, „Kultur“ sowie „Flächenmanagement“ durchgeführt. Der für das „Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel“ verantwortliche Arbeitskreis „Flächenmanagement“ besteht seit zehn Jahren und tagt etwa sechsmal im Jahr. Mitglieder sind Verwaltungsvertreter aus den Bereichen der Stadtentwicklung aller Städte des Städtenetzes. Beim „Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel“ sind zusätzlich die benachbarten Landkreise, der Zweckverband Großraum Braunschweig, die Region Hannover und der Einzelhandelsverband sowie die Industrie- und Handelskammern beteiligt.



Kontakt (allgemein)

Stadt Celle
Geschäftsstelle Städtenetz EXPO-Region
Kerstin Klein
Tel. 05141/12-312
kerstin.klein@celle.de
www.expo-staedtenetz.de

zum Konsensprojekt

Stadt Hameln
Arbeitskreis Flächenmanagement
Wolfgang Kaiser
Tel: 05151/2021481
kaiser@hameln.de

Stadt-Umland-Kooperation Berlin und Nachbarn

Das „Kommunale Nachbarschaftsforum“ beschäftigt sich mit der räumlichen Entwicklung des Stadt-Umland-Raumes. Es ist als länderübergreifende Plattform für den Kernraum der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in vier Arbeitsgemeinschaften organisiert. Neben umfassenden teilräumlichen Konzepten zur Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsentwicklung sind Projekte in den Themenfeldern Kulturlandschaft, Naherholung und Tourismus entstanden.

Initiative der gemeinsamen Landesplanung

Die Wende und die damit verbundenen nachholenden Suburbanisierungsprozesse führten Anfang der 1990er Jahre in Berlin und seinem Umland zu einer nahezu beispiellosen räumlichen Dynamik, die teilweise von massiven Interessensgegensätzen der beteiligten Gebietskörperschaften gekennzeichnet war. Dennoch begann bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein Annäherungsprozess in informellen nachbarschaftlichen Planer-Runden sowie in kommunalen Arbeitsgemeinschaften. Um den meinungsbildenden Dialog und das Vertrauen zwischen den verschiedenen Akteuren des Stadt-Umland-Raumes zu intensivieren und zu verstetigen, bildete sich aus bestehenden Kooperationsformen im Jahr 1996 das „Kommunale Nachbarschaftsforum“.

Informationsaustausch und gemeinsame Projekte

Wesentliche Anliegen dieser Kooperation ist der Austausch und die Abstimmung über aktuelle Planungs- und Entwicklungsfragen sowie sektorale und raumrelevante Planungsthemen. Das Verständnis über teilräumliche Zusammenhänge soll gefördert werden und ein gemeinsames Problembewusstsein entstehen. Seit Beginn der Kooperation wurden insgesamt elf räumliche Strukturkonzepte in verschiedenen Teilräumen erarbeitet. Auf der Basis dieser Konzepte wurden Projekte zur Verbesserung der Naherholungsmöglichkeiten (Wegenetze, Freizeitkarten, Freiraumaufwertung, Ausschilderung, Aktionstage, Kulturkalender), zur Landschaftsentwicklung (Ökokonto, Freiraumkonzepte, Entwicklung von Parklandschaften) sowie zur Siedlungsentwicklung (Aufwertung von Bahnhofsumfeldern, Umlenkung der Entwicklung in den Bestand, Vorbereitung für die Bauleitplanung, Wettbewerbe) umgesetzt. Ergänzend haben sich die Arbeitsgruppen auch mit konfliktreichen Themen, wie der Entwicklung des Einzelhandels oder des Verkehrs, befasst und dazu „Entschlüsse“ getroffen,

die als Instrument der Einflussnahme auf lokale Planungen dienen sollen.

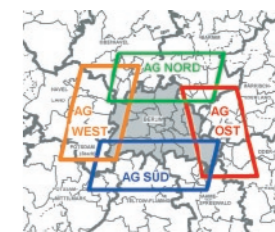
Bezirke kooperieren eigenständig mit Umlandgemeinden

Insgesamt arbeiten im „Kommunalen Nachbarschaftsforum“ die neun Berliner Außenstadtbezirke sowie neun brandenburgische Kreise mit 45 Städten und Gemeinden zusammen. Maßgeblich beteiligt sind außerdem die fünf regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg sowie die gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg. Die Mitglieder der vier Arbeitsgemeinschaften werden in der Regel durch die Bürgermeister, Dezernenten und Berliner Bezirksstadträte vertreten. Themenbezogen nehmen auch Vertreter aus Wirtschaft oder Verbänden (z.B. Tourismus, Naturschutz) teil. Koordiniert wird die Kooperation durch die Geschäftsstelle beim Senator für Stadtentwicklung in Berlin, die über einen eigenen Etat verfügt, mit dem Projekte unterstützt werden. Diese werden auf lokaler Ebene umgesetzt und durch Eigenmittel der Kommunen finanziert. Zur Projektrealisierung haben sich in sieben Teilräumen kommunale Arbeitsgemeinschaften gegründet. Die auf Dauer angelegte Kooperation, die auf gleicher Augenhöhe zwischen den beteiligten Umlandgemeinden und den Berliner Randbezirken stattfindet, hat das Verständnis für die Probleme der Partner sowie das gemeinsame Verantwortungsgefühl für die Entwicklung des Teilraums wachsen lassen.

Kontakt

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Michael Künzel
Tel. 030/9025-1202
michael.kuenzel@senstadt.verwalt-berlin.de

Kooperierende Kommunen



AG Nord:

drei Brandenburger Stadt- und Landkreise, vier Berliner Bezirke
elf Städte und Gemeinden

AG Ost:

drei Brandenburger Stadt- und Landkreise, drei Berliner Bezirke
fünfzehn Städte und Gemeinden

AG Süd:

drei Brandenburger Stadt- und Landkreise, die Landeshauptstadt Potsdam, vier Berliner Bezirke, dreizehn Städte und Gemeinden

AG West:

zwei Brandenburger Stadt- und Landkreise, die Landeshauptstadt Potsdam, zwei Berliner Bezirke, neun Städte und Gemeinden

In allen Arbeitsgemeinschaften arbeiten außerdem Vertreter der Wirtschaft, von Verbänden und Vereinen mit.

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

< 4 Mio. (über 60 % der Länder
Berlin und Brandenburg)

Vorsorgender Hochwasserschutz in der Region Starkenburg

Fünf Landkreise und sieben Städte und Gemeinden haben sich zu einer Verantwortungspartnerschaft beim vorsorgenden Hochwasserschutz zusammengeschlossen. Durch Beteiligung von Fachleuten sollen der Informationsstand der lokalen Akteure verbessert und konkrete Projekte angestoßen werden.

Kooperierende Kommunen

Erbach
Erzhausen
Lampertheim
Reinheim
Riedstadt
Rimbach
Trebur
Landkreise
Bergstraße
Darmstadt-Dieburg
Groß-Gerau
Odenwaldkreis
Offenbach

Weitere Kooperationspartner

Wasserverband Schwarzbach-
gebiet-Ried
Gewässerverband Bergstraße
Wasserverband Mümling/Gersprenz
Regierungspräsidium Darmstadt

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

1,3 Mio.

Universität koordiniert und begleitet Initiative

Seit 2004 arbeiten verschiedene Kommunen der Region Starkenburg mit Wasserbehörden und -verbänden mit dem Ziel zusammen, alle relevanten Akteure zu einem gemeinsamen und abgestimmten Handeln für einen vorsorgenden Hochwasserschutz zu bewegen. Die Technische Universität Darmstadt, Fachgebiet Umwelt- und Raumplanung, wurde mit der Konzeptionierung, Moderation und wissenschaftlichen Begleitung des Projektes beauftragt. Die Initiative ist als dreijähriges Pilotprojekt (2003-2006) an dem durch Interreg IIB geförderten Projekt „Freude am Fluss“ beteiligt. Für die Akteure bietet das Projekt neben dem Informationszuwachs Gelegenheit zum Austausch mit den Nachbarkommunen und zur Abstimmung konkreter Projekte.

Verantwortungspartnerschaft

Die beteiligten Akteure haben sich zu einer „Verantwortungspartnerschaft“ zusammengeschlossen. Es wurde eine Auftaktveranstaltung mit rund 70 Akteuren aus Politik, Praxis und Wissenschaft durchgeführt. Durch Umfragen erfolgte eine Bestandsaufnahme der geplanten und durchgeführten Retentionsmaßnahmen in der Region. Hieraus wurde eine Karte als Informations- und Entscheidungsgrundlage erstellt. Es wurde eine Wanderausstellung und ein Informationsfaltblatt zur Hochwassersvorsorge für Betroffene entwickelt. Vor Ort wurden themenbezogene Veranstaltungen und Exkursionen mit lokalen und regionalen Akteuren durchgeführt. Eine „Checkliste Bauleitplanung“ hilft beim Umgang mit Siedlungsflächen in Überschwemmungsgebieten. Zwischenergebnisse des Projektes wurden auf europäischen „Freude am Fluss“-Konferenzen präsentiert.

Fachkonferenz und Arbeitsgruppen

Die Festlegung der Organisation erfolgte gemeinsam im Rahmen einer Fachkonferenz. Es wurden eine regionale Arbeitsgruppe und



drei Untergruppen zu den Themen Information, Nebengewässer und Siedlungsflächen gegründet. Neben der Koordination durch die TU Darmstadt erfolgte ein Austausch mit Gremien der Region Starkenburg sowie eine Unterstützung durch das Regionalbüro. Finanziell wird das Projekt im dreijährigen Förderzeitraum zu 50% durch die EU bezuschusst. Ab Herbst 2006 ist eine eigenverantwortliche Fortführung des Netzwerkes auch ohne Unterstützung durch die TU Darmstadt vorgesehen. Die Koordination übernimmt das Regionalbüro Starkenburg.

Kontakt

Technische Universität Darmstadt
Institut WAR - FG Umwelt- und Raumplanung
Dagmar Cohrs
Tel. 06151/16-3148
d.cohrs@iwar.tu-darmstadt.de

Regionalbüro Starkenburg
Dr. Andreas Schenkel
Tel. 06151/ 360 56 88
regionalbuero@starkenbourg.de
www.starkenbourg.de/pilotprojekt.html

Wir 4 – Interkommunale Zusammenarbeit im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach

Mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung nutzen die Städte im Großraum Nürnberg systematisch die Möglichkeiten der Verwaltungszusammenarbeit. Die hieraus entstandenen Kooperationen haben bereits wesentliche Einspareffekte erzielt.

Systematische Prüfung der Verwaltungszusammenarbeit

Bereits seit Ende der 80er Jahre organisieren die vier Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach gemeinsam kulturelle Großprojekte, vertreten die Städte der Wirtschaftsregion nach außen und pflegen den fachlichen Austausch zwischen Dienststellen. Angetrieben vom Ziel der Haushaltskonsolidierung wurde die gemeinsame Verwaltungszusammenarbeit systematisch intensiviert. Die Grundlage bildete die Prüfung von fünfzehn potenziellen Themenfeldern der Verwaltungszusammenarbeit durch eine externe Consultingfirma, welche die Kenntnisse über die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen verbesserte und innerhalb kurzer Zeit zu Projektkonkretisierungen führte.

Vielfältige Kooperationsfelder

Alle Kooperationspartner beteiligten sich an der Bildung von gemeinsamen Leistungsverzeichnissen zum Bauunterhalt, an der Erstellung eines regionalen Fortbildungsprogramms, an städteübergreifenden Stellenausschreibungen sowie einer Studie zur Entwicklung eines gemeinsamen IT-Kommunalunternehmens. Sie haben einen internen Stellenmarkt eröffnet. Die Städte Fürth, Erlangen und Schwabach führen gemeinsam Gewerbesteueraußenprüfungen durch. Nürnberg unterhält mit Erlangen ein gemeinsames Beihilfecenter und mit Fürth ein gemeinsames statistisches Amt.

Einspareffekte

Zunächst entstanden durch die Kooperation hohe Koordinierungskosten, die sich jedoch innerhalb kurzer Zeit schnell amortisierten. Bisher wurden aus vier Projekten jährliche Einsparungen von ca. 400.000 Euro und einmalige Erträge von insgesamt ca. 2,7 Mio. Euro erzielt. Die Kosten und Erträge der Kooperation werden nach festgelegtem Schlüssel unter den Städten aufgeteilt. Die Verteilung ist so organisiert, dass dauerhafte Einsparungen, egal an welcher Stelle und bei welchem beteiligten Partner sie anfallen, für die Dauer von zehn



Kooperierende Kommunen

Erlangen
Fürth
Nürnberg
Schwabach

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

750.000

Steuerung ist Chefsache

Vertragliche Basis ist eine von den Oberbürgermeistern und Gesamtpersonalratsvorsitzenden der Städte unterschriebene Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit, die durch eine Verwaltungsvereinbarung konkretisiert wurde. Weitere Vereinbarungen entstanden im Zusammenhang mit Einzelprojekten. Die Oberbürgermeister bilden zusammen mit den Personalratsvorsitzenden und vier weiteren Vertretern der Städte eine Lenkungsgruppe. Diese setzt sich etwa viermal im Jahr zusammen, trifft die wichtigsten Entscheidungen oder leitet diese an die Stadträte weiter. Die Koordination übernimmt ein Koordinationsteam mit jeweils einem Vertreter pro Stadt, das von der mit 1,5 Stellen besetzten Gesamtprojektkoordination unterstützt wird. Die Umsetzung der Projekte erfolgte durch Projektgruppen, entsprechend der Themenbereiche. Dabei teilten sich alle vier Städte die Federführung für einzelne Projekte.

Kontakt

IZ-Projektbüro
Dr. Georg Leipold
Tel. 09131/862349
georg.leipold@stadt.nuernberg.de

Zukunftsregion Sontra-Nentershausen-Herleshausen Regionaler Gewerbeflächenpool

Die Stadt Sontra, die Gemeinde Herleshausen aus dem Werra-Meißner-Kreis sowie die Gemeinde Nentershausen aus dem Kreis Hersfeld-Rotenburg haben anlässlich der Schließung eines Bundeswehrstandortes, dessen Fläche sich überwiegend auf dem Gebiet der Stadt Sontra befindet, einen Gewerbeflächenpool entwickelt.

Kooperierende Kommunen

Herleshausen
Nentershausen
Sontra

(Ab dem 01.01.2007 werden der Landkreis Hersfeld-Rotenburg und der Werra-Meißner-Kreis dem Zweckverband beitreten)

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

14.800

Abwasserentsorgung machte Kooperation erforderlich



Die Idee eines Gewerbeflächenpools entstand aus der Zusammenarbeit bei der Abwasserentsorgung. Während in der Stadt Sontra aufgrund der Schließung eines Bundeswehrstandortes und eines großen Gewerbebetriebes die Kläranlage deutlich unterausgelastet war, wurde in den anderen Gemeinden eine Erneuerung der Abwasserentsorgungsanlagen aufgrund einer neuen EU-Richtlinie erforderlich. Mit dem Ausbau der Kläranlage Sontra und dem Anschluss der Nachbargemeinden wurde der Grundstein für die interkommunale Zusammenarbeit gelegt.

Gewinn durch Verzicht

Hauptgegenstand der Kooperation ist jedoch die Anlage eines neuen Gewerbegebietes auf dem Standort der ehemaligen Kaserne Sontra, die sich zu Teilen auch auf der Gemarkung Nentershausen befindet. Die Gesamtgröße der Entwicklungsfläche beträgt ca. 80 Hektar. Innerhalb kürzester Zeit beschlossen die beiden Kommunen und die Nachbargemeinde Herleshausen, ein gemeinsames Gewerbegebiet zu entwickeln. Die Gemeinden verzichteten zugunsten dieses Standortes auf bereits ausgewiesene Gewerbeflächen bzw. auf geplante konkurrierende Einzelstandorte. Grundlage der Entwicklung bildet ein gemeinsames Gewerbeflächenkonzept, in das alle vorhandenen geeigneten Gewerbeflächen der Gemeinden in Form eines Pools einfließen.

Ausweitung auf Siedlungsflächen

Mit der Konversion des ehemaligen Bundeswehrstandortes bewarben sich die Gemeinden erfolgreich beim hessischen „Stadtumbau West“-Programm. Das Ziel des Stadtumbaus umfasst neben der Gewerbeflächenentwicklung auch die zukünftige Abstimmung der Siedlungsflächenentwicklung. Dies erfordert, zugunsten von Bestandsqualifizierungen auf zusätzliche Baulandausweisungen zu verzichten.

Zweckverband setzt Planung um

Mit finanzieller Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wurden Vorstudien für die Konversion aufgestellt. Auf dieser Grundlage wurde ein Zweckverband zur Entwicklung der Gewerbeflächen gegründet. Die Erarbeitung der Verbandssatzung erfolgte durch die Bürgermeister unter Beratung der Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung der beteiligten Kreise. Der Zweckverband wird anteilig nach den Einwohnerzahlen von den Gemeinden getragen. Die Satzung enthält Regelungen zum Vorteils-/Nachteilsausgleich bezüglich der Aufgabenverteilung und zu finanziellen Entschädigungen. Es wird sowohl eine räumliche Ausdehnung der Kooperation auf zwei Nachbargemeinden angestrebt als auch eine inhaltliche Ausdehnung der Kooperation auf weitere Themenfelder wie Verwaltungszusammenarbeit und Tourismus.

Kontakt

Stadt Sontra
Sigrid Ermisch-Knabe
Tel. 05653/9777-20
sigrid.ermisch-knabe@sontra.de

Zweckverband „Linkes Weserufer“ – Gemeinsamkeit macht stark

Drei kleine Gemeinden fühlen sich gemeinsam den wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen besser gewappnet. Durch die Zusammenlegung von zentralen Aufgaben werden Kosten gespart und Kompetenzen gebündelt. Die eingesparten Mittel werden in eine gemeinsame Wirtschafts- und Tourismusförderung investiert.

Finanzierung durch Einsparungen

Die Samtgemeinden Liebenau und Marklohe und der Flecken Steyerberg sind drei überwiegend ländlich strukturierte kommunale Körperschaften in der Mitte Niedersachsens zwischen Hannover und Bremen. Alle Kommunen sind als Grundzentrum eingestuft. Eine vom Land Niedersachsen finanziell geförderte Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie half, die Handlungsfelder interkommunaler Zusammenarbeit zu identifizieren, die für Kooperationen geeignet erschienen und hohes Einsparpotenzial versprachen. Im Ergebnis wurden unter dem Dach eines neu gegründeten Zweckverbandes eine gemeinsame Personalbewirtschaftung und eine gemeinschaftliche Unterhaltung und Bewirtschaftung von Immobilien realisiert. Durch die Zusammenlegung der Verwaltungseinheiten entstanden hierfür zwei sogenannte Serviceeinheiten für Personal und Immobilien. Zwischenzeitlich hat auch eine Zusammenlegung der Bauhöfe stattgefunden. So konnten nicht nur Mittel eingespart werden, sondern die Kompetenzen aller Mitarbeiter kommen nun allen Kooperationspartnern zugute.

Kompetenzen für Wachstum stärken

Die Zielsetzung der Gemeinden war es, die Kompetenzen und Potenziale für Wachstum und Beschäftigung zu stärken. Daher beschlossen die Kommunen, die durch die Kooperation eingesparten Mittel zu reinvestieren. Sie stellten einen gemeinsamen Mitarbeiter zur Wirtschaftsförderung sowie zur Entwicklung und Förderung des Tourismus ein. Durch die Bildung dieser Kooperation soll es gelingen, die Standards der Daseinsvorsorge unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung zu erhalten.

Kooperation lebt durch die Mitarbeiter

Die schnelle Gründung des Zweckverbandes innerhalb von weniger als zwei Jahren wurde durch eine frühzeitige und enge Zusammenarbeit mit den politischen Gremien sowie den



Kooperierende Kommunen

Samtgemeinde Liebenau
Samtgemeinde Marklohe
Flecken Steyerberg
Landkreis Nienburg/Weser –
Mittelweserraum

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

20.400

betroffenen Mitarbeitern ermöglicht. Es wurde von Anfang an informiert, diskutiert und motiviert, sich aktiv einzubringen. Durch diese Transparenz im Vorgehen konnten wesentliche Bedenken und Ängste abgebaut werden, so dass eine erfolgreiche Umsetzung möglich wurde.

Eine gemeinsame Doppik ist beschlossen. Die Zusammenlegung der Datenverarbeitung steht bevor.

Kontakt

Zweckverband „Linkes Weserufer“
Samtgemeindebürgermeister Walter Eisner
Tel. 05023/29-21
we@liebenau.com

Zweckverband Entwicklungsgemeinschaft Altenholz-Dänischenhagen-Kiel

Die Stadt Kiel entwickelt außerhalb ihres Stadtgebietes gemeinsam mit zwei Nachbargemeinden ein neues Gewerbegebiet. Darüber hinaus entwickeln diese Kommunen ein interkommunales Wohngebiet mit hoher Wohnqualität und einem Nahversorgungszentrum zur Vermarktung von Gütern des täglichen Bedarfs. Sämtliche Steuereinnahmen aus dem Gebiet werden gedrittelt.

Kooperierende Kommunen

Altenholz
Dänischenhagen
Kiel

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

243.500

Flächenmangel fördert Kooperation

Der Stadt Kiel (230.000 Ew.) fehlen auf eigenem Hoheitsgebiet ausreichende Flächen für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Um die Abwanderung von Firmen und damit drohende Steuerverluste zu verhindern, wurde mit den benachbarten Gemeinden Altenholz



(10.000 Ew.) und Dänischenhagen (3.500 Ew.) ein Strukturkonzept zur gemeinsamen Gewerbe- und Wohngebietsentwicklung auf deren Gemeindegebiet erarbeitet. Als organisatorischer Rahmen wurde der Zweckverband „Entwicklungsgemeinschaft Altenholz-Dänischenhagen-Kiel“ gegründet. Der Zweckverband hat auf dem Gebiet der Gemeinden Altenholz und Dänischenhagen – außerhalb des Stadtgebietes von Kiel – ein neues gemeinsames Gewerbegebiet entwickelt. Im Gegenzug wurde die Stadtgrenze Kiels entsprechend aktueller Gebietsnutzungen an anderer Stelle zu Gunsten der Nachbargemeinden angepasst.

Interkommunales Wohngebiet

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen war allerdings geringer als erwartet. Daher wurde für eine Teilfläche ein Siedlungskonzept erarbeitet, das ein interkommunales Wohngebiet in funktionaler Einheit mit einer verträglichen Einzelhandelsnutzung vorsieht. Für interkommunale Gewerbegebiete gibt es zahlreiche Beispiele, interkommunale Wohngebiete sind hingegen ungewöhnlich. Die Gewerbe- und sonstige Steuereinnahmen aus dem Gebiet werden geteilt, obwohl das Gebiet außerhalb

der Stadtgrenzen der Stadt Kiel liegt. Bewohner des Gebietes sind zukünftig frei in der Wahl von Schulen und Kindergärten zwischen den drei Kommunen.

Planungshoheit blieb bei Kommunen

Um Kosten und Aufwand möglichst gering zu halten, wurde die Geschäftsführung des Zweckverbandes vertraglich auf eine Gemeinde übertragen. Die Planungshoheit für die einzelnen Teilflächen verblieb bei der jeweiligen Kommune. Die Verbandsmitglieder haben die vertragliche Verpflichtung, sich gegenseitig über ihre Planungen und Entscheidungen im Vorwege zu unterrichten. Die Vermarktung und Betreuung des interkommunalen Gewerbegebietes wurden der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) übertragen.

Konzentration der Kompetenzen

Vor dem Hintergrund der gesammelten Erfahrungen empfiehlt der Wettbewerbsteilnehmer, die Planungshoheit künftig auf den Zweckverband zu übertragen und die Flächen selbst zu vermarkten. Dies soll einen größeren Einfluss auf die Grundstückspreise und eine bessere Ausschöpfung von Förderprogrammen des Bundes und des Landes ermöglichen.

Kontakt

Zweckverband Entwicklungsgemeinschaft
Altenholz-Dänischenhagen-Kiel
Brigitte Rasch
Tel. 0431/3201-151
brasch@altenholz.de

Zweckverband Pattonville/Sonnenberg Von der Soldatenwohnsiedlung zur Stadt im Grünen

Drei Städte in Baden-Württemberg entwickeln gemeinsam als Zweckverband zwei ehemals durch die US-Armee genutzte Wohngebiete.

Flächentausch ermöglicht Kauf und Kooperation



Zwei Soldatenwohnsiedlungen mit 52 bzw. 16 Wohnblocks und rund 1.200 Wohnungen wurden im Jahr 1993 von den US-Streitkräften aufgegeben. Die Gebäude waren größtenteils sanierungsbedürftig. Die Gemarkungsgrenze der Städte Kornwestheim und Remseck verläuft mitten durch die größere Siedlung „Pattonville“, so dass eine Entwicklung nur gemeinschaftlich möglich war. Für die in der benachbarten Stadt Ludwigsburg gelegene Konversionsfläche „Am Sonnenberg“ war zur Erschließung und Integration ein Gemarkungsaustausch mit den Städten Kornwestheim und Remseck erforderlich. Besonders die Entscheidung der Stadt Ludwigsburg zur gemeinsamen Aktivierung der Standorte gab den beiden kleineren Partnern die nötige finanzielle und politische Rücken- deckung für das Vorhaben.

Zweckverband als Eigentümer und Flächenentwickler

Die beteiligten Gemeinden gründeten 1993 einen kommunalen Zweckverband. Nur in dieser Konstellation konnten die hohen Investitionen für den Kauf und die Sanierung der Flächen und Gebäude getragen werden. Die Planungshoheit zur Aufstellung von Bebauungsplänen verblieb bei den Gemeinden. Der Zweckverband vermarktet die im Verbandsgebiet liegenden Grundstücke. Er ist Träger der Straßenbaulast sowie der Abwasserbeseitigungspflicht und ist befugt, Erschließungsbeiträge und

Kommunalabgaben zu erheben. Hauptorgan des Verbandes ist die Verbandsversammlung aus den Oberbürgermeistern und Gemeinderatsmitgliedern der Mitgliedsgemeinden. Der Verband hat einen Geschäftsführer und eine Geschäftsstelle. Neben Erträgen und eigenen Einnahmen erfolgt die Finanzierung aus einer Umlage, welche die Mitgliedsgemeinden entsprechend ihres jeweiligen Einwohneranteils entrichten.

Umsetzung erfolgreich

Der größte Teil der geplanten infrastrukturellen Einrichtungen wurde bislang verwirklicht. Es wurden Wettbewerbsverfahren durchgeführt und Rahmenpläne für die Siedlungen Pattonville und Sonnenberg entwickelt. Bebauungspläne liegen flächendeckend vor und wurden weitestgehend umgesetzt. In den Siedlungen wurden die alten Gebäude saniert oder durch Neubauten ersetzt. Die sanierten Gebäude sind alle privatisiert. Das Wohnungsangebot ist insbesondere für große Haushalte attraktiv. Das Gebiet Pattonville soll im Endzustand ca. 7.000, die Sonnenberg-Siedlung ca. 1.300 Einwohner haben.

Kontakt

Zweckverband Pattonville Sonnenberg
Dieter Girrbach
Tel. 07141/2845-0
dieter.girrbach@pattonville.de
www.pattonville.de

Kooperierende Kommunen

Kornwestheim
Ludwigsburg
Remseck am Neckar

Einwohnerzahl des Kooperationsraumes

140.800

**Dokumentation der weiteren
Wettbewerbsteilnehmer**

Abfallkooperation im Kreis Lippe

Zur Neustrukturierung der Abfallwirtschaft in einem ländlichen Kreis in Nordrhein-Westfalen wurde auf Initiative des Kreises und unter Beteiligung fast aller Gemeinden, die dem Kreis angehören, ein gemeinsames Unternehmen gegründet, um Kosten- und Entsorgungsriskiken zu begrenzen. 49% der Geschäftsanteile wurden über ein EU-weites Vergabeverfahren an einen privaten Unternehmer verkauft. Die Aufgaben der Abfallentsorgung wurden zuvor auf einen gemeinsamen Zweckverband übertragen.

Kontakt

Kreis Lippe
Fachgebiet Wasser- und Abfallwirtschaft,
Bodenschutz: Berthold Lockstedt
Tel. 05231/62-677
r.grabbe@lippe.de

Kooperationspartner

Augustdorf, Bad Salzuffen, Bartrup, Blomberg, Dörentrup, Extertal, Horn-Bad Meinberg, Kalletal, Lage, Lemgo, Leopoldshöhe, Lüdge, Oerlinghausen, Schieder-Schwalenberg, Schlangen

Abfallwirtschaft im Raum Starkenburg

Ein seit vielen Jahren bestehender Zweckverband gründet mit einem weiteren Kreis, unter Beteiligung privater Partner, eine neue Gesellschaft zur Betreibung einer Deponie und zur Steuerung von Stoffströmen. Der Vertragsabschluss kam als Ergebnis eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens für die Entsorgung des Restmülls aus dem Kreis Groß-Gerau zustande.

Kontakt

Zweckverband Abfallverwertung Südhessen
Edwin Christl
Tel. 06151/701-4091
info@zas-darmstadt.de
www.savag-suedhessen.de

Kooperationspartner

ZAS (Darmstadt, Kreis Darmstadt-Dieburg), Kreis Groß-Gerau

Abwasserverband Elbmarsch

Zwei kleinere Kommunen im ländlichen Raum waren durch die technischen Anforderungen der gemeindlichen Abwasserentsorgung zunehmend überlastet. Daher haben sie die kommunale Pflichtaufgabe vollständig auf einen Abwasser-Zweckverband übertragen, welcher bislang das Abwasser an den Gemeindegrenzen in sein überregionales Sammlernetz aufgenommen hatte. Der Abwasserverband sichert vor dem Hintergrund zunehmender Privatisierungen seine Existenz durch die Übernahme neuer Aufgaben.

Kontakt

Abwasser-Zweckverband Pinneberg
Lutz Altenwerth
Tel. 04103/964-281
lutz.altenwerth@azv-pinneberg.de
www.abwasserverband-elbmarsch.de

Kooperationspartner

Haseldorf, Haselau, Abwasser-Zweckverband Pinneberg

„aquavilla“ Wasserversorgungs-Betriebsführungsgesellschaft

Die kommunalen Wasserversorgungsunternehmen von vier ländlichen Kommunen gründeten – angesichts steigender gesetzlicher Anforderungen und der damit einhergehenden erforderlichen personellen Ausstattung, Qualifikation und Unterhaltspflicht – ein gemeinsames Wasserversorgungsunternehmen unter Beteiligung eines privaten Energieunternehmens. Durch die Zusammenlegung des Personals sowie gemeinsame Investitionen konnten im Vergleich zu den kommunalen Eigenbetrieben Kosten eingespart werden.

Kontakt

aquavilla GmbH
Michael Dold
Tel. 07722/869090
michael.dold@triberg.de
www.aquavilla.de

Kooperationspartner

Furtwangen, Königsfeld, Triberg, Vöhrenbach

AV-Medienzentrum Neustadt-Bad Dürkheim

Aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen dem Medienzentrum einer Stadt und dem Landesfilmdienst wurde auch ein Kreismedienzentrum in die gemeinsamen Räumlichkeiten aufgenommen. Damit wurden die Medien an einem Ort zusammengeführt. Die Kooperation verbessert das Medienangebot für die Schulen und kann zusätzlich Kosten einsparen.

Kontakt

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Elke Thomas
Tel. 06322/961-1004
Elke.Thomas@kreis-bad-duerkheim.de
www.av-medienzentrum.de

Kooperationspartner

Neustadt an der Weinstraße, Landkreis Bad Dürkheim

software, welche zentral über das Rechenzentrum des Landkreises gesteuert wird. Durch die Bündelung der personellen Kompetenzen und die gemeinsame Bestellung und Wartung der Hard- und Software können die Kosten reduziert werden und alle Gemeinden, unabhängig von ihrer Finanzkraft, arbeiten auf dem gleichen technischen Niveau.

Kontakt

Landkreis Celle
Amt für Informationsverarbeitung
Wilfried Burghard
Tel. 05141/916-379
wilfried.burghard@lkcelle.de
www.lkcelle.de

Kooperationspartner

Landkreis Celle mit seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden

Contracting im Verbund kleiner und mittlerer Kommunen in NRW

Die drei Städte Ennepetal, Gevelsberg und Schwelm haben einen Pool zur gemeinsamen Sanierung der energetischen Anlagen öffentlicher Gebäude im Rahmen eines Contracting-Verfahrens gebildet. Die Anlagen der drei Kommunen konnten so gemeinsam ausgeschrieben werden. Ein Versorger liefert nun für 15 Jahre Wärme für die Kommunen und übernimmt im Gegenzug die Sanierung der Anlagen. Durch die Kooperation konnten insbesondere die Vorbehalte gegenüber dem Finanzierungsinstrument Contracting abgebaut werden.

Kontakt

Stadtverwaltung Schwelm
Herr Striebeck
Tel. 02336/801-256
striebeck@schwelm.de

Kooperationspartner

Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm

Beförderung der Stadtwälder

Zwei freie Försterstellen zweier benachbarter Städte wurden gemeinsam neu besetzt, da die Haushaltsmittel für je eine eigenständige Neubesetzung nicht ausreichten. Die Kosten für die gemeinsame Stelle sowie die anfallende Arbeitszeit werden anteilig nach Waldfläche zwischen den Kooperationspartnern aufgeteilt.

Kontakt

Stadt Eschweiler - Personalamt
Hans Schreiber
Tel. 02403/71-216
hans.schreiber@eschweiler.de

Kooperationspartner

Eschweiler, Würselen

Cel.kom – Rechenzentrum Landkreis Celle

Zwölf Städte und Gemeinden des Landkreises Celle arbeiten mit der gleichen Verwaltungs-

Effizienzsteigerung der Vollstreckung – Gemeinsame Vollstreckungsstelle

Zu Verbesserung der Effizienz bei der Vollstreckung wurde von drei Kommunen gemeinsam ein Vollstreckungsbeamter eingestellt, dessen Gehalt zu Teilen durch die Vollstreckungsgebühr gedeckt ist. Durch die provisionsbezogene Bezahlung konnte die Zahl erfolgreicher Vollstreckungen gesteigert und die Zahlungsmoral verbessert werden.

Kontakt

Stadt Usingen - Haupt- und Personalamt
Haupt- und Personalamtsleiter Michael Guth
Tel. 06081/1024-1000
guth@usingen.de

Kooperationspartner

Neu-Anspach, Usingen, Wehrheim

Gemeinsame Deponiewirtschaft und Entsorgung

Zur gemeinsamen Ausschreibung der Abfallentsorgung kooperieren ein Zweckverband und der Abfallwirtschaftsbetrieb eines Landkreises miteinander. Durch die gemeinsame Nutzung von Deponien konnten bereits deutliche Kosteneinsparungen bei der Abfallentsorgung erreicht werden.

Kontakt

Zweckverband Abfallwirtschaft Celle
Uwe Schildmeyer
Tel. 05141/750274
uwe.schildmeyer@celle.de

Kooperationspartner

Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Uelzen,
Zweckverband Abfallwirtschaft Celle (Celle,
Landkreis Celle)

Gemeinsame Waldarbeiterpartie und Beförderung

Da die Vorhaltung von eigenem Personal für die Bewirtschaftung kleinerer Forstflächen teuer und wenig flexibel ist, haben vier anein-

andergrenzende Kleinstädte ihre Forstreviere zusammengeschlossen und ein gemeinsames Waldarbeiterteam gebildet. Die Beförderung kann insgesamt mit weniger Personal erfolgen, die Waldarbeiter können flexibler und effektiver eingesetzt werden.

Kontakt

Bürgermeisteramt Schönaich
Walter Gorhan
Tel. 07031/639-30
walter.gorhan@schoenaich.de

Kooperationspartner

Dettenhausen, Holzgerlingen, Schönaich,
Steinebronn, Weil im Schönbuch

GeoZentrum Ruhr e.V. „GEOmeinsam sind wir stärker“

Die Städte Mülheim an der Ruhr und Essen bereiten unter Beteiligung der Universität Essen/Duisburg die Gründung eines Kompetenzzentrums für Datenmanagement und Informationsdienstleistungen vor. Eine flächendeckende Nutzung von Geodaten und die Zusammenlegung der Kompetenzen ist in Vorbereitung. Es wurden erste gemeinsame Testprojekte wie ein gemeinsamer barrierefreier Innenstadtplan oder eine 3D-Visualisierung durchgeführt.

Kontakt

Stadt Mülheim an der Ruhr
Rathaus, Amt 62
Matthias Lincke
Tel. 0208/455-6201
matthias.lincke@stadt-mh.de

Kooperationspartner

Essen, Mülheim an der Ruhr, Universität Duisburg-Essen

Interkommunales Projekt Jugendblasorchester

Zur Gründung und Unterstützung eines gemeinsamen Jugendblasorchesters kooperieren die Musikschulen von fünf Städten in Baden-Württemberg miteinander. Anlass des Austausches war die fehlende Möglichkeit der jeweils

nur kleinen Musikschulen, ein großes Blasorchester zusammenzustellen. Seit 2003 treffen sich ca. 25-30 Jugendliche mehrmals im Jahr und treten gemeinsam auf Veranstaltungen auf.

Kontakt

Städtische Jugendmusikschule Wertheim
Stefan Blido
Tel. 09342/301-514
jms-wertheim@t-online.de

Kooperationspartner

Freudenberg, Kreuzwertheim, Kulsheim, Werbach, Wertheim

Interkommunaler Dienstleister Stadtkasse

Eine kleine Gemeinde hat sämtliche Kassengeschäfte auf ein benachbartes Mittelzentrum übertragen und hat dadurch Haushaltsmittel einsparen können. Möglich war dies durch neue Finanzsoftware und die Unterstützung durch ein kommunales Informationsverarbeitungszentrum. Die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger konnten erhalten werden. Komplexe Rechtsfragen können nun schneller bearbeitet werden.

Kontakt

Stadt Albstadt
Michaela Wild
Tel. 07431/160-2110
michaela.wild@albstadt.de

Kooperationspartner

Albstadt, Stetten am kalten Markt, Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm

Im Alter zu Hause leben

Auf Initiative des Rhein-Hunsrück-Kreises führen zwölf ländliche Gemeinden ein Modellprojekt zur Verbesserung der Betreuung von Seniorinnen und Senioren durch, mit dem das Ehrenamt gestärkt und die Möglichkeit geschaffen werden soll, zu Hause alt zu werden. Die Sozialstationen der Gemeinden koordinieren die Zusammenarbeit zwischen

den professionellen Altenhilfediensten, den ehrenamtlichen Pflegekräften und den Familienangehörigen.

Kontakt

Rhein-Hunsrück-KreisLandrat Bertram Fleck
Tel. 06761/ 82-0
landrat@rheinhunsrueck.de

Kooperationspartner

Verbandsgemeinde Rheinböllen, Landkreis Rhein-Hunsrück

Innovative Bürgerservices im interkommunalen Verbund

Damit Bürgerinnen und Bürger Dienstleistungen der Verwaltungen an ihrem Aufenthaltsort – statt ausschließlich am Wohnort – in Anspruch nehmen können, wurde das Projekt „Bürgerservices im Auftrag“ (BiA) im Nordwesten Deutschlands initiiert. Es wurde als Pilotprojekt bereits in acht Kommunen umgesetzt. In dem Netzwerk, das mittlerweile den Namen „Virtuelle Region Nordwest“ trägt, sind heute zahlreiche niedersächsische Landkreise, Städte und Gemeinden sowie Bremen und Bremerhaven vertreten.

Kontakt

Institut für Informationsmanagement
Bremen GmbH
Claas Hanken
Tel. 0421/218-2674
akademie@ifib.de
www.regnetegov.de

Kooperationspartner

Regionales Netzwerk E-Government Bremen/Niedersachsen: 13 Landkreise, 4 kreisfreie Städte, 43 Städte, Samtgemeinden und Gemeinden, Institut für Informationsmanagement Bremen, Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V., Niedersächsischer Landkreistag, Niedersächsischer Städtetag, Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund, RAG Bremen/Niedersachsen, Zweckverband KDO

Kommunale Einkaufskooperation der Städte Reutlingen, Tübingen, Metzingen und Rottenburg

Vier Städte schreiben im Rahmen einer Einkaufskooperation gemeinsam aus und erhalten dadurch Sonderkonditionen. Grundlage für die Bedarfsermittlung und tägliche Beschaffung ist eine gemeinsame technische Plattform. Durch die Kooperation ist kein Zentrallager mehr erforderlich. Die Bestellungen können dezentral aus dem Standard-Katalog per Fax oder Internet erfolgen.

Kontakt

Stadt Reutlingen
Hauptamt
Claus Lietzmann
Tel. 07121/303-2348
claus.lietzmann@reutlingen.de

Kooperationspartner

Metzingen, Reutlingen, Rottenburg, Tübingen

Kooperation der Vermessungsämter

Die Vermessungsämter zweier Mittelstädte im Kreis Aachen kooperieren, um bei gleichbleibender Qualität langfristig Personal- und Arbeitsmittelkosten einzusparen. Ab 2008 sollen beide Vermessungsämter von einem gemeinsamen Amtsleiter geführt werden.

Kontakt

Stadt Eschweiler
Personalamt
Hans Schreiber
Tel. 02403/71-216
hans.schreiber@eschweiler.de

Kooperationspartner

Eschweiler, Stolberg

Koordinierte Abwasserbeseitigung zwischen zwei Kommunen

Zur gemeinsamen Abwasserentsorgung durch eine vorhandene, jedoch unterausgelastete Kläranlage beabsichtigen zwei benachbarte

westfälische Kommunen aus unterschiedlichen Landkreisen, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abzuschließen.

Kontakt

Stadt Schloß Holte-Stuckenbrock
Manfred Bonensteffen
Tel. 05207/8905-230
manfred.bonensteffen@gt-net.de

Kooperationspartner

Schloß Holte-Stuckenbrock, Augustdorf

Public-Private-Partnership Rhein-Main-Therme

Zum erforderlichen Neubau eines Hallenbades haben sich zwei Gemeinden im Taunus zusammengeschlossen. Sie haben einen privaten Investor gefunden, der das Bad mit einer Therme kombiniert hat und den größten Teil der Investitionen und Betriebskosten trägt. Ein separater Bereich für Schul- und Vereinsschwimmen wurde eingerichtet. Zur Übernahme von Kosten haben die Städte einen langfristigen Vertrag abgeschlossen, der ihnen über 30 Jahre Kostensicherheit bietet.

Kontakt

Stadt Kelkheim (Taunus)
Bürgermeister Thomas Horn
Tel. 06195/803-803-300
buergermeister.horn@kelkheim.de
www.rhein-main-therme.de

Kooperationspartner

Hofheim, Kelkheim

Reduzierung der Müllgebühren

Vier hessische Kommunen im ländlichen Raum haben sich zur gemeinsamen Ausschreibung der Müllentsorgung zusammengeschlossen, um durch den entstehenden Wettbewerb Preisvorteile zu erzielen. Die Laufzeiten noch bestehender Verträge wurden zwischen den Kommunen zeitlich abgestimmt. Im Ergebnis konnten die Müllkosten bei einer 80 Liter Tonne für die Bürger und Bürgerinnen um etwa ein Drittel gesenkt werden.

Kontakt

Stadt Usingen - Haupt- und Personalamt
Amtsleiter Michael Guth
Tel. 06081/1024-1000
guth@usingen.de

Kooperationspartner

Grävenwiesbach, Neu-Anspach, Usingen, Wehrheim

Regionalbad Bingen-Ingelheim

Zwei Mittelstädte haben sich aufgrund des dringenden Sanierungsbedarfes ihrer Schwimmbäder zum Neubau eines gemeinsam betriebenen Freizeitbades entschlossen. Dafür wurde eine dritte, zwischen den beiden Städten liegende Gemeinde hinzugewonnen, die das Grundstück zur Verfügung stellt und damit Sitz des neuen Schwimmbades wird. Für den Bau des Bades wurde ein Zweckverband gegründet. Der Betreiber ist die gemeinsam gegründete Regionalbad Bingen-Ingelheim GmbH.

Kontakt

Zweckverband Regionalbad Bingen-Ingelheim
Werner Pfeifer
Tel. 06721/184-227
werner.pfeifer@bingen.de

Kooperationspartner

Bingen, Gau Algesheim, Ingelheim

SAP/EA-PS Gemeinschaftsprojekt „Neckar/Fils“

Sieben kleinere Kommunen stellen ihre Verwaltungssoftware auf SAP um. Durch gemeinsame Schulungen und Einführungskonferenzen konnten die Kosten für die Umstellung um etwa ein Drittel reduziert werden. Der fachliche Austausch zwischen den Verwaltungsmitarbeitern und -mitarbeiterinnen wurde durch die gemeinsamen Veranstaltungen gefördert.

Kontakt

Stadtverwaltung Plochingen
Stadtkämmerei
Beigeordneter Michael Hanus

Tel. 07153/7005-401
hanus@plochingen.de

Kooperationspartner

Altbach, Baltmannsweiler, Deizisau, Hochdorf, Lichtenwald, Plochingen, Reichenbach a.d.Fils

Solare Klärschlamm-trocknung

Um Klärschlamm kostengünstig und vor allem umweltfreundlich entsorgen zu können, haben vier Kleinstädte eine gemeinsame solare Klärschlamm-trocknungsanlage gebaut. Durch spezielle Trocknungsverfahren kann Klärschlamm zu Brennhilfsstoff für Zement- oder Kohlekraftwerke aufbereitet werden. In finanzieller Hinsicht besonders vorteilhaft ist – angesichts steigender Transport- und Entsorgungskosten – der weitgehende Wasserentzug vor Ort.

Kontakt

Bürgermeisteramt Schönaich
Walter Gorhan
Tel. 07031/639-30
walter.gorhan@schoenaich.de

Kooperationspartner

Dettenhausen, Holzgerlingen, Schönaich, Weil im Schönbuch

Wechselladergemeinschaft der Feuerwehren

Um die kommunale Aufgabe des Brandschutzes kostengünstig zu bewältigen, teilen sich mehrere Gemeinden Containeraufsätze mit unterschiedlichen Feuerwehr-Spezialausstattungen (z.B. Schlauch, Gefahrgut, Sonderlöschmittel, Atem- und Strahlenschutz etc.). Diese können auf ein in jeder Gemeinde bereitstehendes Wechselladerfahrzeug aufgeladen werden.

Kontakt

Stadt Griesheim
Bürgermeister Norbert Leber
Tel. 06155/701-221
ordnungsamt@griesheim.de

Kooperationspartner

Dieburg, Griesheim, Pfungstadt, Weiterstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg

Zentraler Ermittlungsdienst der Sozialämter

Die Kooperation dient der gemeinsamen Ermittlung von Sozialhilfemissbrauch in zwei Mittelstädten, die aufgrund von Personalangel eigenständig kaum durchzuführen war. Dazu wurde ein Team aus zwei Mitarbeitern der Sozialämter gebildet, die jeweils von einer der Städte bezahlt werden und gemeinsam in beiden Städten tätig sind. Im ersten Jahr konnten so in beiden Kommunen Kosten von insgesamt 240.000 Euro eingespart werden.

Kontakt

Stadt Eschweiler
Personalamt
Hans Schreiber
Tel. 02403/71-216
hans.schreiber@eschweiler.de

Kooperationspartner

Eschweiler, Stolberg

Zweckverband Bauhof Altenholz-Dänischenhagen

Zwei Kleinstädte und drei Landgemeinden haben ihre Bauhöfe zusammengelegt und betreiben nun als gleichberechtigte Partner einen gemeinsamen Bauhof. Aufgrund der Effizienzsteigerung können Leistungen für weitere Umlandgemeinden übernommen werden. Durch Bildung eines Hausmeister-Pools konnte auf die Neueinstellung eines Schulhausmeisters verzichtet werden.

Kontakt

Zweckverband
Bauhof Altenholz-Dänischenhagen
Brigitte Rasch
Tel. 0431/3201-151
brasch@altenholz.de

Kooperationspartner

Altenholz, Dänischenhagen, Felm, Lindau, Neuwittenbek

Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW“

32 Städte und Gemeinden sowie vier Kreise in Nordrhein-Westfalen bilden gemeinsam einen Arbeitskreis zur Radverkehrsförderung. Durch Kampagnen, Informationsaustausch und politische Lobbyarbeit soll die Verkehrssicherheit in den Mitgliedskommunen verbessert und der Anteil des Fahrradverkehrs am Modal Split erhöht werden. Umfragen bestätigen, dass sich das „Fahrradklima“ in den Mitgliedskommunen deutlich verbessert hat.

Kontakt

Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW
Landesgeschäftsführer Harald Hilger
Tel. 02151/864283
info@fahrradfreundlich.nrw.de
www.fahrradfreundlich.nrw.de

Kooperationspartner

Aachen, Bielefeld, Bonn, Brühl, Bünde, Dormagen, Dülmen, Essen, Euskirchen, Gladbeck, Hamm, Herford, Ibbenbüren, Iserlohn, Kempen, Köln, Krefeld, Leverkusen, Lünen, Marl, Merckheim, Minden, Mülheim a.d.Ruhr, Münster, Oberhausen, Pulheim, Recklinghausen, Kreise: Euskirchen, Recklinghausen, Rhein-Erft-Kreis, Kreis Neuss

Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg

Zum Informationsaustausch über die Themen Denkmalschutz und Sanierung sowie zur gemeinsamen Vermarktung haben sich 29 Gemeinden in Brandenburg zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Durch partnerschaftliche Zusammenarbeit und einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch können die Mitgliedsstädte die Aufgaben der erhaltenden Stadterneuerung besser lösen und sich gegenseitig bei der Lösung von Problemen unterstützen.

Kontakt

Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Ortskernen“
Hathumar Drost
Tel. 0331/2015120

info@ag-historische-stadtkerne.de
www.ag-historische-stadtkerne.de

Kooperationspartner

Altlandsberge, Angermünde, Bad Freienwalde (Oder), Beelitz, Beeskow, Belzig, Brandenburg an der Havel, Dahme, Gransee, Herzberg (Elster), Jüterbog, Kremmen, Klytitz, Lenzen (Elbe), Mühlberg /Elbe, Nauen, Neuruppin, Peitz, Perleberg, Potsdam, Rheinsberg, Templin, Treuenbrietzen, Uebigau-Wahrenbrück, Werder (Havel), Wittstock/Dosse, Wusterhausen/Dosse, Ziesar

Die Drei im WaldReich Wittgenstein

Zur gemeinsamen Entwicklung der waldreichen Region Wittgenstein kooperieren drei Städte im Rothaargebirge miteinander. Größter Erfolg ist die Erschließung und Vermarktung eines interkommunalen Industrie- und Gewerbegebietes. Zur Förderung der regionalen Holzwirtschaft sind verschiedene Projekte in enger Kooperation mit Unternehmen und Forstfachleuten entstanden. Es wurde eine regionale Ausbildungsdatenbank für Jugendliche sowie ein Projekt zur Begleitung von Betrieben bei Strukturanpassungen initiiert.

Kontakt

Zweckverband Region Wittgenstein
Anja Messerschmidt
Tel. 02753/509914
a_messerschmidt@erndtebrueck.de
www.region-wittgenstein.de

Kooperationspartner

Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück, Zweckverband Region Wittgenstein

Forum Bahnflächen NRW

Das Forum Bahnflächen NRW bietet den beteiligten Städten und Gemeinden eine Plattform, um spezifische Informationen zur Bahnflächenthematik zu erhalten und auszutauschen, direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu finden, konkrete Lösungen zu erarbeiten, aber auch Fragen zur Förderung zu behandeln. Durch die Bündelung von Kompetenzen lassen sich für eine große Zahl der betroffenen Kommunen Lösungen erzielen und Blockaden überwinden.

Kontakt

Forum Bahnflächen NRW
Ulrike Holtel
Tel. 0201/747-6622
ulrike.holtel@bahnflaechen.info
www.bahnflaechen.info

Kooperationspartner

99 Städte und Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen, acht Institutionen

Forum Baulandmanagement NRW

33 Städte haben ein Forum zum Thema Baulandmanagement ins Leben gerufen, da die Baulandentwicklung in vielen Kommunen von regionaler Konkurrenz geprägt ist. In die Diskussion wird das gesamte Themenspektrum von Stadtentwicklungsmaßnahmen über Baulandstrategien bis hin zu Bestandsentwicklung und demographischem Wandel einbezogen. Das Forum versteht sich als interdisziplinäres und kommunales Netzwerk zur wissenschaftlich begleiteten Bearbeitung aktueller städtebaulicher Herausforderungen.

Kontakt

Koordinierungsstelle Forum Baulandmanagement
c/o ILS NRW
Sebastian Siebert
Tel. 0231/9051-254
baulandmanagement@ils.nrw.de
www.forum-bauland.nrw.de

Kooperationspartner

Aachen, Bielefeld, Bocholt, Bochum, Bonn, Bottrop, Castrop-Rauxel, Bürstadt, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Euskirchen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hamm, Heiligenhaus, Hennef (Sieg), Herne, Hilden, Kaarst, Krefeld, Leverkusen, Münster, Minden, Ratingen, Remscheid, Rheinbach, Solingen, Sankt Augustin, Unna, Velbert, Werne, Wuppertal, Wesel

Gesellschaft für Kommunale Zusammenarbeit Murgtal GbR

Die freiwillige Kooperation in einem Schwarzwaldtal, die seit über zehn Jahren besteht, will die Attraktivität der Region sowohl für die Wohnbevölkerung als auch für Tagestouristen und -touristinnen steigern. Dazu werden umweltschonende Verkehrsmittel ausgebaut und die Interessen des Tals gemeinsam vertreten. Zudem widmet sich die Kooperation der Wirtschaftsförderung, der innerörtlichen Siedlungsentwicklung und dem Hochwasserschutz.

Kontakt

Große Kreisstadt Gaggenau
Stadtkämmerei
Andreas Merkel
Tel. 07225/962-480
a.merkel@gaggenau.de

Kooperationspartner

Bischweier, Forbach, Gaggenau, Gernsbach, Kuppenheim, Loffenau, Weisenbach

Interkommunale Allianz Oberes Werntal

Die Kooperation im ländlichen Raum des Oberen Werntal wird durch einen Regionalmanager gesteuert und hat bereits zahlreiche Projekte zum Regionalmarketing und zur Entwicklung gemeinsamer Gewerbegebiete am Rande der neu entstehenden Autobahn A 71 umgesetzt. Neben einer Hochschule waren daran auch private Sponsoren und Unternehmen beteiligt. Die Gründung geht auf das Gutachten „Interkommunales Entwicklungskonzept Oberes Werntal“ zurück.

Kontakt

Interkommunale Allianz Oberes Werntal
Ulfert Frey
Tel. 09726/907486
info@oberes-werntal.de
www.oberes-werntal.de

Kooperationspartner

Bergheinfeld, Euerbach, Geldersheim, Niederwerrn, Oerlenbach, Poppenhausen, Wasserlosen, Werneck

Interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen eines Vereins

Der Regionalverband Südniedersachsen e.V. stärkt projektorientiert Kommunikation, Koordination und Kooperation in Südniedersachsen. Die Hauptfelder dieses Regionalmanagements sind Regionalmarketing, Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Abfallwirtschaft. Innerhalb von zwölf Jahren hat die Kooperation zu einer Vielzahl von Ergebnissen in unterschiedlichen Handlungsfeldern geführt, wie z.B. die Vorbereitung eines Verkehrsverbundes für Süd-Niedersachsen, die Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters oder eine Qualifikationsinitiative Elektrotechnik.

Kontakt

Regionalverband Südniedersachsen e.V.
Rüdiger Reyhn
Tel. 0551/547-2810
reyhn@regionalverband.de
www.regionalverband.de

Kooperationspartner

Landkreise Göttingen, Osterode am Harz, Northeim, Holzminden, ca. 30 Städte und Gemeinden, 16 nicht-kommunale Einrichtungen als weitere Kooperationspartner

KleiST-Strategische Kooperation in der Wachstumsregion „Der Teltow“

Drei Kommunen zwischen Berlin und Potsdam bilden durch wachsende Einwohnerzahlen zunehmend einen gemeinsamen Siedlungsraum und unternehmen erste Schritte zur Fusion in Form einer abgestimmten räumlichen Entwicklung und einer Bündelung der

Verwaltungsleistungen. Neben gemeinsamer Schul- und Sportstättenentwicklungsplanung und einem öffentlich-rechtlichen Vertrag über Feuerwehrdienstleistungen stimmen sich die Kommunen bereits in der Planungsphase von neuen Einzelhandelsvorhaben ab.

Kontakt

Kommunale Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“
c/o Gemeinde Stahnsdorf
Bürgermeister Gerhard Enser
Tel. 03329/646-103
gemeinde@stahnsdorf.de
www.stahnsdorf.de

Kooperationspartner

Kleinmachnow, Stahnsdorf, Teltow

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Thüringer Rhön – Regionales Entwicklungskonzept

48 Gemeinden des ehemaligen Grenzgebietes Thüringer Rhön haben zur Überwindung der regionalen Strukturdefizite ein Regionales Entwicklungskonzept beschlossen. Die kommunale Arbeitsgemeinschaft hat sich zu einem gemeinsamen Sprachrohr für Themen von regionaler Bedeutung entwickelt und konnte so auf bestimmte Entwicklungen – wie z.B. die Schulnetzkonzeption und den Landesentwicklungsplan – Einfluss nehmen, was in der Form für die einzelnen Kommunen nicht möglich gewesen wäre.

Kontakt

REK Thüringer Rhön
c/o Lilienbecker GbR
Ulrike Lilienbecker
Tel. 036945/51710
info@lilienbecker.de
www.rhoen.de

Kooperationspartner

48 Gemeinden der Thüringer Rhön

Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben

Zur nachhaltigen Entwicklung der Region arbeiten unter der Leitung des Regionalverbandes zahlreiche Städte und Gemeinden sowie Wirtschaftsförderer des Bodenseeraumes zusammen. Schlüsselprojekt der Kooperation ist der Landschaftspark Bodensee-Oberschwaben, zu dem eine einheitliche Beschilderung entwickelt und eine Wanderkarte erstellt wurde. Eine kommunal betriebene Regionalbahn kann als Ergebnis der Zusammenarbeit fortgeführt werden. Außerdem entwickelten die Kooperationspartner verschiedene Fortbildungen im Bereich der Regionalentwicklung, zum Teil in Kooperation mit Universitäten.

Kontakt

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
Dr. Stefan Köhler
Tel. 0751/36354-0
Koehler@bodensee-oberschwaben.de
www.rvbo.de

Kooperationspartner

Baienfurt, Baidt, Eriskirch, Friedrichshafen, Immenstaad, Kressbronn, Langenargen, Markdorf, Meckenbeuren, Ravensburg, Obertheuringen, Tettwang, Weingarten, Landkreise Ravensburg, Landkreis Bodensee; weitere Kooperationspartner: IHK Bodensee-Oberschwaben, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Friedrichshafen mbH, Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg mbH, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Kooperation Ulm/Neu-Ulm

Der länderübergreifende Stadtentwicklungsverband der beiden Nachbarstädte Ulm und Neu-Ulm widmet sich als grenzüberschreitende Wirtschaftsförderungseinrichtung der gemeinsamen Stadt- und Gewerbeentwicklung der zwei Städte, die immer stärker zusammenwachsen. Kernaufgaben des Verbandes sind die Grundstücksvermittlung und -vergabe, die Standortentwicklung aus einer Hand, die Unterstützung bei Verlagerungen, die gemeinsame Bestandspflege und das gemeinsame Standortmarketing.

Kontakt

Stadt Neu-Ulm
Berthold Stier
Tel. 0731/7050200
b.stier@stadt.neu-ulm.de
www.stadtentwicklungsverband.ulm.de

Kooperationspartner

Ulm, Neu-Ulm

NWD-Netzwerk von Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Deutschland

Das NWD-Netzwerk wurde zum bundesweiten Erfahrungsaustausch zwischen Wirtschaftsförderungsgesellschaften ins Leben gerufen. Zur Vermeidung von regionaler Konkurrenz nimmt aus jedem Bundesland nur eine Gesellschaft teil. Neben der Förderung von Kontakten soll die Kompetenz der Wirtschaftsförderungsgesellschaften durch den Austausch von Strategien und Konzepten gestärkt werden. Auch Unternehmen werden innerhalb dieses Netzwerkes untereinander vermittelt.

Kontakt

NWD c/o WLO Landkreis Oldenburg
Hans-Werner Aschoff
Tel. 04431/85438
info@wlo.de
www.investment-in-germany.de

Kooperationspartner

13 kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften

Regionalverband Südniedersachsen e.V. – Strategische Nutzwertanalyse

Die Hauptfelder des als Verein organisierten Regionalverbandes Südniedersachsen sind Regionalmarketing, Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung und Abfallwirtschaft. Zur Bewertung von Projekten wurde ein Verfahren entwickelt, in dem in vielfältigen Gremien unter Beteiligung von Wirtschaft und Wissenschaft deren regionale Relevanz und strategische Bedeutung ermittelt werden. Durch die strategische Nutzwertanalyse werden Verfahren beschleunigt und die Konzentration auf die Sachinhalte gefördert.

Kontakt

Regionalverband Südniedersachsen e.V.
Jutta Schotte-Pfuhl
Tel. 0551/547-2814
schotte-pfuhl@regionalverband.de
www.regionalverband.de

Kooperationspartner

Göttingen; Landkreise: Göttingen, Osterode am Harz, Northeim

Region Starkenburg – freiwillige Kooperation in weichen Grenzen

Die als Zweckverband organisierte Kooperation im Zwischenraum der Ballungsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar dient der nachhaltigen Entwicklung der Region. Auf die Erarbeitung eines gemeinsamen Leitbildes wurde bewusst verzichtet. Ziel ist vor allem die Umsetzung von konkreten Projekten in den Handlungsfeldern der Regionalen Agenda 21.

Kontakt

Regionalbüro Starkenburg
Dr. Andreas Schenkel
Tel. 06151/36056-87
regionalbuero@starkenburg.de
www.starkenburg.de

Kooperationspartner

Darmstadt; Kreise: Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Odenwaldkreis, Offenbach

Städtebund Elbe-Elsteraue

Der Ausbau eines Fliegerhorstes der Bundeswehr und strukturelle Probleme der Region führten zu dieser Kooperation von fünf Gemeinden im ländlichen Raum an der Grenze zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Der Städtebund Elbe-Elsteraue hat bereits einige Projekte zur Bildung von Netzwerken und zum Regionalmarketing mit geringem Mittlereinsatz umgesetzt. Zur nachhaltigen Entwicklung der Region wurde das „Wirtschaftsforum Elbe-Elsteraue“ eingerichtet, in dem mit Partnern aus Wirtschaft, Bildung und Kultur zahlreiche Entwicklungsperspektiven diskutiert und Projekte angeregt wurden.

Kontakt

Städtebund Elbe-Elsteraue
Herr Hartenstein
Tel. 03535/499316
stadtplanung@stadt-herzberg.de

Kooperationspartner

Annaburg, Amt Schlieben, Jessen(Elster), Herzberg(Elster), Schönwalde

Städtebund Silberberg

Sechs Mittelstädte im Erzgebirge stimmen seit fast zehn Jahren ihre Planungen ab und treten gemeinsam als „Städtebund Silberberg“ auf. Der Verbund soll die Voraussetzungen für die gemeinsame Erfüllung der Aufgaben als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums schaffen und zur Entwicklung leistungsfähiger Infrastruktur, stabiler Wirtschaftsbeziehungen und bedarfsgerechter Wohnraumausweisung beitragen. Um ihren Bürgerinnen und Bürgern den Städtebund näherzubringen, wurde eine gemeinsame Museumsnacht organisiert.

Kontakt

Stadtverwaltung Aue
Bürgermeister Heinrich Kohl
Tel. 03771/282101
buergemeister@aue.de
www.staedtebund-silberberg.de

Kooperationspartner

Aue, Bad Schlema, Lauter, Löbnitz, Schneeberg, Schwarzenberg

Städtekrantz Berlin-Brandenburg

Zur Umsetzung der im Landesentwicklungsprogramm Berlin/Brandenburg enthaltenen Funktionszuweisung als „Regionale Entwicklungszentren“ arbeiten sieben nicht benachbarte Städte im weiteren Umland von Berlin zusammen. Sie tauschen Informationen und Erfahrungen zu zentralen Fragen der Stadtentwicklung aus, geben gemeinsame Gutachten zur Stadt-Umlandsituation und zum Stadtbau in Auftrag und führen Projekte zum Regionalmarketing durch.

Kontakt

Geschäftsstelle der ARGE REZ
c/o Ernst Basler + Partner GmbH
Stephan Kathke
Tel. 0331/74759-0
info@staedtekrantz.de
www.staedtekrantz.de

Kooperationspartner

Brandenburg (Havel), Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Jüterbog, Luckenwalde, Neuruppin

Teilraum Deggendorf/Plattling

Die Kooperation im ländlichen Raum hat das Ziel, die nachhaltige Entwicklung der Region zu fördern und den Siedlungsflächenzuwachs zu begrenzen. Ein besonderes Element der Organisation stellen die „Sondersitzungen aller Stadt-, Markt- und Gemeinderäte der Teilraumgemeinden“ dar. Die Region hat sich erfolgreich für das Projekt RISE zum Erfahrungsaustausch mit ländlichen Regionen in Österreich und der Schweiz beworben.

Kontakt

Stadt Deggendorf
Geschäftsführer Klaus Busch
Tel. 0991/2960-413
klaus.busch@deggendorf.de
www.deggendorf-plattling.de

Kooperationspartner

Deggendorf, Markt Hengersberg, Markt Metten, Niederalteich, Plattling, Offenberg, Otzing, Stephansposching

Zweckverband „Allgäuer Land“ – Regionalentwicklungskonzept A 7

Zehn Gemeinden, die vom Ausbau der Autobahn A 7 betroffen sind, haben sich unter der Federführung des Landkreises Ostallgäu zum Zweckverband Allgäuer Land zusammengeschlossen, um die zukünftige Entwicklung entlang der A 7 gemeinsam zu steuern. Mit Gründung des Zweckverbandes wurde die Planung, Erschließung und Vermarktung eines interkommunalen Industrie- und Gewerbe Parks in Füssen initiiert. Auch wurden die Planungen und Maßnahmen für die Einrichtung und den Betrieb einer Rasthofanlage mit Tankstelle sowie einer Hotelanlage an der Autobahnausfahrt Nesselwang angestoßen.

Kontakt

Landratsamt Ostallgäu
Abteilung I - Kreisentwicklung
Wolfgang Kühnl
Tel. 08342/911-352
wolfgang.kuehnl@ostallgaeu.de

Kooperationspartner

Eisenberg, Füssen, Hopferau, Markt Nesselwang, Pfronten, Rieden a. F., Roßhaupten, Rückholz, Seeg, Schwangau, Landkreis Ostallgäu

100 Jahre Automobilbau in der Wirtschaftsregion Chemnitz- Zwickau

Die ansonsten im Bereich des Regionalmarketings tätige Initiative „Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau“ hat die Potenziale, die in dem Jubiläum der Automobilproduktion stecken, frühzeitig erkannt und aufgegriffen. Durch eine professionelle Marketingstrategie konnten zahlreiche private Akteure für die Finanzierung und Durchführung von über 100 Veranstaltungen im Jubiläumsjahr 2004 gewonnen werden. Die Übernachtungszahlen sind nachhaltig angestiegen und regelmäßige Veranstaltungen konnten etabliert werden.

Kontakt

WIRE GmbH Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau
Matthias Merz
Tel. 0375/831801
regionalentwicklung@chemnitz-zwickau.de
www.100jahre-auto.de
www.chemnitz-zwickau.de

Kooperationspartner

Chemnitz, Zwickau, Landkreise: Aue-Schwarzenberg, Chemnitzer Land, Stollberg, Zwickauer Land

Arge Maritime Landschaft Untere Elbe GbR

Um das Naherholungsziel „Maritime Landschaft Untere Elbe“ bekannt zu machen und dessen Potenziale im Sinne einer nachhaltigen Naherholungs- und Tourismusentwicklung zu stärken, hat sich im Jahr 2002 eine gleichnamige Arbeitsgemeinschaft gegründet. Die „Maritime Landschaft Untere Elbe“ ist ein Leitprojekt der Metropolregion Hamburg und wird aus Mitteln der Förderfonds der gemeinsamen Landesplanung Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Hamburgs sowie aus Mitgliederbeiträgen finanziert.

Kontakt

Arge Maritime Landschaft Untere Elbe GbR
Dipl.-Volkswirtin Karin Warncke
Tel. 04142/812076
maritime-landschaft-unterelbe@t-online.de
www.maritime-elbe.de

Kooperationspartner

20 Kreise, Städte und Gemeinden aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen entlang der Elbe

Bau und Betrieb eines Interkommunalen Campingplatzes

Die benachbarten friesischen Städte Schortens und Jever planen, bauen und betreiben einen interkommunalen Campingplatz, um die Entwicklung des Fremdenverkehrs zu fördern. Getragen wird der Betrieb durch eine gemeinsam gegründete Campingplatz-GmbH.

Kontakt

Stadt Schortens
Olaf Kollmann
Tel. 04461/982-116
olaf.kollmann@schortens.de
www.friesland-camping.de

Kooperationspartner

Schortens, Jever

Bergisches Städtedreieck „Erlebnis Industriekultur – Wassererlebniswege“

Die drei Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen haben als „Bergisches Städtedreieck“ die Regionale 2006 des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerichtet. Die Monumente der gemeinsamen Industriegeschichte sollten als verbindendes Element Grundlage für eine touristische Vermarktung sein. Sieben Touren zur Industriekultur wurden durch ein ansprechendes Beschilderungssystem mit Texttafeln in den Städten und im Landschaftsraum angelegt.

Kontakt

Regionale 2006 Agentur GmbH
Kerstin Schumann
Tel. 0202/7585-212
Kerstin.Schumann@regionale2006.de
www.erlebnis-industriekultur.de

Kooperationspartner

Remscheid, Solingen, Wuppertal

Bike Arena Sauerland

Zur Förderung des Fahrrad- und Mountainbiketourismus im Sauerland wurde ein umfangreiches Streckennetz konzipiert. Kooperationspartner sind neben 14 Städten und dem Hochsauerlandkreis vor allem örtliche Beherbergungs- und Restaurationsbetriebe. Diese haben einen Trägerverein (Bike Arena Hochsauerland e.V.) gegründet. Der Trägerverein übernimmt für seine Mitglieder die Vermarktung des Mountainbikenetzes und des Sauerlands als Mountainbikeregion.

Kontakt

Hochsauerlandkreis
Strukturförderung, Regionalentwicklung
Elisabeth Nieder
Tel. 0291/94-2442
tourismus@hochsauerlandkreis.de
www.bike-arena.de

Kooperationspartner

Attendorn, Brilon, Drolshagen, Eslohe, Finnen-
trop, Hallenberg, Kirchhundem, Lennestadt,
Marsberg Rütten, Schmalleberg, Willinge, Win-
terberg, Hochsauerlandkreis; weitere Koopera-
tionspartner: Stadtmarketing Schmalleberg eG,
Betriebe aus der Tourismusbranche

„BUGA in der Region – mit der Re- gion“ – Bundesgartenschau München 2005

An der Ausdehnung der BUGA 2005 in Mün-
chen auf die Region beteiligte der Planungs-
verband Äußerer Wirtschaftsraum München in
Zusammenarbeit mit der BUGA GmbH 41 sei-
ner Mitglieder, die ihre Projekte zur Freiraum-
planung auf der BUGA präsentieren konnten.
Dabei entstanden fünf Projekte, die durch in-
terkommunale Kooperation umgesetzt wur-
den.

Kontakt

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum
München
Ulrich Bernard
Tel. 089/539802-13
u.bernard@pv-muenchen.de
www.pv-muenchen.de

Kooperationspartner

Dachau, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Gar-
ching, Germering, München, Starnberg, Unter-
schleißheim, Aschheim, Baierbrunn, Emmering,
Feldkirchen, Finsing, Gauting, Gräfelfing, Gras-
brunn, Gröbenzell, Grünwald, Haar, Ismaning,
Kirchheim, Krailling, Markt Altomünster, Markt
Schwabern, Neubiberg, Neuried, Oberhaching,
Oberschleißheim, Planegg, Pliening, Poing,
Puchheim, Pullach, Putzbrunn, Schäftlarn, Tauf-
kirchen, Unterföhring, Unterhaching, Vaterstet-
ten, Vierkirchen

Bundesgartenschau Gera und Ron- neburg 2007

Mit der Bundesgartenschau 2007 in Gera und
Ronneburg wird erstmalig eine Bundesgar-
tenschau verwirklicht, die in zwei Städten
gleichzeitig stattfindet. Die Zusammenarbeit,
bei der zusätzlich der Landkreis Greiz beteiligt
ist, erstreckt sich auf Planung, Vorbereitung,
Finanzierung und Umsetzung der Bundes-
gartenschau (BUGA). Es wurde ein Wirtschafts-
verband gegründet, der aktiv die Entwicklung
der BUGA begleitet.

Kontakt

Stadtverwaltung Gera
Oberbürgermeister Dr. Norbert Vornehm
Tel. 0365/838-1100
Buero.Oberbuergemeister@gera.de
www.buga2007.de

Kooperationspartner

Gera, Ronneburg, Landkreis Greiz

Die grüne Nachbarschaft – Interkommunale Freiraumplanung

Zum Schutz, zur Entwicklung und zur Aufwer-
tung der zwischen den Kommunen liegenden
Freiräume kooperieren sechs im Verdichtungs-
raum Stuttgart liegende Städte auf der Basis ei-
ner freiwilligen Vereinbarung. Sie haben in den
zehn Jahren ihrer Kooperation ca. 60 Projekte
zum Naturschutz und zur Naherholung um-
gesetzt und projektbezogen mit unterschiedli-
chen Partnern zusammengearbeitet.

Kontakt

Stadt Ludwigsburg
Tiefbau- und Grünflächenamt
Frau Heusel-Voraus
Tel. 07141/910-2073
g.heuselvoraus@stadt.ludwigsburg.de
www.gruene-nachbarschaft.de

Kooperationspartner

Bietigheim-Bissingen, Freiberg a.N., Ingersheim,
Ludwigsburg, Remseck a.N., Tamm

EXPANSION-Messe und Congress

Um die Standorte der Metropolregion Hamburg
zentral vermarkten zu können, wird jährlich
eine Gewerbeimmobilien-Messe von 17 Wirt-
schaftsförderungen, die drei Länder, sieben
Landkreise und sieben Städte vertreten, durch-
geführt. Die EXPANSION ist Norddeutschlands
größte Fachmesse für Gewerbeimmobilien,
Gewerbeflächen, Finanzierung, Logistik und
Facility Management. Durch einen parallel
stattfindenden Kongress soll der Austausch
zwischen den regionalen Akteuren verbessert
werden.

Kontakt

deltacom projektmanagement GmbH
Daniel Eisele
Tel. 040/357232-50
eisele@deltacom-hamburg.de
www.expansion-hamburg.de

Kooperationspartner

Städte, Gemeinden und Wirtschaftsförderer aus
Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Fahrradregion Frankfurt/Rhein-Main

Zur Entwicklung eines geschlossenen regi-
onalen Radverkehrsnetzes hat sich der Pla-
nungsverband der Region Rhein-Main mit
Ministerien, Verkehrsverwaltungen, dem Ver-
kehrsverbund sowie dem ADFC im Rahmen ei-
nes „RADforums“ zusammengeschlossen. Zur
Entwicklung von Bike&Ride-Anlagen wurde
ein Konzept mit Maßnahmenvorschlägen er-

arbeitet. Eine Lücke im Main-Radweg konnte
geschlossen werden. Dieser wird nun gemein-
sam vermarktet.

Kontakt

Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/
Rhein-Main
Erster Beigeordneter Jens Scheller
Tel. 069/2577-1907
jens.scheller@planungsverband.de
www.planungsverband.de

Kooperationspartner

Planungsverband Frankfurt/Rhein-Main mit 75
Mitgliedskommunen; weitere Kooperationspart-
ner: Hessisches Landesamt für Verkehrswesen,
ADFC, Rhein-Main-Verkehrsbund, Verkehrsge-
sellschaft Frankfurt

Frauen UNTERNEHMEN Zukunft

Um Frauen aus der Region den Schritt in die
Selbstständigkeit zu erleichtern, wurde in Ko-
operation zwischen den Wirtschaftsförderun-
gen und den Frauenbüros der Stadt und des
Landkreises Gießen eine Seminarreihe mit
Qualifizierungskursen entwickelt und angebo-
ten. Die Referentinnen waren Unternehmerin-
nen der Region, die Inhalte praxisnah vermit-
teln und als Vorbild dienen konnten. Der Anteil
der Existenzgründungen von Frauen in der
Region hat sich durch das Angebot signifikant
erhöht, ca. 50-60% der Seminarteilnehmerin-
nen machten sich im Anschluss an den Kurs
selbstständig.

Kontakt

Universitätsstadt Gießen
Wirtschaftsförderung
Sabine Wilcken-Görich
Tel. 0641/306-1057
sgoerich@giessen.de
www.frauen-unternehmen-zukunft.de

Kooperationspartner

Gießen, Landkreis Gießen

Grenzüberschreitendes Wirtschaftsportal

Das „Grenzüberschreitende Wirtschaftsportal“ ist als gemeinsame Internet-Plattform für die ostbayerische Region und die westtschechischen Bezirke konzipiert und soll zu einer wirtschaftlichen Brücke zwischen Ost und West ausgebaut werden. Das Portal dient den Kommunen, Unternehmen, Universitäten, Vereinen und Interessierten auf beiden Seiten der Grenzen zum Ausbau der Geschäftsbeziehungen und zur Förderung der Unternehmertätigkeit.

Kontakt

Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Landkreis Cham mbH
Klaus Schedlbauer
Tel. 09971/78-438
wirtschaft@ira.landkreis-cham.de
www.regioport.com

Kooperationspartner

Deggendorf, Regensburg; Landkreise: Amberg-Weizbach, Cham, Deggendorf, Freyung-Gräfenau, Landshut, Neustadt, Regen, Rottal-Inn, Schwandorf, Straubing-Bogen, Tirschenreuth; Bezirke (CZ): Karlsbad, Pilsen

Integrierte Station Unterelbe (ISU)

Zur Entwicklung des Tourismus, des Naturschutzes und zur Förderung der Landwirtschaft im Naherholungsraum von Hamburg kooperieren elf Gemeinden des ländlichen Raumes vor den Toren Hamburgs mit dem Kreis, dem Land und zahlreichen Umweltgruppen. Die Gründung der Integrierten Station Unterelbe war Ergebnis einer in der Region durchgeführten ländlichen Strukturanalyse. Zentrales Projekt ist der Bau und Betrieb des Erlebnis- und Informationszentrums „Elbmarschenhaus“ durch einen Zweckverband und einen Verein.

Kontakt

Amt Haseldorf
Herr Rellensmann
Tel. 04129/9799-21
eorellensmann@amt-haseldorf.de
www.elbmarschenhaus.de

Kooperationspartner

Groß Nordende, Heidgraben, Heist, Holm, Neuendeich, Haselau, Haseldorf, Hetlingen, Kl. Nordende, Seestermühle, Uetersen, Kreis Pinneberg; weitere Kooperationspartner: Staatliches Umweltamt Itzehoe, Wedel Marketing e.V.

Impuls-Region Erfurt-Weimar-Jena

Bei der Kooperation handelt es sich um eine bewährte Kooperation in den Bereichen Kultur- und Regionalmarketing, die zunächst informell begonnen hat und sich dann zu einer verbindlichen kommunalen Arbeitsgemeinschaft entwickelt hat. Auf Grundlage eines Regionalen Entwicklungskonzeptes wurden der Handlungsrahmen der Kooperation abgesteckt sowie Schlüsselprojekte festgelegt. Diese Schlüsselprojekte werden nun seit Ende 2005 umgesetzt.

Kontakt

LEG Thüringen
Stadt- und Regionalentwicklung
Dr. Reinhard Scholland
Tel. 0361/5603-230
reinhard.scholland@leg-thueringen.de
www.impulsregion.de

Kooperationspartner

Erfurt, Jena, Weimar, Landkreis Weimarer Land

KomSIS

Alle Landkreise und kreisfreien Städte Niedersachsens haben im Rahmen einer freiwilligen Kooperation ein gemeinsam betriebenes Internet-Standortinformationssystem für Gewerbeflächen und gewerbliche Immobilien entwickelt. Hintergrund war die uneinheitliche und oftmals unvollständige Präsentation der Gewerbeflächenpotenziale durch die Kommunen. Das Standortinformationssystem hat sich nicht nur als Marketinginstrument, sondern auch als komfortables Werkzeug für die eigene Datenhaltung etabliert.

Kontakt

Regio Institut, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Dr. Jobst Seeber
Tel. 0441/798-2912
seeber@regio-institut.de
www.komsis.de

Kooperationspartner

alle Landkreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen

Kooperation Bergisches Städtedreieck „kompetenzhoch3“

Zur Verbesserung der internen und externen Kommunikation in der Region arbeiten die drei bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal im Rahmen der Regionale 2006 im Bereich der Wirtschaftsförderung zusammen. Dadurch sind gemeinsame Werbemittel und Messepräsentationen entstanden. Es ist ein themenspezifischer Dialog zwischen unterschiedlichen Partnern aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft etabliert worden.

Kontakt

Regionale 2006 Agentur GmbH
Sven Macdonald
Tel. 0202/7585-213
Sven.Macdonald@regionale2006.de
www.kompetenzhoch3.de

Kooperationspartner

Remscheid, Solingen, Wuppertal

Länderübergreifendes Kooperationsnetzwerk „Innovationsregion Mitte“

Im Städtedreieck Eschwege, Mühlhausen und Eisenach sollen die bestehenden Unternehmensnetzwerke und die Wirtschaftsförderungen im Rahmen eines Wirtschaftsforums eine strategische und regionale Neuausrichtung erfahren. Ziel ist die Bündelung aller technologiepolitisch relevanten Aktivitäten zu einer regionalen Kooperationsplattform, um auf den Strukturwandel mit einer Entwicklungsfördernden Technologiepolitik zu reagieren.

Kontakt

NIWE c/o Rathaus Eschwege
M.A. Wolfgang Conrad
Tel. 0651/304337
wolfgang.conrad@eschwege-rathaus.de
www.niwe.net

Kooperationspartner

Eisenach, Eschwege, Mühlhausen; Landkreise: Wartburg-Kreis, Werra-Meißner-Kreis; weitere Kooperationspartner: Unternehmensnetzwerke: NIWE (Eschwege), Linat/Konat (Eisenach)

LandkreisCard Nürnberger Land

In Kooperation entwickelten die Kreisstadt Lauf und der Landkreis Nürnberger Land gemeinsam mit vielen privaten Partnern eine regionale Bonuskarte. Dadurch sollen die Kaufkraft in der Region gehalten und die dort ansässigen Einzelhändler, Gastronomiebetriebe und Kultureinrichtungen gestärkt werden. Die technische Abwicklung der LandkreisCard erfolgt durch ein privates Unternehmen, und wird durch Beiträge des beteiligten Einzelhandels finanziert.

Kontakt

Landratsamt Nürnberger Land
Wirtschaftsförderung
Kurt Rieß
Tel. 09123/950-359
k.riess@nuernberger-land.de
www.landkreisland.de

Kooperationspartner

Lauf, Landkreis Nürnberger Land; weitere Kooperationspartner: Einzelhandel im Landkreis

„Neue Schlosslagen“ – Premium-Standorte Ruhr

In Kooperation vermarkten drei Großstädte im Ruhrgebiet gemeinsam besondere Standorte für Gewerbe- und Wohnungsbau, um sich im regionalen Wettbewerb besser positionieren zu können. Die Standorte zeichnen sich durch ihre Lage an der Schnittstelle zwischen Grünflächen, Wasserwegen, Denkmälern und städtischer Infrastruktur aus. Im Rahmen der Kooperation werden die für die Stadtentwicklung wichtigen Flächen unter Einbindung der Grundstückseigentümer qualifiziert.

Kontakt

Stadt Gelsenkirchen
Referat 15
Andreas Piwek
Tel. 0209/169-4394
andreas.piwek@gelsenkirchen.de
www.neue-schlosslagen.de

Kooperationspartner

Bochum, Essen, Gelsenkirchen

Netzwerk Forst- und Holzwirtschaft in Südwestfalen

Südwestfalen mit seiner Forst- und Holzwirtschaft soll zu einem zentralen Kompetenzzentrum sowohl für die stoffliche als auch für die energetische Nutzung von Holz ausgebaut werden. Fünf Landkreise und die Stadt Schmallenberg betreiben daher ein gemeinsames Standortmarketing, fördern Netzwerke zwischen Unternehmen und stärken den Austausch mit der Forschung.

Kontakt

Hochsauerlandkreis
Strukturförderung, Regionalentwicklung
Elisabeth Nieder
Tel. 0291/94-2442
tourismus@hochsauerlandkreis.de
www.holznetz-sw.de

Kooperationspartner

Schmallenberg; Kreise: Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein, Kreis Soest

RadlRing München

Zur Realisierung eines Radweges mit 170 km Gesamtlänge rund um München und zur Verknüpfung der regionalen BUGA-Projekte initiierte der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München die Zusammenarbeit zwischen 44 seiner Mitgliedsgemeinden. Der Radweg wurde mit Mitteln eines kommunal finanzierten Vereins und mit Hilfe von Sponsorengeldern gebaut und mit Events „bespielt“.

Kontakt

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München
Ulrich Bernard
Tel. 089/539802-13
u.bernard@pv-muenchen.de
www.pv-muenchen.de

Kooperationspartner

Dachau, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Garching, Germering, München, Starnberg, Unterschleißheim, Aschheim, Baierbrunn, Emmering, Feldkirchen, Finsing, Gauting, Gräfelfing, Grasbrunn, Gröbenzell, Grünwald, Haar, Ismaning, Kirchheim, Krailling, Markt Altomünster, Markt Schwaben, Neubiberg, Neuried, Oberhaching, Oberschleißheim, Planegg, Pliening, Poing, Puchheim, Pullach, Putzbrunn, Schäftlarn, Taufkirchen, Unterföhring, Unterhaching, Vaterstetten, Vierkirchen

ReMI Regional-Marketing-Initiative ICE

Zur Einrichtung und zur Etablierung des neuen ICE-Bahnhofs Montabaur entstand auf Initiative von Wirtschaftsinteressenvertretern und -vertreterinnen diese freiwillige Kooperation zwischen Kreisen und Gemeinden sowie zahlreichen Unternehmen aus der Region. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und Abstimmung des Regionalverkehrs konnten die Fahrgastzahlen am Haltepunkt gesteigert werden.

Kontakt

Westerwaldkreis
Landrat Peter Paul Weinert
Tel. 02602/124-320

wilfried.noll@westerwaldkreis.de
www.remi-ice-bahnhof-montabaur-koblenz.de

Kooperationspartner

Koblenz, Montabaur; Landkreise: Altenkirchen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Lahn, Westerwaldkreis; weitere Kommunen; weitere Kooperationspartner: Industrie- und Handelskammer, Kreishandwerkerschaft, Unternehmen aus der Region

Regionale Kooperation im Urstromtal Elbe – von Dömitz bis Hamburg

Zehn Klein- und Mittelstädte und ein Hamburger Stadtbezirk aus insgesamt vier Bundesländern entlang der Elbe zwischen Dömitz und Hamburg entwickeln die touristischen Potenziale der Region. Durch gemeinsames Marketing und Aktionstage im Bereich Tourismus und Naherholung sollen die regionale Identität und die Wahrnehmung des Urstromtales Elbe als Erholungsraum gestärkt werden.

Kontakt

Regionale Kooperation im Urstromtal Elbe
c/o Stadt Geesthacht
Anke Küsel
Tel. 04152/889680
anke.kuesel@geesthacht.de
www.urstromtal.elbe.de

Kooperationspartner

Amt Neuhaus, Bleckede, Boitzenburg/Elbe, Dömitz, Samtgemeinde Elbmarsch, Geesthacht, Bezirk Hamburg-Bergedorf, Samtgemeinde Hitzacker/Elbe, Lauenburg/Elbe, Samtgemeinde Scharnebeck, Winsen (Luhe)

Regionalentwicklung im Erzgebirge

Da es kein Oberzentrum im Erzgebirge gibt, steigt die Bedeutung der Städte mit mittelzentralen Funktionen in der Region und somit auch der Bedarf an regionaler Abstimmung. Das Regionalmanagementprojekt „Regionalentwicklung im Erzgebirge“ von zehn Mittel- und Kleinstädten sowie drei Landkreisen setzt auf Gemeinschaftsarbeit zur wirtschaftlichen Entwicklung. Anknüpfend an die Tradition als

wirtschaftsstärke und innovative Industrie-region soll die „Marke Erzgebirge“ sowohl als Wirtschaftsstandort als auch für den Tourismus gefördert werden.

Kontakt

Regionalmanagement Erzgebirge
Ralf Meister
Tel. 03733/145140
rm@echt-erzgebirge.de
www.echt-erzgebirge.de

Kooperationspartner

Annaberg-Buchholz, Aue, Brand-Erbischof, Flöha, Freiberg, Marienberg, Olbernhau, Schneeberg, Schwarzenberg, Zschopau; Landkreise: Annaberg, Freiberg, Mittlerer Erzgebirgskreis

Regis-Online

Alle Kreise und kreisfreien Städte des Nordwestens Deutschlands haben eine umfangreiche Datenbank mit Unternehmens- und Standortdaten zusammengestellt und mit Unterstützung eines externen Unternehmens ein internetbasiertes Werkzeug zur Datenabfrage und -pflege entwickelt. Das System dient als Informations- und Kommunikationsplattform für die Akteure der regionalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen und erleichtert die Vermittlung von Kooperations- und Geschäftspartnern.

Kontakt

Regio Institut, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Dr. Jobst Seeber
Tel. 0441/798-2912
seeber@regio-institut.de
www.regis-online.de

Kooperationspartner

Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Emden, Oldenburg, Osnabrück, Wilhelmshaven; Landkreise: Ammerland, Aurich, Cloppenburg, Cuxhaven, Diepholz, Emsland, Friesland, Grafschaft Bentheim, Leer, Nienburg/Weser, Oldenburg, Osnabrück, Osterholz, Rotenburg(Wümme), Soltau-Fallingb., Stade, Vechta, Wesermarsch, Wittmund

Rhein-Voreifel Touristik e.V.

Sechs Gemeinden haben gemeinsam mit Unternehmen und Einzelpersonen einen Verein zur Förderung der ländlichen Entwicklung, der Naherholung und des Tourismus gegründet. Schwerpunkte der Arbeit sind die gemeinsame Vermarktung, die Organisation von Events sowie die Akquisition von Fördermitteln. Der Rhein-Voreifel Touristik e.V. versteht sich als zentraler Ansprechpartner für die touristischen Belange der sechs Kommunen.

Kontakt

Rhein-Voreifel Touristik e.V.
Eva Konrath
Tel. 0228/9544-100
info@rhein-voreifel-touristik.de
www.rhein-voreifel-touristik.de

Kooperationspartner

Alfter, Bornheim, Meckenheim, Rheinbach, Swisttal, Wachtberg

RuhrtalRadweg... von der Quelle bis zur Mündung

Zur Umsetzung eines Radwanderweges entlang der Ruhr von der Quelle bis zur Mündung kooperieren zahlreiche unterschiedlich große Kommunen aus Sauerland, Ruhrgebiet sowie der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) und die Ruhrgebiet Tourismus GmbH miteinander. Als Grundlage wurde eine Machbarkeitsstudie unter Federführung des RVR in Kooperation mit dem Hochsauerlandkreis und betroffenen Kommunen erarbeitet. Zur Vermarktung wurde von einer Agentur ein umfassendes Marketingkonzept entwickelt. Die Eröffnung des 235 km langen Radweges erfolgte im Frühjahr 2006.

Kontakt

Hochsauerlandkreis
Strukturförderung, Regionalentwicklung
Elisabeth Nieder
Tel. 0291/94-2442
tourismus@hochsauerlandkreis.de
www.ruhrtalradweg.de

Kooperationspartner

Attendorn, Meschede, Marsberg, Möhnesee,

Olpe, Sundern, Hochsauerlandkreis; weitere Kooperationspartner: Regionalverband Ruhrgebiet, Ruhrgebiet Tourismus GmbH

Städtenetz Altmark – Hansetag 2008 „Europa trifft sich in der Altmark“

Das 1998 gegründete Städtenetz Altmark ist ein freiwilliger Zusammenschluss von zwölf Städten im ländlichen Raum, der gemeinsame Aktivitäten - u.a. auf den Gebieten Tourismus und Regionalmarketing - vorantreibt. Die Kooperation organisiert ein großes internationales Fest, den Hansetag 2008, um die Bekanntheit der Region zu steigern und der Zusammenarbeit einen zusätzlichen Impuls zu verleihen.

Kontakt

Geschäftsstelle Städtenetz Altmark
c/o Regionale Planungsgemeinschaft Altmark
Dr. Ulf Schmidt
Tel. 03901/301720
rema.saw@t-online.de
www.altmark-journal.de

Kooperationspartner

Arendsee, Arneburg, Bismark, Gardelegen, Stavelberg, Klötze, Osterburg, Salzwedel, Seehausen, Stendal, Tangerhütte, Tangermünde, Werben

Wanderwelt Sauerland mit der „Sauerland-Waldroute“ und dem „Sauerland Höhenflug“

Zur Planung und Realisierung von zwei hochwertigen überörtlichen Wanderwegen von 150 km bzw. 250 km Länge im Sauerland und zur gemeinsamen Vermarktung der Region unter dem Namen „Sauerland“ arbeiten zahlreiche Kommunen des Sauerlandes zusammen. Die Zweckverbände Arnsberger Wald und Naturpark Ebbegebirge koordinieren die Planung und übernehmen die Umsetzung der Maßnahmen.

Kontakt

Hochsauerlandkreis
Strukturförderung, Regionalentwicklung
Elisabeth Nieder
Tel. 0291/94-2442
tourismus@hochsauerlandkreis.de

Kooperationspartner

Sieben Kreise, 30 Städte und Gemeinden aus Hessen und Nordrhein-Westfalen

Wintersport-Arena Sauerland

Elf Wintersportorte aus dem Sauerland, der Hochsauerlandkreis sowie der Kreis Siegen-Wittgenstein kooperieren mit Skiverbänden und Skiliftbetreibern, um das Gebiet zum größten Wintersportzentrum nördlich der Alpen zu entwickeln. Dies geschieht durch einen Trägerverein (Wintersport-Arena Sauerland e.V.), der zentral für die Gesamtregion Vermarktung und Promotion übernimmt. Auf Grundlage eines Masterplanes werden Investitionen in Wintersporteinrichtungen koordiniert, um deren Qualität zu erhöhen.

Kontakt

Hochsauerlandkreis
Strukturförderung, Regionalentwicklung
Elisabeth Nieder
Tel. 0291/94-2442
tourismus@hochsauerlandkreis.de
www.wintersport-arena.de

Kooperationspartner

Bad Berleburg, Brilon, Hilchenbarch, Kirchhunden, Lennestadt, Medebach, Olsberg, Schmallerberg, Willingen, Winterberg; Hochsauerlandkreis, Kreis Siegen-Wittgenstein; weitere Kooperationspartner: Betriebe und Organisationen aus der Tourismusbranche

Wirtschaftsforum Oberland e.V.

Der Verein hat sich das Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, Verbänden und Kammern, den Städten und dem Landkreis zu intensivieren und damit neue Synergien freizusetzen. Durch aktives Regionalmarketing soll die vor allem als Naherholungsraum bekannte Region unweit von München auch als Wirtschaftsstandort bekannt gemacht werden. Maßgeblich beteiligt sind Unternehmen sowie die Wirtschaftsförderungen der Städte.

Kontakt

Wirtschaftsforum Oberland e.V.
c/o Stadt Geretsried
Wolfgang Wittmann
Tel. 08171/6298-68
wittmann@wirtschaftsforum-oberland.de
www.wirtschaftsforum-oberland.de

Kooperationspartner

Bad Tölz, Geretsried, Wolfratshausen, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

Donau-Moldau-Bahn

Um die Anbindung der Region an den Schienenfernverkehr und den Flughafen München zu verbessern, setzen sich die Kommunen – als Alternative zur Strecke München-Prag – für den Ausbau einer ICE-Trasse über Regensburg ein. Als Arbeitsgemeinschaft haben sie gemeinsam eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

Kontakt

Stadt Regensburg - Stadtplanungsamt
Baudirektor Hans-Joachim Pfeiff
Tel. 0941/507-2616
stadtplanungsamt@regensburg.de

Kooperationspartner

Cham, Furth i. Wald, Landshut, Pilsen (CZ), Regensburg, Roding; Landkreise: Cham, Regensburg

Edge Counties Network (ECN)

Sieben europäische Regionen (drei aus Deutschland, je eine aus Schweden, Norwegen, Spanien und Italien) am Rande von Ballungsgebieten, die über einen von Billigfluglinien angeflogenen Regionalflughafen verfügen, haben sich für einen Erfahrungsaustausch zusammengeschlossen. Der internationale Flugverkehr soll als Entwicklungschance genutzt werden. Schwerpunkte werden hier in der Entwicklung des Golf-Sports, des landschaftsbezogenen Tourismus und der Kulturreisen gesehen.

Kontakt

Rhein-Hunsrück-Kreis
Der Landrat
Landrat Bertram Fleck
Tel. 06761/ 82-0
landrat@rhein-hunsrueck.de

Kooperationspartner

Landkreise: Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Rhein-Hunsrück; Sörmland (S); Buskerud, Telemark, Vestfold (N), Bergamo, Girona (I)

Forum Grenzstädte – Forum Miast granicznych

Zur Entwicklung der Region kooperieren 15 nicht direkt benachbarte Städte im ländlichen Raum beiderseits der Oder-Neiße-Grenze miteinander. Durch einen Erfahrungsaustausch im Rahmen von Workshops und Projektwerkstätten sollen gemeinsame Lösungen für ähnlich gelagerte Probleme, insbesondere den demographischen und strukturellen Wandel, erarbeitet werden.

Kontakt

Land Brandenburg - Landesamt für Bauen und Verkehr
Brunhild Greiser
Tel. 0335/5602713
brunhild.greiser@LBV-FF.Brandenburg.de
www.forum-grenzstaedte.net

Kooperationspartner

Deutschland: Bad Freienwalde, Buckow, Eisenhüttenstadt, Müncheberg, Seelow, Spremberg; Polen: Debno, Gryfino, Gorzow Wlkp., Kostrzyn, Rzepin, Siibice, Szprotawa

Grenzüberschreitende Gartenschau 2006 Markredwitz-Cheb/Eger

Zwei Städte aus Deutschland und Tschechien planten und entwickelten gemeinsam eine grenzüberschreitende Landesgartenschau mit begleitendem Rahmenprogramm. An der Planung und Entwicklung wurden Tourismusverbände und Unternehmen beteiligt. Die Gartenschau stellt ein Novum für Tschechien dar. Der „Förderverein Auenpark“ will mit dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger den Auenpark auf dem Gartenschau Gelände auch in Zukunft pflegen.

Kontakt

Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH (STEWOG)
Max Wittmann
Tel. 09231/62023
stewog@t-online.de
www.gartenschau2006.de

Kooperationspartner

Markredwitz, Cheb/Eger (CZ)

Grenzüberschreitendes Städtetz QuattroPole

QuattroPole ist ein grenzüberschreitendes Städtetz zwischen Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier. Das Städtetz entwickelt gemeinsame Projekte mit dem Schwerpunkt „Moderne Kommunikationstechnologien“. Durch konkrete innovative Projekte werden Synergieeffekte zwischen den Städten geschaffen und die wirtschaftliche Attraktivität des Standortes gestärkt. Ziel von QuattroPole ist es, eine virtuelle europäische Metropole zu bilden, um den Herausforderungen der Zukunft in einem zusammenwachsenden Europa gemeinsam zu begegnen.

Kontakt

Stadt Trier
QuattroPole
Brigitte Wojcik
Tel. 0651/718-2127
b.wojcik@trier.de
www.quattropole.org

Kooperationspartner

Luxemburg (LUX), Metz (F), Saarbrücken, Trier

Initiative „Magistrale für Europa“ – Schienenverbindung Paris-Budapest

Die Bahnstrecke Paris-Budapest verbindet vier europäische Hauptstädte und mehrere Landeshauptstädte, ist aber nicht durchgehend für den Schnellverkehr ausgebaut. Da die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf die Schnellverkehrsinfrastruktur keinen direkten Einfluss haben, setzen sich 15 Städte, neun Regionen und neun Wirtschafts- und Industriekammern bei der Europäischen Union, den nationalen Verkehrspolitikern und den Bahngesellschaften für Modernisierungs-, Aus- und Neubaumaßnahmen ein.

Kontakt

Stadt Karlsruhe
Koordinierungsstelle für europäische und regionale Beziehungen
Florian Ismaier
Tel. 0721/133-1874
florian.ismaier@euregka.karlsruhe.de
www.magistrale.org

Kooperationspartner

15 Städte, 9 Regionen und 9 Wirtschaftskammern aus Frankreich, Deutschland, Österreich, der Slowakei und Ungarn

Internationales Sport-, Kultur- und Freizeitzentrum Ralingen-Rosport

Die grenznahen und nur durch einen Fluss voneinander getrennten Städte Ralingen in Deutschland und Rosport in Luxemburg kooperieren gemeinsam im Sport- und Freizeitbereich. Auf Grundlage des „Karlsruher Übereinkommens“ wurde ein grenzüberschreitender Zweckverband zum Bau und zur Unterhaltung von zwei Sportplätzen und zur gemeinsamen touristischen Vermarktung des Freizeitbereichs gegründet.

Kontakt

Verbandsgemeinde Trier Land
Oberamtsrat Elmar Mertesdorf
Tel. 0651/9798-124
elmar.mertesdorf@trier-land.de

Kooperationspartner

Ralingen (D), Rosport (LUX)

Internationale Städtebaukooperation

Zum Erfahrungsaustausch und zur Umsetzung von Fortbildungs- und Beratungsprojekten haben sich sechs Städte aus fünf europäischen Ländern sowie den USA im Rahmen einer Städtepartnerschaft zusammengeschlossen. Neben den Verwaltungen sind Unternehmen, Institutionen, Verbände und Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Es wurden internationale Fachexkursionen und Konferenzen durchgeführt. Erste gemeinsame Projekte sind bereits umgesetzt worden.

Kontakt

Stadt Schwäbisch Gmünd
Gerald Baumann (Stadtplanungsamt)
Tel. 07171/603-6100
gerald.baumann@schwaebisch-gmuend.de

Kooperationspartner

Schwäbisch Gmünd (D), Antibes (F), Barnsley (GB), Bethlehem (USA), Faenza (I), Székesfehérvár (H)

Ökomodell Achantal e.V.

In einem bayerisch-österreichischen Tal haben die ansässigen Gemeinden gemeinsam mit Privatleuten und Unternehmen einen Verein gegründet, um das Tal gemeindeübergreifend zu entwickeln und zu profilieren. Dazu werden Maßnahmen und Projekte zu den Themen Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus umgesetzt. Zur Stärkung der Landwirtschaft wurden ein Label „Qualität Achantal“ und einheitliche Werbematerialien für Produkte des Tals zur Direktvermarktung entwickelt.

Kontakt

Ökomodell Achantal e.V.
Wolfgang Wimmer
Tel. 08649/9866-55
info@oekomodell.de
www.oekomodell.de

Kooperationspartner

Bergen, Grabenstatt, Grassau, Maquartstein, Staudach-Egerndach, Schleching, Unterwössen, Übersee, Kössen (A), Schwendt (A)

Schmutzwasserableitung zur Kläranlage Siggerwiesen

Die Kapazitäten des Klärwerkes der Gemeinde Ainring aus Bayern reichten nicht mehr aus. Eine Erweiterung der bestehenden Kläranlage wäre nicht zu finanzieren gewesen. Gleichzeitig verfügte eine österreichische Nachbargemeinde jedoch über eine unausgelastete Großanlage. Gemeinsam wurde eine grenzüberschreitende Abwasserleitung gebaut. Der Betrieb der Kläranlage Ainring entfällt vollständig, das entsprechende Personal kann eingespart werden.

Kontakt

Gemeinde Ainring
Herr Zimmermann
Tel. 08654/575-12
zimmermann@ainring.de

Kooperationspartner

Ainring, Wals-Siezenheim (A)

Tag des Gastes

Zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der seit 15 Jahren bestehenden Kooperation im internationalen Städtedreieck organisierten die Städte Münster und Osnabrück mit der niederländischen Stadt Enschede einen „Tag des Gastes“. Dazu hat an drei aufeinanderfolgenden Samstagen jeweils eine Stadt Bürgerinnen und Bürger aus den beiden anderen Partnerstädten eingeladen und diesen ein kostenloses Programm mit Stadtführung, Museen- und Zoobesuch sowie kulinarischen Spezialitäten geboten. Sie wurden durch die Bürgermeister der Städte begrüßt. Auch die Anreise wurde so organisiert, dass sie für die Teilnehmenden kostenlos war.

Kontakt

Stadt Osnabrück
Patricia Mersinger
Tel. 0541/323-2391
mersinger@osnabrueck.de

Kooperationspartner

Münster, Osnabrück, Enschede (NL)

100 ha Konversion in der Region Rhein-Main

Zur Entwicklung einer ehemaligen Kasernenfläche zum Gewerbe- und Industriegebiet haben zwei hessische Gemeinden, auf deren Gebieten die Fläche liegt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung getroffen. Ziel ist die Förderung von Industrie- und Logistikansiedlungen in enger Kooperation mit einer Entwicklungsgesellschaft als Eigentümerin der Fläche.

Kontakt

Stadtverwaltung Butzbach
Ralph Miller
Tel. 06033/995-126
ralph.miller@stadt-butzbach.de
www.magnapark.de

Kooperationspartner

Butzbach, Langgöns

1-2-3 hin und weg (öffentlicher Nahverkehr)

Drei Kommunen im ländlichen Raum bezuschussen gemeinsam den Betrieb einer Buslinie, um an sieben Tagen in der Woche einen Taktverkehr zum regionalen Bahnanschluss sicherzustellen. Die Kooperation ist seit sechs Jahren erfolgreich. Die Fahrgastzahlen konnten gesteigert und eine hohe Kundenzufriedenheit festgestellt werden. Der Qualitätsstandard liegt deutlich über vergleichbaren peripheren Angeboten.

Kontakt

ZVBN
Susanne Krebsler
Tel. 0421/460529 -30
krebser@zvbn.de
www.zvbn.de

Kooperationspartner

Bassum, Samtgemeinde Schwaförden, Sulingen, Landkreis Diepholz

AirPortPark FMO

Um den Flughafenstandort Münster-Osnabrück zu stärken, wurde ein interkommunales Gewerbegebiet ausschließlich für flughafenbezogenes Gewerbe in unmittelbarer Nähe zum Flughafen entwickelt. Dazu hat sich die Stadt Greven, auf deren Gemarkung das Gebiet liegt, mit der Stadt Münster und dem umliegenden Kreis Steinfurt zusammengeschlossen. Die Umlandgemeinden sowie zahlreiche Unternehmen und Verbände wurden in die Planung einbezogen. Eine gemeinsame GmbH setzt die Planung um.

Kontakt

AirportPark GmbH
Wolfgang Bischoff
Tel. 02551/69-2700
post@westmbh.de
www.airportpark-fmo.de

Kooperationspartner

Greven, Münster, Kreis Steinfurt

AREA 3 Interkommunales Gewerbegebiet

Im Rahmen eines Regionalen Entwicklungskonzeptes haben zwei niedersächsische Gemeinden ein interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet auf benachbarten Flächen geplant. Zur Durchführung der Erschließung und Vermarktung der Flächen wurde die Niedersächsische Landesgesellschaft (NLG) auf Grundlage städtebaulicher Verträge von beiden Kommunen beauftragt. An der gemeinsamen Vermarktung ist in Zukunft die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Göttingen beteiligt.

Kontakt

Flecken Bovenden
Bürgermeisterin Heidrun Bäcker
Tel. 0551/8201-139
flecken@bovenden.de
www.area-3.de

Kooperationspartner

Flecken Bovenden, Flecken Nörten-Hardenberg

DADINA (Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation)

Eine Stadt und der umliegende Landkreis sind Aufgabenträger des öffentlichen Personenverkehrs. Um den Verkehr zwischen Stadt und Umland besser zu koordinieren und das Angebot zu verbessern, wurde ein kommunaler Zweckverband gegründet. Es wurde ein gemeinsamer Nahverkehrsplan aufgestellt und ein Schnellbuskonzept zur besseren Anbindung des Umlandes umgesetzt.

Kontakt

Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation
Matthias Altenhein
Tel. 06151/36051-11
info@dadina.de
www.dadina.de

Kooperationspartner

Darmstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation

Der Landkreis vor Ort

Die Kooperation dient der Dezentralisierung bürgernaher Dienste im Landkreis Osnabrück, ohne dass dabei die Zuständigkeiten verändert werden. Ziel dabei ist es, „Bürger- und Kundenorientierung“ in einem flächenmäßig großen Landkreis zu gewährleisten, indem ein wohnortnahes Angebot für die Bürger und Bürgerinnen geschaffen wird. Dazu wurden in den kooperierenden Gemeinden Außenstellen eingerichtet, in denen die Gemeinden Aufgaben des Kreises übernehmen.

Kontakt

Landkreis Osnabrück
Der Landrat
Dr. Dirk Heuwinkel
Tel. 0541/501-3065
heuwinkel@lkos.de
www.lkos.de

Kooperationspartner

Samtgemeinde Artland, Bad Essen, Bohmte, Bramsche, Samtgemeinde Fürstenau, Georgsmarienhütte, Melle, Landkreis Osnabrück

Dorferneuerung Hammelwarder Moor

Die drei Kommunen Brake, Elsfleth und Ovelgönne haben unter Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen und der fachlichen Unterstützung durch ein Planungsbüro einen Arbeitskreis gegründet, um mit dem Dorf Hammelwarder Moor in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen zu werden. Das Dorf erstreckt sich über alle drei Gemeindegebiete. In interkommunaler Zusammenarbeit wurde ein Dorferneuerungsplan erarbeitet. Durch die Zusammenarbeit der drei Kommunen konnte ein großräumiger, abgeschlossener Planungsbereich gebildet werden, der durch die Teilnahme einer einzelnen Gemeinde nicht planbar und umsetzbar gewesen wäre.

Kontakt

Gemeinde Ovelgönne
Holger Meyer
Tel. 04480/82-45
meyer@ovelgoenne.kdo.de

Kooperationspartner

Brake, Elsfleth, Ovelgönne, Landkreis Wesermarsch

Gewerbepark Nürnberg-Feucht-Wendelstein

Zur gemeinsamen Entwicklung eines Gewerbegebietes auf einem ehemaligen US-Army-Flugplatz haben die Großstadt Nürnberg und zwei benachbarte Städte einen Zweckverband gegründet. Dieser ist Eigentümer der zu vermarktenden Flächen geworden und finanziert sich aus den Verkaufserlösen. Sieben Jahre nach Beginn der Vermarktung sind über 60% der Flächen des ersten Bauabschnitts verkauft.

Kontakt

Zweckverband Gewerbepark
Nürnberg-Feucht-Wendelstein K.d.ö.R.
Norbert Eberhardt
Tel. 09128/724271
gnf@stadt.nuernberg.de
www.gewerbepark-nuernberg-feucht.de

Kooperationspartner

Markt Feucht, Nürnberg, Markt Wendelstein

Gewerbe- und Industriepark Bingen am Rhein und Grolsheim

Drei Städte und Gemeinden unterschiedlicher Größe planten aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zur Autobahn und ihrer Lage zwischen den Flughäfen Frankfurt-Rhein-Main und Frankfurt-Hahn ursprünglich eigene Gewerbegebiete. Um den Standort besser entwickeln zu können, hat man nach Abstimmungsgesprächen und Zustimmung der Landesplanung die Entwicklung eines gemeinsamen Gewerbe- und Industrieparks beschlossen. Für die Bauleitplanung, Erschließung und Vermarktung des Gewerbe- und Industrieparks wurde ein Zweckverband gegründet.

Kontakt

Zweckverband Gewerbe- und Industriepark
Bingen am Rhein und Grolsheim
Stadtverwaltung Bingen
Karl-Günther Gallas
Tel. 06721/184-239
wirtschaftsfoerderung@bingen.de

Kooperationspartner

Bingen am Rhein, Grolsheim, Sprendlingen-Genzingen

Hochwasserschutz der Städte Dassel und Einbeck

Zur Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Einzugsbereich der Ilme kooperieren die beiden niedersächsischen Städte Dassel und Einbeck miteinander. Sie beauftragten gemeinsam die Erarbeitung eines stadtgebietsübergreifenden Hochwasserschutzkonzeptes und eines Hochwasserschutzrahmenplanes. Mit der Umsetzung erster Maßnahmen wurde begonnen.

Kontakt

Stadt Einbeck
FB Bauen, Planen, Umwelt
Baudirektor Strohmeier
Tel. 05561/916-201
gstrohmeier@einbeck.de

Kooperationspartner

Dassel, Einbeck

Industrie- und Großgewerbebestandort „Pommerndreieck“

Auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie zur Standortwahl von Großgewerbebeständen in Mecklenburg-Vorpommern wurde in Abstimmung mit dem Land und dem Kreis die Ausweisung eines Industrie- und Gewerbegebietes an der Grenze zwischen der Gemeinde Süderholz und der Stadt Grimmen beschlossen. Die Kommunen kooperieren bei der Bauleitplanung, der Planung und Durchführung der Erschließung sowie der Vermarktung der Grundstücke des neuen Industrie- und Gewerbebestandes „Pommerndreieck“.

Kontakt

Gemeinde Süderholz
Verwaltungssitz Pogendorf
Edith Hahn
Tel. 038331/61-0
gemeinde@suederholz.de
www.suederholz.de

Kooperationspartner

Grimmen, Süderholz

Interkommunaler Gewerbepark Dresden/Heidenau

Zur Entwicklung eines gemeinsamen Gewerbegebietes auf einer Industriebrache kooperiert die Großstadt Dresden mit der benachbarten Kleinstadt Heidenau. Die Kooperation erfolgte nach umfangreicher Prüfung möglicher Organisationsformen auf der Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren. Die Gestaltungs- und Bebauungspläne wurden aufeinander abgestimmt, die Stadt Dresden übernahm die technische Erstellung der Planunterlagen für beide Gebiete.

Kontakt

Landeshauptstadt Dresden
Amt für Wirtschaftsförderung
Amtsleiterin Birgit Monßen
Tel. 0351/488-2653
bmonssen@dresden.de

Kooperationspartner

Dresden, Heidenau

Interkommunaler Gewerbepark Salzödetal

Mit dem Interkommunalen Gewerbepark Salzödetal wiesen drei Gemeinden im ländlichen Raum Hessens ein gemeinsames Gewerbegebiet aus, das ohne die Kooperation keine Zustimmung der Regionalplanung erhalten hätte. Die mit diesem Vorhaben aufgeworfenen Fragen nach der Aufteilung der Kosten und Steuereinnahmen führten auf Initiative der drei Kommunen zu einer entsprechenden Anpassung des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes.

Kontakt

Interkommunaler Gewerbepark Salzödetal
Heinrich Reitz
Tel. 06462/201-151
igs@gladenbach.de
www.gewerbepark-salzboedetal.de

Kooperationspartner

Bad Endbach, Gladenbach, Lohra

INTRA - Interkommunales Raumstrukturkonzept Region Bremen

Zur Erarbeitung eines Interkommunalen Raumstrukturkonzeptes als Grundlage für die Siedlungsentwicklung und Flächenplanung haben 30 Städte und Gemeinden sowie fünf Kreise der Region Bremen ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Federführung zwei vorhandene interkommunale Organisationen (Kommunalverbund und RAG) übernommen haben. Das Raumstrukturkonzept wurde von den beteiligten Gemeinden als Orientierungsrahmen für ihre Gemeinde- bzw. Stadtentwicklungsplanung beschlossen.

Kontakt

Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.
Ulrich Kinder
Tel. 04221/16696
info@kommunalverbund.de
www.kommunalverbund.de

Kooperationspartner

Achim, Bassum, Berne, Bremen, Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, Delmenhorst, Dötlingen, Ganderkesee, Grasberg, Samtgemeinde Ham-

bergen, Samtgemeinde Harpstedt, Samtgemeinde Grafschaft Hoya, Hude, Kirchlinteln, Flecken Langwedel, Lemwerder, Lilienthal, Osterholz-Scharmbeck, Flecken Ottersberg, Oyten, Ritterhude, Schwanewede, Stuhr, Sulingen, Syke, Samtgemeinde Thedinghausen, Twistringen, Verden, Weyhe, Worpswede; Landkreise: Diepholz, Oldenburg, Osterholz, Wesermarsch, Verden

Modellregion für Bürokratieabbau – Initiative Wirtschaftsnahe Verwaltungen

In der Region Ostwestfalen-Lippe arbeiten Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft, wissenschaftlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Gruppierungen in einer Initiative für Bürokratieabbau zusammen. Diese setzt sich dafür ein, dass Verwaltungsvorschriften abgebaut und Behördenleistungen für Unternehmen verbessert werden. Es wurden sowohl Vorschläge für Gesetzesänderungen entwickelt als auch konkrete Verbesserungen bei der Anwendung derzeitiger Vorschriften durch die beteiligten Behörden umgesetzt.

Kontakt

OstwestfalenLippe Marketing GmbH
Jürgen Heinrich
Tel. 0521/96733-0
w.marquardt@ostwestfalen-lippe.de
www.ostwestfalen-lippe.de

Kooperationspartner

Bielefeld; Kreise: Gütersloh, Herford, Ostwestfalen-Lippe, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn

Regionales Einzelhandelskonzept Bergisches Städtedreieck

Das Regionale Einzelhandelskonzept für das „Bergische Städtedreieck“ soll einen Rahmen für die gemeinsam angestrebte zukünftige Entwicklung der Einzelhandelsstrukturen abstecken. Wesentliche Bestandteile dieses Konzeptes sind der Aufbau einer aktuellen Datenbasis zur Bewertung der Einzelhandelsituation in der Region, die Erarbeitung eines hierarchischen Zentrensystems sowie die Vereinbarung von Verfahren und Kriterien zum Umgang mit großflächigen Einzelhandelsvorhaben.

Kontakt

Regionalbüro Bergisches Städtedreieck
Roland Schneider
Tel. 0202/563-4134
regionalbuero@bergisches-staedtedreieck.de
www.bergisches-staedtedreieck.de

Kooperationspartner

Remscheid, Solingen, Wuppertal

Regionales Einzelhandelskonzept für den Landkreis Grafschaft Bentheim

Das in einem Landkreis gemeinsam mit Interessenverbänden und Kommunen erarbeitete Einzelhandelskonzept dient der Beschleunigung der Abstimmung über Vorhaben, die regional konsensfähig sind und somit keiner langwierigen regionalplanerischen Beurteilung bedürfen. Grundlage für die erarbeiteten Ansiedlungskriterien war eine differenzierte Analyse des regionalen Einzelhandels.

Kontakt

Landkreis Grafschaft Bentheim
Stabsstelle für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Simone Thiesing
Tel. 05921/96-1310
simone.thiesing@grafschafft.de

Kooperationspartner

Bad Bentheim, Samtgemeinde Emlichheim, Samtgemeinde Neuenhaus, Nordhorn, Wietmarschen, Samtgemeinde Schüttorf, Samtgemeinde Uelsen, Landkreis Grafschaft Bentheim, IHK Osnabrück-Emsland, HWK Osnabrück-Emsland, Unternehmerverband Einzelhandel Osnabrück-Emsland e.V.

Regionalforum Bremerhaven, Kooperatives Siedlungs- und Freiraumkonzept

Vorrangige Aufgabe dieser freiwilligen Großstadt-Umland-Kooperation in der Region Bremerhaven ist die Steuerung der Siedlungsentwicklung. Zentrales Ergebnis der Kooperation ist das „Kooperative Siedlungs- und Freiraumkonzept“. Es wurden ein Freizeitwegenetz sowie eine gemeinsame Reise- und Ferienkarte erarbeitet. Zudem wurde ein „Verhaltensko-

dex“ zur Gewerbeansiedlung zwischen den beteiligten Kommunen abgestimmt.

Kontakt

Magistrat der Stadt Bremerhaven
Referat für Wirtschaft
Birgit Knoop
Tel. 0471/590-3441
birgit.knoop@magistrat.bremerhaven.de
www.regionalforum-bremerhaven.de

Kooperationspartner

Samtgemeinde Am Dobrock, Samtgemeinde Bederkesa, Samtgemeinde Beverstedt, Bremerhaven, Butjadingen, Cuxhaven, Samtgemeinde Hadeln, Samtgemeinde Hagen, Samtgemeinde Land Wursten, Langen, Loxstedt, Nordenham, Nordholz, Schiffdorf; Landkreise: Cuxhaven, Wesermarsch

Rheinisch-Niederbergische Bahn – Circle Line

Zur Verbesserung der vorhandenen Verkehrswege beim öffentlichen Schienenpersonennahverkehr haben sich die Städte Düsseldorf, Mönchengladbach und Wuppertal sowie die Kreise Mettmann und Neuss auf Initiative der Bezirksregierung Düsseldorf zu einer Planungsgemeinschaft zusammengeschlossen. Zur Ermittlung der optimalen Organisations- und Finanzierungsstruktur wurde gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr als Träger des schienengebundenen Personennahverkehrs eine Machbarkeitsstudie erstellt.

Kontakt

Verkehrsverbund Rhein-Ruhr GmbH
Abteilung T12
Heinrich Brinkel
Tel. 0209/1584-248
brinkel@vrr.de

Kooperationspartner

Düsseldorf, Mettmann, Mönchengladbach, Wuppertal, Kreis Mettmann, Rhein-Kreis Neuss, Verkehrsverbund Rhein-Ruhr GmbH

Siedlung - Kultur - Landschaft. Kulturlandschaftliches Leitbild für den Münchener Norden

Zur Erarbeitung eines kulturlandschaftlichen Leitbildes im Norden von München arbeitet die Großstadt mit einigen Umlandgemeinden zusammen. Das Leitbild sowie ein Leitfaden soll den Gemeinden eine Orientierung bei der Bauleitplanung bieten und dazu beitragen, Potenziale der Kulturlandschaft zu erhalten und zu entwickeln. Grundlagen sind eine Analyse der charakteristischen Elemente des Münchener Nordens sowie ein kulturhistorischer Rahmenplan.

Kontakt

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München
Ulrich Bernard
Tel. 089/539802-13
u.bernard@pv-muenchen.de
www.pv-muenchen.de

Kooperationspartner

Dachau, Haimhausen, Karlsfeld, München, Oberschleißheim, Unterschleißheim, Freising, Ismaning, Unterföhring, Garching

Städtenetz EXPO-Region „Regional Mobil“ – Interkommunale Verkehrsentwicklungsplanung

Gegenstand dieser interkommunalen Planung ist die integrierte Betrachtung aller Verkehrsarten in einem Wirtschaftsraum. Es entstanden Konzepte zum Schienengüterverkehr, zur Stadtlogistik und emissionsarmen Fahrzeugtechnik, zur Telematik, Ordnungspolitik, straßenräumlichen Gestaltung, Innenstadtbeförderung und Wegweisung. Umgesetzt wurden davon bereits Maßnahmen zur LKW-Lenkung in zwei Städten sowie zur Citylogistik für die Anlieferung mit kleineren Fahrzeugen.

Kontakt

Stadt Celle
Geschäftsstelle Städtenetz EXPO-Region
Kerstin Klein
Tel. 05141/12-312
kerstin.klein@celle.de
www.expo-staedtenetz.de

Kooperationspartner

Celle, Hameln, Hannover, Hildesheim, Nienburg, Peine, Stadthagen, Walsrode, Region Hannover

Zukunftsinitiative StadtRegion Köln-Rhein-Erft

Um die Grundlagen für die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes zu schaffen, arbeitet die Stadt Köln mit dem Rhein-Erft-Kreis und drei Mittelstädten im westlichen Umland zusammen. Dazu wurde eine interkommunale integrierte Raumanalyse durchgeführt. Es erfolgten differenzierte Bestandserhebungen in den Bereichen Siedlungsgeographie und Ökologie sowie Analysen und Bewertungen. Zahlreiche Planungs- und Handlungsempfehlungen sowie Projektvorschläge und ein interkommunales Leitbild konnten entwickelt werden.

Kontakt

Stadt Köln
Stadtplanungsamt
Rainer Drese
Tel. 0221/221-22834
rainer.drese@stadt-koeln.de

Kooperationspartner

Frechen, Hürth, Köln, Pulheim, Rhein-Erft-Kreis

Zweckverband ecopark

Zur Entwicklung eines ca. 300 ha großen gemeinsamen Gewerbegebietes mit einem klaren Profil im Bereich Life-Science wurde ein Zweckverband gegründet, der die Planung, Erschließung und Vermarktung der Flächen übernahm. Grundlage war ein Gutachten über die bestmögliche Organisationsform. Ein zentrales Center soll Serviceleistungen und Büroräume für kleine Unternehmen zur Miete anbieten.

Kontakt

Zweckverband ecopark
Jürgen Felbinger
Tel. 04471/7098-11
info@ecopark.de
www.ecopark.de

Kooperationspartner

Cappeln, Cloppenburg, Emstek, Landkreis Cloppenburg

Zweckverband Kommunale Dienste Immenhausen-Espenau

Um Kosten zu reduzieren und Personal effizienter einzusetzen, hat die Stadt Immenhausen gemeinsam mit der Nachbargemeinde Espenau einen Zweckverband für den gemeinsamen Betrieb eines Bauhofes sowie der Straßenbeleuchtung, der Reinigung öffentlicher Flächen, der Entwässerung sowie der Satzungs- und Gebührenhoheit für die Wasserversorgung gegründet.

Kontakt

Zweckverband Kommunale Dienste Immenhausen-Espenau
Lars Obermann
Tel. 05673/503140
lars.obermann@immenhausen.de

Kooperationspartner

Espenau, Immenhausen

Zweckverband Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße

Ein langjährig bestehender Abwasserverband, an dem drei unterschiedlich große Gemeinden im ländlichen Raum beteiligt sind, übernimmt zusätzlich die Aufgaben des kommunalen Straßen- und Ingenieurbaus. Als zentrale Serviceeinheit kann der Zweckverband ökologisch und ökonomisch effizienter arbeiten. Die Tiefbauämter der Gemeinden konnten aufgelöst und das Personal in den Zweckverband integriert werden.

Kontakt

Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße
Heinz Hebling
Tel. 06251/1096-10
hg@kmb-bensheim.de
www.kmb-bensheim.de

Kooperationspartner

Bensheim, Lautertal/Odw., Einhausen

Anhang

Literaturhinweise und Links

Bücher

Adam, Brigitte: *Finale des Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“ auf URBAN 21*, in: BundesBauBlatt 6/2000, Sonderheft zur Zukunft der Städte URBAN 21, S. 25-28, Bonn 2000

Bergmann, Eckhard; Dosch, Fabian; Einig, Klaus; Jakubowski, Peter: *Flächenkreislaufwirtschaft – eine bestandsorientierte Perspektive des städtischen und stadtreionalen Flächenmanagements*, in: H. Sinnig (Hrsg.): *Stadtmanagement – Strategien zur Modernisierung der Stadt(-region)*, Dortmund Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, S. 214-230, Dortmund 2006

Bodenschwingh, Arnt von; Rosner, Ulf; Gloede, Klaus: *Gemeinsame Gewerbegebiete durch interkommunale Kooperation. Grundlagen, Erfahrungen, Empfehlungen*, Potsdam 2001

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): *Regionen der Zukunft – Aufgaben der Zukunft*, Wettbewerbszeitung Nr. 3, Schriftenreihe Werkstatt: Praxis, Heft Nr. 3/2001, Bonn 2001

BMVBS und BBR (Hrsg.): *Stadtumbau Ost – Anpassung der technischen Infrastruktur*, Schriftenreihe Werkstatt: Praxis, Heft Nr. 41, Bonn 2006

BMVBS und BBR (Hrsg.): *Neue Wege zur Stärkung der lokalen Wirtschaft*, Schriftenreihe Werkstatt: Praxis, Heft Nr. 45, Bonn 2006

BMVBS und BBR (Hrsg.): *Umbau statt Zuwachs in der Siedlungsentwicklung und demographischer Wandel. Erprobung von Anpassungs- und Entwicklungsstrategien*, in: Modellvorhaben der Raumordnung, Bonn 2006

Bunzel, Arno; Reitzig, Frank; Sander, Robert: *Interkommunale Kooperation im Städtebau*, in: Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 34, Berlin 2002

Conrad, Christine Marie: *Rechtliche Entwicklungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von europäischen Regionen im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt am Main 2003

Duhm, Sönke, Deutscher Städtetag (Hrsg.): *Interkommunale Kooperation*, Köln 2003

Gawron, Thomas: *Reduzierte Flächeninanspruchnahme durch interkommunale Kooperation?* Leipzig 2004

Götz, Christian: *Kommunale Wirtschaftsförderung zwischen Wettbewerb und Kooperation*, Hamburg 1999

Kodolitsch, Paul von; Heinz, Werner; Langel, Nicole; Reidenbach, Michael: *Interkommunale Kooperation in baden-württembergischen Stadtregionen. Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg*, Berlin 2004

Hollbach-Grömig, Beate; Floeting, Holger: *Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Ansätze – Konzepte – Erfolgsfaktoren*, Berlin 2005

Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg (Hrsg.): *Grenzübergreifende interkommunale Kooperation*, Frankfurt/Oder 2002

Jähnke, Petra; Gawron, Thomas (Hrsg.): *Regionale Kooperation – Notwendigkeit und Herausforderung kommunaler Politik*, in: Graue Reihe des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Band 21, Berlin 2000

Jerábek, Kucera; Müller, Prikryl: *Grenzraum als Vermittlungsraum. Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit*, Dresden, Ústí nad Labem, Praha 2000

Klemme, Marion: *Interkommunale Kooperation und nachhaltige Entwicklung*, Dortmund 2002

Overwien, Petra; Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Kooperation statt Konkurrenz? Neue Ansätze interkommunaler Abstimmung bei großflächigen Einzelhandelsvorhaben in NRW*, Düsseldorf 2002

Schneider, Bernd Jürgen: *Handbuch interkommunaler Kooperation*, Stuttgart 2005

Schröder, C.; Sinnig, H.; Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): *Stadtregionale Kooperationsstrategien zum demographischen Wandel am Beispiel Thüringen*, Hannover 2006

Sinnig, Heidi (Hrsg.): *Stadtmanagement – Strategien zur Modernisierung der Stadt (-Region)*, Dortmund 2006

Spannowsky, Willy; Borchert, Dietrich: *Interkommunale Kooperation als Voraussetzung für die Regionalentwicklung*, Kaiserslautern 2003

Zürker, Matthias; Troeger-Weiß, Gabi: *Promotion of regional development through inter-regional co-operation with the accession countries of the enlargement of the European Union. The example of the South West of England region*, Kaiserslautern 2004

Zeitschriften

Eggers, Karl J: *Die eigenen Stärken stärken. Regionalmarketing*, in: Der Gemeinderat, Jg. 46, Nr. 7/8, 2006

Gust, Dieter: *Der regionale Gewerbeflächenpool Neckar-Alb. Ein neuer Ansatz zur interkommunalen Zusammenarbeit*, in: Die Gemeinde, Jg. 128, Nr. 22, 2005

Jochum, Heike: „Der Stadtkreis“. *Ein neues Modell zur Bewältigung interkommunaler Konflikte?* in: Die öffentliche Verwaltung, Nr. 15, Stuttgart, 2005

Kasper, Andreas: *Regionalkreise als Zukunftsmodell für die Stadt-Umland-Kooperation*, in: Die öffentliche Verwaltung, Jg. 59, Nr. 14, 2006

Katz, Alfred: *Wege der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit. Praxisbericht aus der Region Ulm/Neu-Ulm*, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft (DfK), Jg. 40, Nr. 2, 2001

Portz, Norbert: *Entbürokratisierung dringend erforderlich. Forderung des DStGB an eine Novellierung des Vergaberechts*, in: Stadt und

Gemeinde – interaktiv, Jg. 61, Nr. 7/8, 2006
Schreiner, Werner; Rey, Georges; Heilmann, Michael: *Erfolg mit Takt und Qualität. Zehn Jahre Rheinland-Pfalz-Takt im Zweckverband Rheinland-Pfalz-Süd? Eine Bilanz*, in: Der Nahverkehr, Jg. 28, Nr. 7/8, 2005

Internet (Zugriff: Oktober 2006)

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.): *„Gemeinschaftsinitiative Stadtumbau in Hessen - Interkommunale Kooperation“* (www.hessen.de)

Hanken, Claas; Wind, Martin: *„Interkommunale Kooperation und E-Government“* (www.ifib.de/publikationsdateien/2006_07_VM_KoopGov_ifib.pdf)

Dr. Busse, Jürgen: *Interkommunale Zusammenarbeit. Zukunftsweisende Strategie für die Gemeinden*. (http://www.bay-gemeindetag.de/information/zeitung/2005/022005/bz022005d.htm)

